

# Soziale Arbeit

## Februar 2006

### 55. Jahrgang

**Professorin Dr. Barbara Wörndl** lehrt Sozialwissenschaften und Empirische Sozialforschung an der Fachhochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur, Geusaer Straße, 06217 Merseburg, E-Mail: barbara.woerndl@sw.fh-merseburg.de

**Professor Dr. Claus Reis** ist Dipl.-Soziologe und lehrt Organisationssoziologie, Sozialmanagement sowie Methoden der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main, E-Mail: isr@fb4.fh-frankfurt.de

**Professorin Dr. Rosemarie Karges** ist Dipl.-Sozialarbeiterin und Dipl.-Pädagogin, sie lehrt Theorien, Handlungskonzepte und Methoden der Sozialen Arbeit an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, E-Mail: karges@khsb-berlin.de

**Professorin Dr. Ilse M. Lehner** ist Pädagogin und lehrt im Bereich der Fachwissenschaft Soziale Arbeit Geschichte sowie Theorien der Sozialen Arbeit an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin E-Mail: lehner@khsb-berlin.de

**Ein-Eltern-Familie** 42

Familienreform unter Normalisierungsdruck  
*Barbara Wörndl, Merseburg*

**DZI-Kolumne** 43

**Persönliche Beratung in der** 51

**britischen Arbeitsvermittlung**  
Lehren für Deutschland?  
*Claus Reis, Frankfurt am Main*

**Entwicklung der Ausbildung** 59  
**in der Sozialen Arbeit**

Was soll und was kann Ausbildung leisten?  
*Rosemarie Karges; Ilse M. Lehner, Berlin*

**Rundschau Allgemeines** 69

Soziales 70

Gesundheit 71

Jugend und Familie 71

Ausbildung und Beruf 72

**Tagungskalender** 73

**Bibliographie Zeitschriften** 74

**Verlagsbesprechungen** 78

**Impressum** 80

Diesem Heft liegt eine Werbe- und Bestellkarte  
des DZI Spenden-Almanach 2005/06 bei.



**Eigenverlag**  
**Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen**

# Ein-Eltern-Familie

## Familienreform unter Normalisierungsdruck

Barbara Wörndl

### Zusammenfassung

Ein-Eltern-Familien sind seit den 1970er-Jahren auf dem Vormarsch und haben im Verhältnis zur „Normalfamilie“ eine größere gesellschaftliche Akzeptanz erreicht. Jüngere soziologische Befunde sprechen daher von der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen. Ein-Eltern-Familien stehen nicht gleichwertig neben der tradierten bürgerlichen Familie. Vielmehr setzt diese die Ein-Eltern-Familie unter einen gewissen Normalisierungsdruck. Die hohe Akzeptanz, die allein Erziehende genießen, ist erkauft durch ihre Anstrengung, möglichst nicht aufzufallen und genauso gut zu funktionieren wie die „Normalfamilie“. Die Individualisierung der Familienformen ist für die Betroffenen oft mehr Last als Zugewinn an Freiheit und die Pluralisierung der Familienformen ist bislang nur in recht formeller Hinsicht realisiert.

### Abstract

Since the 1970ies, single parent families have been gaining ground and, in comparison to so-called normal families, they have gained a broader social acceptance. Therefore, recent sociological findings talk about an individualisation and pluralisation of the forms of living. Single parent families are not considered equal to the traditional bourgeois family. Rather it is this one who exercises a certain pressure on single parent families to become normal. The high acceptance single parents enjoy is something bought with their efforts to remain as inconspicuous as possible and to function as good as a so-called normal family. For those concerned, the individualisation of family forms is often a burden rather than gained freedom, and the pluralisation of family forms has so far been realised in a quite formal way only.

### Schlüsselwörter

allein erziehender Elternteil - Lebensbedingungen - Lebensqualität - Alltag - Beruf - Belastung - Selbstbeurteilung - Befragung - NBL

### 1. Familienformen im Wandel:

#### Individualisierung und Pluralisierung

Die westlichen Industriegesellschaften haben im Bereich Ehe, Familie und Partnerschaft in den letzten 30 Jahren einen massiven Wandel erlebt. So etablierten sich seit den 1970er-Jahren neben der klassischen Lebensform der „Vater-Mutter-Kind-Familie“ zune-

hend andere private Lebensformen wie kinderlose Ehen, nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein Erziehende und relativieren damit das Muster der Normalfamilie. Jüngere soziologische Befunde sprechen von der Pluralisierung und Individualisierung der privaten Lebensformen und sinnvollerweise spricht man nicht mehr von *der Familie*, sondern von *Familien*.

Allein Erziehende oder Ein-Eltern-Familien,<sup>1</sup> von denen im Folgenden die Rede sein wird, sind auf dem Vormarsch. Rein zahlenmäßig stellen sie in den letzten Jahren in Deutschland einen immer größeren Anteil an den Familien mit Kindern. Er ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in dem Zeitraum von 1991 bis 2003 von 18,6 Prozent auf 25,7 Prozent gewachsen.<sup>2</sup> Die Lebensform der Ein-Eltern-Familie gilt zugleich als ein Indiz für das Aufbrechen der klassischen Frauenrolle. In den Ein-Eltern-Familien stellen Mütter heute den überwiegenden Anteil – im Jahr 2003 waren 80,5 Prozent Frauen und 19,5 Prozent Männer allein erziehend. War es für Frauen lange Zeit gesetzte Norm, dass sie ihre Rolle als vom männlichen Ernährer abhängige Hausfrau und Mutter spielten, so leben heute immer häufiger Frauen und Mütter mehr oder weniger unabhängig vom Geld verdienenden Ehemann beziehungsweise Partner. Seltener geht die Ein-Eltern-Familie auf Verwitwung, immer öfter auf eine Ehescheidung sowie auf die nichteheliche Geburt eines Kindes zurück. Im Jahr 2003 war nur noch ein Fünftel (19 Prozent) der allein erziehenden Frauen verwitwet, 1970 dagegen waren es noch drei Fünftel. Wenn auch zunächst die Situation als allein Erziehende oft nicht bewusst gewählt wurde, so lernen viele Frauen, diese Lebensweise zu genießen und sehen sie als Befreiung von männlicher Bevormundung an (Haux o.J., S. 3).

Mit der Zunahme der Zahl allein erziehender Frauen hat sich auch die gesellschaftliche Wahrnehmung gewandelt. In den 1950er-Jahren wurden allein erziehende Frauen noch als soziales Problem angesehen. Sie galten als Frauen, die sich der Versorgung durch einen Ehemann entzogen hatten und nun der Gemeinschaft zur Last fielen. Diese radikale Ablehnung gegenüber „sozialen Kostgängern“ wurde in den Folgejahren etwas relativiert und der Blick auf die angeblichen Erziehungsprobleme von allein Erziehenden gerichtet. Allerdings ging man damit immer noch von einem gewissen Ausnahme- und Mangelzustand aus. So brachten Begriffe wie „Rumpffamilie“ oder „unvollständige Familie“ zum Ausdruck, dass Lebensformen, die nicht der Norm entsprachen, notwendig problematisch und mangelhaft sein

müssten. Inzwischen setzt sich in der Gesellschaft das Bewusstsein durch, dass die Ein-Eltern-Familie als eine mit der Normalfamilie gleichwertige und damit akzeptierte Lebensform anzusehen ist. Auf der Fachebene belegt die Wortschöpfung der Ein-Eltern-Familie am besten das Bedürfnis, allein Erziehende der Normalfamilie gleichzustellen.

## 2. Forschungsinteresse: Wie erleben Ein-Eltern-Familien ihren Lebensentwurf?

Wenn man einerseits festhalten kann, dass sich mit der Individualisierung und Pluralisierung der Familienformen ein Mehr an freier Lebensgestaltung und für Frauen ein Stück Befreiung aus männlicher Bevormundung durchgesetzt hat, so wissen wir jedoch auch, dass dieser Prozess kein widerspruchsfreier ist. Immerhin klärt uns eine Reihe von Untersuchungen zur Lebenslage von allein erziehenden Frauen darüber auf, dass diese vermehrt in Armut leben und große Schwierigkeiten haben, ihren Alltag zu gestalten – die Rede ist hier vor allem von dem Kunststück, verschiedene Rollen – die Mutterrolle und die Ernährerrolle – in Einklang zu bringen. Individualisierung hat demnach eine positive und eine negative Betonung: die Betonung von Befreiung aus tradierten Abhängigkeiten, aber auch von Belastung und Alleingelassensein.<sup>3</sup>

Das Interesse der vorliegenden Untersuchung geht dahin, die Lebenslage der Ein-Eltern-Familie durch Frauen bewerten zu lassen, die diese Lebensform leben. Welche Lesart von Individualisierung haben sie – Befreiung oder Belastung? Welche praktischen Alltagserfahrungen machen sie in ihrem näheren und weiteren sozialen Umfeld? Wie managen sie ihren Alltag, den Gelderwerb, die Kindererziehung? Wie sehr erfahren sie Anerkennung für ihre Lebensform durch Freunde, Nachbarn und Bekannte? Bringen diese ihrer Lebensform die Wertschätzung als alternativer und gleichwertiger Lebensform entgegen? Inwieweit können allein Erziehende für sich selbst die Einschätzung von der Gleichwertigkeit dieser Lebensform mit der Normalfamilie teilen? Inwieweit begreifen sie ihre Lebenslage als Chance oder als Schicksal?<sup>4</sup>

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Lage in den neuen Ländern. Während für die alten Bundesländer umfangreiche Untersuchungen zur Lebenslage „allein Erziehend“ vorliegen, sind Befunde für die neuen Länder noch nicht sehr zahlreich. Hierbei ist im Ausgangspunkt die Besonderheit festzuhalten, dass zu DDR-Zeiten die Lebensform „allein erziehend“ bereits weiter verbreitet war als in den alten Ländern.<sup>5</sup> Allein erziehende Frauen erhielten in der

## DZI-Kolumne Klangerlebnisse

Die jüngste Sendung „Wetten, dass ...?“ des ZDF lieferte eine Umfrage zum Entwicklungsstand unserer Gesellschaft frei Haus, die selbst den ärgsten Kulturpessimisten bekehren müsste. Beim Zuschauervotum über den „Wettkönig“ des Abends siegte nicht die 20-köpfige Blaskapelle, die sich – auf *einer* Schubkarre sitzend – durch das Studio schieben ließ. Nein, die Nase weit vorn hatte ein junger Mann, der dank seines *absoluten Gehörs* die Einzeltöne von fünf verschiedenen, auf einem Klavier angeschlagenen Vierklängen fehlerfrei benennen konnte. Wer könnte da noch behaupten, die Deutschen hätten nur Sinn für *Big Brother* und andere vermeintliche Superstars?!

Allerdings ist dies – wie könnte es anders sein – nur die halbe Wahrheit. Ganz real ist auf der anderen Seite die skandalöse Vernachlässigung des Musikunterrichts an den deutschen Schulen. Ganz real ist auch die schlechte Finanzausstattung der öffentlichen Musikschulen, die inzwischen für viele Kinder unerreichbar sind, deren Eltern nur durchschnittlich verdienen. Wie es anders geht?

Dazu zwei Beispiele: In Venezuela gibt es durch die Initiative eines einzelnen Paters seit 30 Jahren landesweit kostenlosen, klassischen Musikunterricht. Heute musizieren in über 1 000 Orchestern Kinder und Jugendliche aller Bevölkerungsschichten. Die 200 Besten gastierten jetzt mit einem umjubelten Konzert in der ausverkauften Berliner Philharmonie. Zum Zweiten: Vor drei Jahren produzierten die Berliner Philharmoniker mit 250 jungen Menschen eine Tanzperformance zu *Strawinskys* „Feuervogel“. Der inzwischen auch als DVD erhältliche, preisgekrönte Kinofilm „Rhythm is it“ zeigt auf atemberaubende Weise, wie der englische Choreograph *Royston Maldoom* die Kinder und Jugendlichen mit meist schwierigerem sozialem Hintergrund aufrüttelt, aufrichtet und sie Begeisterungsfähigkeit lehrt.

Es müssen ja nicht die Berliner Philharmoniker sein: Überall in Deutschland gibt es engagierte Musik- und Tanzpädagogen, die nur die nötige Unterstützung brauchen, um in ähnlicher Weise Begeisterung zu schaffen.

Burkhard Wilke  
wilke@dzi.de

DDR eine besondere staatliche Unterstützung, die vornehmlich dem Ziel diene, auch diese Frauen voll in das Erwerbsleben zu integrieren. Dadurch wurden sie im öffentlichen Bewusstsein auch nicht mit typischen Belastungen und Vorurteilen in Verbindung gebracht. Noch heute ist diese Lebensform in den neuen Ländern stärker verbreitet als in den alten. Sie stellt hier ein knappes Drittel aller Familien im Vergleich zu einem Fünftel in den alten Ländern (*Bach* 2001, S. 175). Inzwischen sind in Ostdeutschland die besonderen staatlichen Unterstützungsnetze weggebrochen. Vor diesem Hintergrund stellt sich speziell die Frage, wie ostdeutsche Frauen heute ihre Lösung aus tradierten Rollenzuweisungen erleben und bewerten.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen werteten wir vorhandene Literatur aus und führten Gespräche mit allein erziehenden Müttern durch. Die genannten Fragenkomplexe wurden anhand eines Interviewleitfadens in einem offenen Gespräch thematisiert. Die Hauptfrageblöcke handelten auf der „objektiven Seite“ von Erfahrungen am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt, von der Organisation des Alltags sowie von Unterstützungsnetzen; auf der „subjektiven Seite“ von Selbst- und Fremdeinschätzungen. An der Befragung waren 21 Frauen im Raum Sachsen-Anhalt beteiligt. Unter ihnen befanden sich unbeschäftigte sowie berufstätige Frauen, die in einer Spannweite von Berufen mit und ohne Hochschulabschluss arbeiten (Apothekerin als höchste und Reinigungskraft auf ABM-Basis als unterste Hierarchiestufe).<sup>6</sup> Die Gespräche fanden im Sommer 2003 und 2004 statt.<sup>7</sup> Die Interviews wurden transkribiert und mittels einer qualitativ reduktiven Inhaltsanalyse nach *Mayring* (2002) analysiert. Diese folgte dem Prinzip der Fokussierung von Meinungen und Wahrnehmungen. Die zitierten Aussagen der Befragten sind exemplarisch zu verstehen; die quantitative Verteilung der Meinungen war dabei zweitrangig.

### 3. Die Ergebnisse

#### 3.1 Arbeitsmarkt: Vom Kunststück, die besondere Lebenslage unsichtbar zu machen

Im ersten Themenblock sprachen wir mit unseren Interviewpartnerinnen über ihre Erfahrungen als Berufstätige und auf dem Arbeitsmarkt. Wie sehr können sie mit Verständnis und Unterstützung für ihre Situation als allein Erziehende rechnen? Die oben erwähnte größere Selbstverständlichkeit zu DDR-Zeiten, als allein Erziehende auch berufstätig zu sein, könnte sich hier positiv bemerkbar machen – so unsere Vermutung. Von den 21 Frauen arbeiteten zum Zeitpunkt der Befragung 14, sieben in einer Vollzeit-, sieben in Teilzeitbeschäftigung. Danach befragt, ob sie am Arbeitsplatz mit Unterstützung

rechnen können, wenn Probleme mit der Kinderbetreuung auftreten (Krankheit des Kindes als klassischer Fall), hatte man zunächst den Eindruck, dass hier für Frauen kaum Schwierigkeiten entstehen. Berichte von unerfreulichen Erlebnissen waren eher selten. Nur drei der Befragten äußerten, dass sie mit Unverständnis und Ärger rechnen müssen, wenn die Verpflichtungen dem Kind gegenüber mit den Pflichten am Arbeitsplatz nicht in Einklang gebracht werden können. So formulierte Frau A., die zum Zeitpunkt der Befragung zur Altenpflegerin ausgebildet wurde und vollzeitig beschäftigt war: „Na viele können das nicht begreifen oder einsehen. Wie gesagt, grade jetzt, wenn ich zu viele Fehlzeiten habe, dann kann's passieren, dass ich nicht zur Prüfung zugelassen werde.“ Diese Stelle überhaupt zu bekommen, war für sie schwer, weil „... immer nur das Kind gesehen wird, das kleine Kind“.

Alle anderen berufstätigen Frauen berichteten hingegen, dass sie am Arbeitsplatz kaum Schwierigkeiten hatten. Arbeitgeber, aber vor allem Kolleginnen und Kollegen, hätten Verständnis für besonderen Regelungsbedarf, der manchmal mit dem Kind anfällt. Dass die Regelung jedoch hauptsächlich die Leistung der Betroffenen ist und weniger mit wirklichem Entgegenkommen und Entlastung der Frauen zu tun hat, wird auf den zweiten Blick deutlich. Die Frauen hatten unterschiedliche Strategien entwickelt, ihre Sonderprobleme mit der Kinderbetreuung möglichst unsichtbar zu machen. Die nötige Kinderbetreuungszeit sicherten sich einige Frauen durch Stellenwechsel, der mit Nachteilen verbunden war. Zwei Frauen wechselten auf eine Teilzeitstelle mit einer Einbuße an nötigem Verdienst. Andere erkaufte den Stellenwechsel mit deutlich längeren Fahrzeiten oder tauschten eine für sie interessante Tätigkeit gegen eine uninteressante ein. Weitere Strategien, möglichst unauffällig ihre Kinderbetreuungsprobleme zu regeln, sind eine flexible Handhabung der Arbeitszeit per Dienstaustausch, das Nacharbeiten von ausgefallener Zeit oder Wochenendarbeit.

Stellvertretend hierfür erzählt Frau G., Erzieherin: „Also ich hab damit (bei Krankheit des Kindes, Anmerkung der Autorin) kein Problem gehabt, weil ich das vermieden habe, wenn J. krank war, meinen Dienst getauscht oder so ... es ist aber schon sehr unangenehm, also wenn du weißt, jetzt ist das Kind krank... also das ist jetzt nicht so ein Problem, sondern ich hab's halt vermieden.“ Andere lassen das kranke Kind mit schlechtem Gewissen allein zu Hause und wollen es sich zudem nicht leisten, selbst krank zu werden: „Da ja nun Kinder öfter mal krank werden und F. schon viele Kinderkrankheiten hatte,

habe ich da auch schon eine ziemlich anstrengende Zeit hinter mir ... Ich selbst geh ja schon gar nicht mehr zum Arzt, das könnte ich mir neben F.s Krankheitstagen nicht auch noch leisten“ (Frau J., Verkäuferin). Und Frau E., Finanzkauffrau, äußerte: „... war ich immer bemüht, dass, wenn meine Kinder krank waren, hab ich sie meistens allein zu Hause gelassen. Damit ich so wenig wie möglich wegen den Kindern krank geschrieben war.“ Dabei haben viele die Furcht, dass ihre speziellen Strategien und Arrangements irgendwann zusammenbrechen könnten. So formulierte Frau U., Betriebswirtin: „Ich fürchte mich richtig davor, wenn er (das Kind, Anmerkung der Autorin) mal in die Schule kommt ...“

Als erste Schlussfolgerung kann man daher formulieren, dass das Bild der wenig problembelasteten Situation am Arbeitsplatz deshalb entsteht, weil Frauen ihre speziellen Probleme „unsichtbar“ machen und versuchen, die Normalitätsvorstellung von Arbeitgebern und Kollegen und Kolleginnen nicht übermäßig zu strapazieren. Ihre Strategien bedeuten dann, dass *sie* die ganze Last ihrer individuellen und etwas „abweichenden“ Lebensweise selbst schultern, ohne wesentliche Unterstützung im beruflichen Umfeld zu bekommen. Die marktwirtschaftliche Lesart von Individualisierung, Belastungen privat und ohne gesellschaftliche Unterstützung zu meistern, macht sich demnach voll geltend. Diese Thesen soll in zwei weiteren Punkten beleuchtet werden: der materiellen Lage und der Alltagsgestaltung von allein Erziehenden.

### 3.2 Materielle Lage: Vom Anspruch, für das Kind Normalität herzustellen

Befragt nach der finanziellen Situation, gaben die Frauen mit zwei Ausnahmen an, dass sie finanzielle Einschränkungen hinnehmen müssen. Dies äußerten erwerbslose und erwerbstätige Frauen, Vollzeit sowie Teilzeit Arbeitende als auch Frauen in höheren oder niedrigeren Berufspositionen. Die beengte finanzielle Lage bedeutet für sie, dass sie Abstriche vor allem bezüglich des Urlaubs, der Freizeitvergnügen und Kleidung machen müssen. Dabei fällt auf, dass viele der Frauen den Versuch unternehmen, die Einschränkungen auf keinen Fall ihre Kinder spüren zu lassen. Immerhin acht von 21 Befragten formulierten dies explizit. Stellvertretend hierfür stehen Frau D. und Frau G.: „Nur Sachen kann ich mir selbst nicht so kaufen, weil ich eben alles, was ich habe, ins Kind stecke“ (Frau D, Lehrling als Industriekauffrau). Gespart wird „... hauptsächlich bei mir, nicht beim Kind. Beim Kind eigentlich gar nicht. Bei mir also bei Kleidung, großen Urlaubsreisen“ (Frau G., Erzieherin).

Geklagt wird nicht über den eigenen Verzicht, sondern darüber, dass das Bemühen, die Kinder möglichst am gesellschaftlichen Durchschnittsmaß an Kleidung, Nahrung, Freizeitvergnügen partizipieren zu lassen, nicht immer gelingt. „Mir würde es eigentlich reichen, wenn ich für das Kind ... Unterstützung kriegen würde. Damit ich ihr eben mal was zukommen lassen kann und nicht immer sagen muss, bei einem lumpigen Kinobesuch beispielsweise: Nein, das geht nicht, weil das Kino zu teuer ist“ sagte Frau X, arbeitslos. Sie äußerte, dass allein Erziehende längere Zeit Unterstützung für das Kind bekommen sollten – im Fall von Unterhaltsvorschuss nicht nur zwölf Jahre; ein höheres Kindergeld und/ oder billigere Kinderbetreuungsmöglichkeiten seien nötig.

Das Kind wird bei allein erziehenden Müttern zum Dreh- und Angelpunkt all ihrer Bemühungen und Besorgnisse. Sich selbst erlegen sie Konsumverzicht auf, den sie ihren Kindern ersparen wollen. Wenn schon für sie selbst die Befriedigung von Bedürfnissen, die über den alltäglichen Lebensbedarf hinausgehen, nicht möglich ist, so soll wenigstens für das Kind Normalität herrschen.

### 3.3 Alltagsgestaltung: Vom chronischen Zeitmangel und von Erschöpfung

Die alleinige Verantwortung für das Kind wird für allein erziehende Frauen zum prägenden Merkmal ihres Tagesablaufs. „Ja, alles sehr eingeschränkt, alles ein bisschen stressig. Zeitig aufstehen, Kind fertig machen, in den Kindergarten bringen, Nachmittag dann auch 16 Uhr Feierabend, dann zum Kindergarten flitzen, nach Hause, Essen kochen, Kind ins Bett bringen. Da bleibt für sich selber halt nichts mehr übrig“ (Frau V., Sekretärin). Eine Hilfe wäre es da schon, wenn „Arbeitsplatz und Kinderbetreuung mehr gekoppelt“ wären, wenn „Arbeitszeiten und Kinderbetreuungszeiten flexibler gestaltet“ wären (Frau F., Studentin und Museumsführerin). Dabei trifft die Wahrnehmung, kaum Zeit für sich zu haben, nicht nur auf berufstätige Frauen zu. Auch nicht erwerbstätige Frauen berichten, in ihrem Tagesablauf ganz vom Kind bestimmt zu sein. Straff und diszipliniert müssen sie ihren Tag durchorganisieren.

Der chronische Zeitmangel wird subjektiv als Stress erlebt, der zur Erschöpfung führt. Exemplarisch Frau W., Apothekerin: Sie fühlt sich „... ausgepowert. Das ist eigentlich ein großes Problem – der chronische Zeitmangel bei mir. Wenig Zeit für mich. Man muss sich eigentlich alles abknapsen. Irgendwann schafft man es mal, wenn die Kinder im Ferienlager sind oder so. Aber ansonsten opfere ich meine ganze Freizeit den Kindern in irgendeiner Form.“ Für viele ist

die „Zeit für sich“ auf die Phasen am Tag beschränkt, in der das Kind im Bett ist – oft nur ein paar Stunden spät abends.

Freizeit ist dem Umfang und Inhalt nach auf das Kind abgestellt. Exemplarisch hierzu Frau J. und Frau W.: „Es ist mir schon ziemlich wichtig, viel Zeit zusammen zu verbringen, da ich nicht will, dass er denkt, ich hätte keine Zeit oder Lust, Zeit mit ihm zu verbringen“ (Frau J., Verkäuferin). „Und selbst im Urlaub. Man hat ja immer die Kinder, man muss mit denen immer was unternehmen, ja. Es ist nie so, dass ich sagen kann, jetzt lass ich alle Fünfe grade sein“ (Frau W., Apothekerin). Eigene Interessen und Hobbys bleiben auf der Strecke. „Ich kann auch nicht das machen, was ich gerne machen möchte. Zum Beispiel Sport treiben oder mal ins Kino gehen. Ist wirklich ganz selten. Ich muss mein Kind immer mitnehmen“ (Frau A., Altenpflegerin). Der Anspruch, mal was allein und für sich zu machen, kann dann leicht in Stress ausarten, den man sich lieber erspart. Das empfindet zumindest Frau F., Studentin und Museumsführerin, so: „... dass ich dann viel mehr geschafft bin, als wenn ich es gleich lasse, also abends in der Woche weggehen.“ Kein Wunder, dass der Wunsch aufkommt, sich auch mal eine „Auszeit“ gönnen zu können. „Frauen sollte öfter mal eine Auszeit gegönnt werden. Also wirklich eine Kur, ohne dass man haufenweise Schreibkram ausfüllen muss und Rennereien hat. Weil irgendwann ist die Kraft dann zu Ende und man kann nicht mehr“ (Frau E., Finanzkauffrau).

Die gesellschaftliche Norm der „guten Mutter“ bestimmt das Leben der allein Erziehenden. Die Interviewpartnerinnen wollen alle die Mutterrolle als Erzieherin und Fürsorgerin für das Kind perfekt ausfüllen. Die nahezu alleinige Verantwortung für das Kind sorgt dafür, dass dieser Anspruch wieder nur auf Kosten der Frauen erfüllt wird. Die Härte dieses Maßstabes formuliert Frau J., Verkäuferin, so: „Mehrfachbelastung: Mutter, Arbeitnehmer, Hausfrau, Organisator, Freundin und und und ... dann ist das echt ziemlich hart.“ Dass dieser hohe Anspruch nicht schon im Ansatz scheitert, liegt an privaten Unterstützungsnetzen, auf die allein erziehende Mütter zurückgreifen können und die es ihnen ermöglichen, die oben beschriebenen Belastungen auszuhalten.

### 3.4 Unterstützung, Beratung: Ohne die Herkunftsfamilie geht es nicht

Auf die Frage nach der Unterstützung im Alltag wurden in erster Linie und fast ausnahmslos die Eltern und Großeltern genannt. Diese sind eine wichtige Hilfe bei der Kinderbetreuung, aber auch, wenn Dinge in Haus und Wohnung zu regeln sind sowie

in finanzieller Hinsicht. Bei den nicht Berufstätigen helfen sie vor allem finanziell, bei den Berufstätigen insbesondere bei der Kinderbetreuung. Selbst die Unterbringung des Kindes im Kindergarten funktioniert nur, weil Eltern und Großeltern mit eingreifen. So sagte Frau U., Betriebswirtin: „Also ich bin voll auf die Omas angewiesen, das ist klar. Ich bringe ihn früh in den Kindergarten, also ich arbeite von neun bis 17 Uhr, von Montag bis Donnerstag, Freitag dann bloß bis halb drei. Also freitags schaff ich's dann selber. Montags und donnerstags bring ich ihn halt und zwei Tage in der Woche holt ihn meine Mama und zwei Tage die Woche holt ihn meine Ex-schwiegermama, denn ich will auch nicht, dass er bis um fünf das letzte Kind ist, aber selbst das würde ich nicht schaffen.“

Freunde wurden als Unterstützende in zweiter Linie genannt, insgesamt achtmal. Hier jedoch wurden stärkere Vorbehalte formuliert: Eher mit schlechtem Gewissen nehme man die Hilfe von Freunden und Bekannten in Anspruch, unter anderem auch deshalb, weil man nicht auf volles Verständnis rechnen könne: „Man hat ja auch immer ein schlechtes Gewissen, weil man andere Leute für seine Kinder einspannt“ (Frau W., Apothekerin). Und Frau L., Beamtin, meinte: „Eigentlich sind alle sehr solidarisch. Aber so richtig Verständnis kann man auch nicht erwarten, weil sie die Erfahrung einfach nicht haben.“ Nur von einer Befragten wurden Nachbarn und Freunde als das wichtigste Unterstützernetzwerk benannt. Auch der Kindsvater scheint eine recht untergeordnete Rolle als Unterstützer zu spielen. Er wird nur in vier Fällen als solcher erwähnt.

Wir wollten auch wissen, welche Erfahrungen allein Erziehende mit Ämtern und Behörden machen. Zwei von 16, die sich hierzu äußerten, sprachen explizit von sehr guten Erfahrungen. Genannt wurde das Jugendamt, bei dem „immer die Mutter im Vordergrund steht mit dem Kind“ (Frau A., Altenpflegerin) und das gute Beratung in Fragen des Unterhaltsvorschlusses geleistet habe (Frau S., arbeitslos). Drei der Befragten äußerten verhalten positiv, dass Hilfe und Unterstützung schon in Ordnung waren. Die Übrigen hatten eher negative Einschätzungen. Sie reichten von Äußerungen, wonach man zwar keine schlechten Erfahrungen gemacht, jedoch auch keine wirkliche Hilfe erhalten habe, bis hin zu Berichten über explizit schlechte Erfahrungen. Als Gründe wurden genannt, dass mit Kindern ungünstige Öffnungszeiten und lange Wartezeiten auf dem Amt unzumutbar sind, dass lange Bearbeitungszeiten die Mütter finanziell in Schwierigkeiten bringen, dass die Beratung unzulänglich sei.



„Das Sozialamt hat sich unheimlich angestellt. Die waren extrem unfreundlich und... erstmal die langen Wartezeiten. Das mit kleinen Kindern ist fast nicht machbar. Es gab keine Toiletten, keine Wickelräume, kein gar nichts... auch keine Beratung“ (Frau F.). Und Frau J. äußerte: „Also mit den Ämtern, das ist eine ganz schöne Lauferei. Unmöglich, denn dir will keiner helfen. Du musst ganz schön hinterher sein und musst wissen, was dir zusteht. Gesagt wird dir nichts. Aber wenn du weißt, was dir zusteht, bekommst du das auch.“ Und Frau E. meinte: „Auf den Ämtern ist es immer schwierig, ob man da jetzt allein Erziehend ist oder nicht, ist egal, glaub ich. Das spielt nicht die Rolle, man wird dadurch nicht benachteiligt. Aber man muss eben unheimlich kämpfen, man muss um seine Rechte kämpfen.“ Ein Problem besteht gerade in der Gleichbehandlung mit anderen Hilfebedürftigen. Ihre besondere Lebenslage sollte stärker berücksichtigt werden.

### 3.5 Fremdwahrnehmung: Zwischen Bewunderung und Misstrauen

Nach erlebten Einschätzungen durch Freunde, Nachbarn und Bekannte gefragt, sprach gut die Hälfte der Frauen davon, keine Gefühle von Ausgrenzung durch die nähere soziale Umgebung zu kennen. Ein Teil der Interviewten berichtete sogar von ausgesprochen positiven Erfahrungen. Sie erleben Anerkennung und Bewunderung für ihre Lebensweise. Frau F. erzählte: „Also, ich hab schon das Gefühl, dass ich voll anerkannt werde. Also, ich bekomme sehr viel Lob von Freunden und Bekannten, wie ich meine Situation so meister – und auch Respekt. Dass man das allein so schafft.“ Freilich ist mit der Bewunderung, dass „man es schafft“, auch schon der Maßstab angegeben, den allein Erziehende zu erfüllen haben, was Frau F. so erläuterte: „Das ist jetzt mittlerweile so, seit ich halt 'ne ganze Weile allein Erziehende bin, seit meine Umgebung auch mitbekommt, dass das klappt. Das war am Anfang eher nicht so. Da haben mir sehr viele kritisch gegenübergestanden und auch gesagt, das wirst du nie packen und es war ein Fehler, sich zu trennen. Aber mittlerweile bekomme ich dafür Anerkennung.“

Wenn man es aber „nicht packt“ beziehungsweise wenn die anderen denken, dass man es nicht schaffen könnte, dann ist die erste Reaktion nicht etwa das Angebot von Unterstützung, sondern Misstrauen bis hin zur Missachtung. So äußerten einige, dass ihre Umgebung – Nachbarn, Bekannte – sie beäugen, ob sie mit dem Kind alles geregelt kriegen – schließlich fehlt ja der Vater: „Ja, die denken, dass ich mit dem Kind zum Beispiel nicht klar komme oder keine Erfahrung habe“ (Frau P., arbeitslos). Oder Frau

H. erzählte: „Ja, sie haben mir unterstellt, dass ich nicht verantwortungsbewusst mit meinem Kind umgehe. Das war, als die Familie noch bestand, so nicht der Fall.“ Die Nachbarn hätten dann „... mehr auf mich und mein Kind ein Auge geworfen, um zu gucken, ob es dem Kind auch gut geht und in vielen meiner Aktivitäten, auch wenn es mal um Männer ging, sich rein gehalten und meinten, es sei nicht mein Recht, also meine eigenen Bedürfnisse auch noch selbst wahrzunehmen“ (Frau H., Studentin). Einige Befragte störte, dass allein erziehend in einem Atemzug mit „sozial schwach“ genannt wird und fühlen sich dadurch im Verhältnis zur Normalfamilie, in der oft auch „ganz viele Probleme herrschen... und an die würde keiner rühren“, herabgesetzt (Frau G., Erzieherin). Dieses Gefühl der Diskriminierung führt laut Frau W. dazu, dass sich viele allein Erziehende nicht als solche „outen“ wollen. „Dieses sich outen, weil es ja immer noch als Mangel angesehen wird. Und das ist ganz schwierig, an die Leute heranzukommen“ (Frau W., Apothekerin).

Dass Frauen ihren Platz besser in einer Vater-Mutter-Kind-Familie hätten, macht auch das Urteil „arme verlassene Frau“ deutlich – ganz unabhängig davon, ob Frauen tatsächlich verlassen wurden oder selbst die Beziehung beendet hatten: „Bei Bekannten oder neuen Bekannten immer dieses, dass ich ganz schön arm dran bin, weil ich eben mit meinem Kind allein lebe – und ich klarstellen muss, dass ich diejenige war, die sich eigentlich bewusst in diese Situation begeben hat. Und das finde ich nicht in Ordnung, dass sich wirklich keiner vorstellen kann, dass eine Frau mit Kind diesen Schritt gehen kann, aus welchen Gründen auch immer“ (Frau M., Physiotherapeutin). Die Vorstellung, dass eine Frau unmöglich aus freien Stücken ein Leben ohne Partner leben könne, schlägt sich auch in Bezeichnungen nieder, an der eigenen Lage selbst „schuld“ zu sein und der Gesellschaft zur Last zu fallen. Exemplarisch hierfür Frau A.: „Na, viele Leute können sich da nicht richtig reinversetzen, was es heisst, allein Erziehende zu sein. Sie kommen mit dummen Sprüchen, so nach dem Motto, ich hab es ja nicht anders gewollt...“ Ganz handfest wird der geltend gemachte Maßstab Vater-Mutter-Kind-Familie dann so erlebt: „Im Schwimmbad wollte ich eine Familienkarte haben, für meine Kinder und mich... Mir wurde die Familienkarte erst nicht gegeben, weil ich keine vollwertige Familie bin, weil da eben kein Mann dabei war. Das ist Diskriminierung. Ich bin eine Familie, wir sind doch eine Familie“ (Frau E., Finanzkauffrau). Aus Sicht der Interviewpartnerinnen wird ihre Lebensform nur bedingt von ihrer näheren Umgebung anerkannt. Der Maßstab und damit Bedingung der Anerkennung ist

eben immer wieder und immer noch die Normalfamilie, an dem sich die allein Erziehenden bewähren müssen. Ob und inwieweit dies aus Sicht der sozialen Umwelt gelingt, entscheidet, mit wieviel Wohlwollen man auf die Frauen mit ihrer alternativen Lebensweise blickt. Diese sehen sich daher in einem dauernden Abwehrkampf gegen Misstrauen und Ablehnung.

### 3.6 Eigenwahrnehmung: Normalfamilie wünschenswert

Wie sehr solche Normalitätsvorstellungen selbst bei den befragten allein Erziehenden vorherrschen, zeigt Frau E. – eben noch selbstbewusste Verteidigerin ihrer Familienform – wenn sie zugibt: „Man sieht sich ja selber als halbwertig an, einfach in dem Moment und das ganze Jahr eigentlich. Man ist ja selber deprimiert, wenn man zum Beispiel ein Ehepaar sieht. Die sind zusammen und erziehen die Kinder zusammen. Man weiß ja selber, dass man mit allem allein dasteht. Das ist schon sehr schwer“ (Frau E., Finanzkauffrau). Diese Unsicherheit äußert sich auch als ängstlicher Versuch, das Bild „alles im Lot“ aufrecht zu erhalten: „... ja und auch so diese Angst, schlecht angeguckt zu werden, also die allein Erziehenden, die ich kenne, die sind halt sehr darauf bedacht, ihrer Umwelt zu beweisen, dass es als allein Erziehende genauso gut geht. Also, sie sind sehr streng, teilweise unheimlich sparsam und unsicher ...“ (Frau F., Studentin und Museumsführerin). Oder: „Sie lassen sich nicht helfen, lassen niemanden an sich ran, wollen das nicht nach außen tragen“ (Frau D., Industriekauffrau).

So sind denn auch die Befragten ganz überwiegend der Meinung, dass die Normalfamilie doch wünschenswert sei. Nur zwei äußerten dezidiert, dass sie sich weder aus ihrer noch aus der Perspektive des Kindes einen Partner wünschen. Frau C. sagte, dass sie auch so glücklich sei und Frau D. äußerte, dass, selbst wenn sie auf Dauer mit dem Kind alleine bliebe, dies bedeutungslos sei, „...weil ich dem so viel Liebe gebe, dass es eigentlich reicht.“ Die anderen Frauen halten jedoch die Vater-Mutter-Kind-Familie für die eigentlich wünschenswerte Lebensform. Hierbei teilt sich das Feld auf in diejenigen, die diese Lebensform unbedingt für wichtig halten, und diejenigen, die daran die Bedingung knüpfen, dass es sich um eine gut funktionierende Beziehung handeln müsse. So sagte Frau W., Apothekerin: „Ich sage, es ist schön für die Kinder, wenn beide da sind, wenn die Beziehung zwischen Mann und Frau funktioniert. Dann ist es wunderbar. Dann hat man sicherlich einige Probleme weniger und einige mehr könnte ich mir vorstellen. Aber es ist nicht unbedingt die

Form, die ich anderen auf Teufel komm raus empfehlen würde.“ Und Frau M., Physiotherapeutin, meinte, „... dass eine männliche Person dem Kind schon sehr gut getan hätte, also einfach als Ausgleich, aber wie gesagt... ich würde nie mit einem Mann zusammenbleiben, um einfach diese Wunschvorstellung aufrecht zu erhalten, damit das Kind den Vater bei sich hat, obwohl ich gar nicht mit diesem Mann zusammenleben kann.“

Bedingungslos hingegen formulieren die anderen Frauen, dass sie wegen des Kindes den Vater für unverzichtbar halten: „Schön wäre es schon fürs Kind, auf jeden Fall. Ein Kind braucht beide Elternteile, schon um eine Beziehung zu Vater und Mutter aufzubauen“ (Frau K., Zahnarzthelferin). Und Frau F. denkt, dass sie die männliche Bezugsperson „nicht ersetzen“ kann. Einige wenige der Befragten sehen die Normalfamilie quasi als die natürliche Lebensform und befürchten gar, dass ihr Kind später die Lebensform allein erziehend kopieren könnte: „Für S. wünsch ich mir schon, dass sie sieht, wie der Mensch geschaffen ist. Und es ist halt so, die Natur hat's vorher bestimmt, dass zwei zusammen sind und dann mit Nachwuchs... Und, wenn sie das ganze Leben jetzt sehen würden, meine Mama wohnt mit mir ohne Vater, ich weiß nicht, ob die dann noch klar kommt mit einer Beziehung. Das sind meine Bedenken, dass sie sagt, lässt mich in Ruhe, ich komme alleine klar. Das wäre das Schlimmste eigentlich, weil das nicht so ist, ja. Der Mensch ist nicht zum Alleinsein geschaffen“ (Frau L., Beamtin).

Die Normalfamilie ist nach Meinung der Befragten als Vor- und Leitbild vor allem gefragt, wenn an die Erziehungsaufgabe gedacht wird. Weniger eindeutig stellt sich allerdings das Bild dar, wenn allein erziehende Frauen ein zusammenfassendes, bilanzierendes Urteil über ihre Lage fällen und dabei auch an ihre eigene Persönlichkeitsentwicklung denken. Aus den Antworten auf die Frage „Was haben Sie als allein Erziehende gewonnen, was haben sie verloren?“ ergibt sich der folgende Befund: Trotz der Härten, denen allein Erziehende – berufstätige wie nicht berufstätige – unterliegen, listen nur wenige ausschließlich Negatives auf. Nur zwei von ihnen sprachen davon, dass sie durch ihre Lebenslage nur verloren hätten. Genannt wurden der Verlust von Freizeit, Hobbys und die fehlende Arbeitsteilung in Alltags- und Erziehungsfragen. Acht der Befragten sprachen hingegen ausschließlich von Gewinn. Dadurch, dass sie ihr Leben alleine managen, hätten sie eine größere Selbstständigkeit entwickelt, ein stärkeres Selbstbewusstsein gewonnen, wären sich ihrer eigenen Stärken bewusst geworden. Sie ordnen



sich Eigenschaften wie Kampfgeist, Mut, Organisations-talent, Pragmatismus und Rationalität zu. Niemandem Rechenschaft schuldig zu sein, die alleinige Entscheidungsbefugnis in Sachen Erziehung und Alltagsgestaltung werden als Unabhängigkeit und Freiheit gesehen. Das Vertrauensverhältnis zum Kind wird von einigen besser bewertet als in einer Partnerschaft. „Jetzt fühle ich mich stark, selbstbewusst, frei“ sagte Frau D. (Lehrling als Industriekauffrau).

Dieses Selbstbewusstsein paart sich jedoch bei anderen mit einem Verlustgefühl. Für acht der Befragten hat die Freiheit eine Doppelbedeutung, ist positiv und negativ zugleich. Frau M., Physiotherapeutin, formulierte dieses widersprüchliche Verhältnis so: „Also, ich denke, ein Ja (gemeint ist Gewinn, Anmerkung der Autorin), dass ich viele Situationen gemeistert habe, ohne dass jemand da war, der mir den Rücken gestärkt hat... und ein Nein, weil ich mich in vielen Situationen allein gelassen gefühlt habe. Ich musste eben allein Entscheidungen treffen, ohne jemanden fragen zu können, ob diese Entscheidung auch richtig war, also wo ich mir gewünscht hätte, dass jemand da wäre, der mit mir entscheidet.“ Frau F. äußerte in diesem Sinne: „Der Vorteil ist einfach, dass ich allein entscheiden kann, dass ich den Weg gehen kann, den ich gehen möchte, ohne jemandem Rechenschaft abzulegen. Der Nachteil ist, dass man ganz auf sich gestellt ist, dass man 24 Stunden für das Kind da ist und dass man selber keine Zeit hat, mal an sich zu denken.“ Ähnlich argumentierte Frau U.: „Ein Trennungsgrund war bei uns ja, dass wir uns in Erziehungsfragen nicht einig waren. Das ist schon schön, wenn man allein ist. Es redet nicht immer jemand rein. Andererseits bekomme ich heute immer noch Schweißausbrüche wenn er krank wird und ich stehe alleine da. Ist noch jemand da, trifft man die Entscheidung gemeinsam.“ Und Frau H.: „...weil mir dadurch sehr viel bewusst geworden ist. Im Grunde genommen hat's für mich, für meine weitere Entwicklung sehr, sehr viel gebracht, weil ich mich durch dieses Allein-erziehend-sein viel mehr gespürt habe und mir meiner Stärken viel mehr bewusst geworden bin. Negativ aufgefallen ist, dass man sich oft allein gelassen und einsam fühlt.“

So erwiesen sich die Attribute der Stärke als erzwungene Attribute, die diejenigen brauchen, die in vielen Belangen allein gelassen sind, um sich durchzusetzen. Die viel gepriesene Emanzipation aus männlicher Vorherrschaft, das Lob der Individualisierung der Lebensformen ist demnach mit Vorsicht zu genießen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie Frau E., Finanzkauffrau, Stärke und Selbstbewusstsein einschätzte: „Sie haben alle Probleme, entwe-

der, weil sie kein Geld kriegen, Unterhalt nicht kommt oder was auch immer. Sie sind alle stärker geworden, sicherlich, aber ob sie jetzt unbedingt mehr Selbstbewusstsein haben? Das weiß ich nicht. Und wenn, dann ist es nur notgedrungen. Sie verhalten sich wie alle anderen auch. Was ich nur merke ist, sie fahren eher Auto, sie haben mehr Mut, was zu unternehmen. Weil sie einfach müssen, es geht nicht anders.“

#### 4. Fazit

In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren Ein-Eltern-Familien eine gesellschaftlich nicht erwünschte Lebensform. Heute sind sie im Verhältnis zur Normalfamilie auf dem Vormarsch und haben inzwischen eine größere Akzeptanz erreicht. In diesem historischen Vergleich ist der These von der Individualisierung und Pluralisierung der privaten Lebensformen sicher nicht zu widersprechen. Allerdings muss sie differenziert betrachtet werden. Die Ein-Eltern-Familie steht nicht einfach gleichwertig neben der bürgerlichen Normalfamilie und in keinem bloßen Ergänzungsverhältnis zu ihr. Vielmehr reibt sie sich in vielerlei Hinsichten an der tradierten Vater-Mutter-Kind-Familie. Dies in der Weise, dass diese die Ein-Eltern-Familie unter einen gewissen Normalisierungsdruck setzt. Dies belegen unsere Ergebnisse in verschiedenen Bereichen.

Bei der Betrachtung der Frauen als *Arbeitnehmerinnen* stellte sich heraus, dass sie ihre Akzeptanz als allein Erziehende dadurch erkaufen, dass sie den Konflikt Kind und Beruf durch geschicktes Handling der Kinderbetreuung ganz allein lösen, womit sie ihre besonderen Probleme so gut wie unsichtbar machen. Wo dies nicht gelingt, schlägt die Verantwortlichkeit für das Kind gegen die Frauen aus. Dies betrifft dann besonders Arbeit suchende Frauen, die meist Auskunft geben müssen, ob die Kinderbetreuung geregelt ist, und dies oft nicht glaubhaft nachweisen können. Man kann daraus schlussfolgern, dass sich allein erziehende Frauen ihre Akzeptanz als Arbeitende oder Arbeit suchende Mütter dadurch erkaufen, dass sie möglichst „normal“ funktionieren und ihre Probleme mit der Kinderbetreuung kaschieren. Frauen dürfen keine „Last“ für ihren Arbeitgeber sein.

Die Betrachtung der *Alltagsgestaltung* von allein Erziehenden erhärtet die These, wonach die gepriesene Individualisierung für allein erziehende Frauen eher eine Last denn wirkliche Befreiung bedeutet. Vor dem Hintergrund der in der Regel knappen finanziellen Mittel und meist nur kleiner verlässlicher sozialer Unterstützungsnetze gerät der Alltag bei vielen zum Stress. Wo eben die in der tradierten Fa-

milie gegebene Arbeitsteilung durch partnerschaftliche Rollenteilung fehlt, müssen Frauen alle in der bürgerlichen Familie vorgesehenen Rollen übernehmen. Eine Überlastung ist die logische Folge.

Dass Frauen am Arbeitsplatz und in ihrer Familie funktionieren können, liegt vor allem daran, dass sie in der Regel auf ihre *Herkunftsfamilie* als wichtigste Unterstützung zurückgreifen können. In Bezug auf staatliche Hilfe durch Behörden sind die Erfahrungen gemischt: Sie bewegen sich zwischen der Wahrnehmung von wirklicher Hilfe und der Verhinderung oder Verweigerung von Unterstützung. Insgesamt scheint die Erwartungshaltung gegenüber einer gesellschaftlichen Unterstützung, die über die Familie hinausgeht, eher gering. Die oft diskutierte These, wonach vor allem in Ostdeutschland eine „Versorgungsmentalität“ vorherrsche, die sich als Anspruchshaltung gegenüber dem Staat äußere, trifft auf allein Erziehende nicht zu. Eher scheint es so zu sein, dass ostdeutsche Frauen schnell gelernt haben, dass sie die von der Gesellschaft erwünschten Funktionen individuell bewältigen müssen.

Von ihrer Umgebung (*Fremdwahrnehmung*) sehen sich allein Erziehende ihrer eigenen Einschätzung nach sowohl bewundert als auch misstrauisch beäugt: bewundert, weil sie mehrfach belastet sind; misstrauisch, weil sie das „falsche Familienmodell“ leben und daher Gefahr laufen, der Gemeinschaft zur Last zu fallen. Gemäß ihrer *Selbstwahrnehmung* sehen sich die meisten Frauen selbstbewusst als starke Kämpferinnen, die ihre Unabhängigkeit von einem Partner als Gewinn für sich verbuchen. Freilich wird diese Unabhängigkeit und Freiheit zugleich auch mit Belastungen und Verlust assoziiert, weshalb der Wunsch nach einer Partnerschaft und die positive Bewertung der Normalfamilie Hand in Hand gehen mit der Wertschätzung ihrer Unabhängigkeit.

Alles in allem ist aus den Erfahrungsberichten eher zu schließen, dass die *Individualisierung* der Familienformen für die Betroffenen mehr Last als ein wirklicher Zugewinn an Freiheit bedeutet. Die hohe Akzeptanz, die allein Erziehende inzwischen in der Gesellschaft genießen, ist erkaufte durch ihre persönliche Anstrengung, möglichst nicht aufzufallen und genauso gut zu funktionieren wie die Normalfamilie. Da der Maßstab des tradierten Familienmodells allgegenwärtig ist, kann von einer *Pluralisierung* der Familienformen eigentlich nur in einer recht formellen Hinsicht gesprochen werden.

## Anmerkungen

1 Im Folgenden werden die Begriffe Ein-Eltern-Familie und allein Erziehende synonym gebraucht. Dies geschieht, um eine gewisse sprachliche Holprigkeit des neueren Begriffs Ein-Eltern-Familie zu umgehen. Der Autorin ist bewusst, dass es gute Gründe dafür gibt, die Bezeichnung „allein erziehend“ zu ersetzen, verkürzt sie doch diese Lebenslage auf Erziehungsprobleme und legt durch die Bezeichnung einen angeblichen Mangel dieser Familienform nahe.

2 Eigene Berechnungen nach Zahlen des Statistischen Jahrbuches (Statistisches Bundesamt 1990 und 2004). Diesen Zahlen liegt eine Definition von Nave-Herz (1994) zu Grunde, wonach Ein-Eltern-Familien Mütter oder Väter sind, die die tägliche Verantwortung für die Erziehung sowie den Lebensunterhalt der Kinder überwiegend allein wahrnehmen. Die Sorgerechtsregelung ist dabei nebensächlich. In die Betrachtung werden Mütter oder Väter mit minderjährigen *und* erwachsenen Kindern einbezogen. In vielen Publikationen werden nur allein Erziehende mit minderjährigen Kindern betrachtet, da dies die Lebenssituation von allein Erziehenden am besten widerspiegeln. Angesichts der um sich greifenden Jugendarbeitslosigkeit, die immer mehr auch erwachsene Kinder an ihre Familien bindet, scheint mir die Erweiterung auf Eltern mit minder- und volljährigen Kindern zulässig zu sein. Die hier referierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zählen zur Gruppe der allein Erziehenden auch unverheiratete Eltern, die in Partnerschaft oder nicht ehelicher Lebensgemeinschaft leben – auch dann, wenn die Kinder gemeinsame Kinder sind. Dies erklärt die geringfügige Abweichung von in anderen Publikationen genannten Zahlen.

3 Allein erziehende Frauen stellen einen überproportionalen Anteil von Sozialhilfebezieherinnen (Statistisches Bundesamt 2003, S. 11). Meier fasst dies in dem Urteil zusammen, dass allein Erziehende im Vergleich zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften und noch mehr im Vergleich zu verheirateten Paaren trotz verbesserter sozialer Leistung immer noch benachteiligt werden (Meier 1999, S. 1).

4 Es sei hier angemerkt, dass die Untersuchung nicht beansprucht, die Lebensform Ein-Eltern-Familie systematisch mit anderen Familienformen zu vergleichen. Was als Merkmal der Ein-Eltern-Familie festgehalten wird, mag in dem einen oder anderen Fall auch für andere Familienformen zutreffen.

5 Anfang der 1970-Jahre lag in der DDR der Anteil der allein Erziehenden bereits bei 18 %, in Westdeutschland bei gut 12 % (Bach 2001, S. 175).

6 Die Befragten waren Frau A., Altenpflegerin; Frau B., Köchin; Frau C., Altenpflegerin; Frau D., Lehrling als Industriekauffrau; Frau E., Finanzkauffrau; Frau F., Studentin und Museumsführerin; Frau G., Erzieherin; Frau H., Studentin; Frau J., Verkäuferin; Frau K., Zahnarzthelferin; Frau L., Beamtin; Frau M., Physiotherapeutin; Frau P., arbeitslos; Frau R., Erzieherin; Frau S., arbeitslos; Frau W., Apothekerin; Frau U., Betriebswirtin; Frau V., Sekretärin; Frau X., arbeitslos; Frau Y., arbeitslos; Frau Z., Reinigungskraft.

7 Die Interviews wurden mit Studierenden am Fachbereich „Soziale Arbeit, Medien, Kultur“ der Hochschule Merseburg im Rahmen eines Empirikurses „Qualitative Methoden der Sozialforschung“ konzipiert und durchgeführt.

## Literatur

Bach, Angelika: Die Renaissance der Ein-Eltern-Familie. Herbolzheim 2001

Haux, Tina: The Construction of Lone Motherhood in Britain

and Germany. Research design of the PHD thesis. Arbeitspapier für das Graduiertenkolleg „The Future of the European Social Model“ an der Universität Göttingen. Göttingen o.J.

**Mayring, Philipp:** Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim 2002

**Meier, Uta:** Zehn Thesen zum Grundsatzreferat „Die Situation allein erziehender Frauen in den neuen Bundesländern vor und nach der Wende“. Magdeburg 1999

**Nave-Herz, Rosemarie:** Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt 1994

**Statistisches Bundesamt** (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1991. Stuttgart 1990

**Statistisches Bundesamt** (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2001. Stuttgart 2003

**Statistisches Bundesamt:** Sozialhilfe in Deutschland 2003. In: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

# Persönliche Beratung in der britischen Arbeitsvermittlung Lehren für Deutschland?

*Claus Reis*

## Zusammenfassung

Die britische Arbeitsmarktreform besitzt für die institutionelle Umsetzung des Sozialgesetzbuch II (SGB II) Vorbildfunktion, was sich zum Beispiel auch in der Übernahme zentraler Begriffe zeigt („Job-Center“, „persönlicher Ansprechpartner“). Aus diesem Grund wird die Bedeutung persönlicher Beratung in der britischen Arbeitsvermittlung untersucht, um hieraus Anregungen für die deutsche Diskussion gewinnen zu können.

## Abstract

The British labour market reform serves as a model for the institutional implementation of SGB II (Social Security Code) which, for instance, becomes obvious with the application of central terms like „job centre“ or „personal contact partner“. This is why, we examine the importance of personal advice in British job placement services in order to gain suggestions for the German discussion.

## Schlüsselwörter

Arbeitsmarkt - Reform - Arbeitsvermittlung - Beratung - Großbritannien

## Einleitung

Großbritannien hat bereits 1997 damit begonnen, die Grundstrukturen der Arbeitsmarktpolitik zu verändern. Am Anfang standen zielgruppenbezogene Programme („New Deals“), die die Leistungserbringung in den Arbeitsämtern („employment service“) ergänzten. Nachdem sich das Programm bewährt hatte, wurde in den nächsten Schritten der grundlegende Prozess der Gewährung von Geld-, Sach- und Dienstleistungen an Nichterwerbstätige verändert: Resultat war das „Job CentrePlus“, das nicht nur für Arbeitslose zuständig ist, sondern für alle nicht erwerbstätigen Personen im erwerbsfähigen Alter (Knuth u.a. 2004). Eingebettet ist die Arbeitsmarktreform in ein flankierendes Maßnahmenpaket, insbesondere das Programm „making work pay“ („Arbeit bezahlt machen“), ein Programm zur Beendigung von Kinderarmut und das Programm „tackling social exclusion“ („Sozialen Ausschluss bekämpfen“), ein Sonderprogramm für bestimmte Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Ziel dieses Maßnahmenpakets war es insbesondere, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen. Die Arbeitsmarktreformen in Großbritannien sind somit nur in einem

weiteren konzeptionellen Rahmen zu verstehen und die im Folgenden dargestellten Reformen müssen als Elemente einer umfassenden Strategie begriffen werden: „Es steht fest, dass Großbritanniens ‚Welfare to Work‘ oder die Aktivierungspolitik vor allem Elemente einer viel größeren und immer enger verknüpften Modernisierungsstrategie sind“ (Walker; Wiseman 2001, S. 6).<sup>1</sup>

Die Arbeitsmarktreform in Deutschland bezog von Beginn an wichtige Impulse aus Großbritannien. Die jugendspezifischen Programme („Jump“ und „Jump Plus“) waren vom „New Deal for Young Persons“ inspiriert, die organisatorische Umsetzung des SGB II in „Job-Centern“ vom britischen „Job CentrePlus“ (hierzu Kohlrausch 2004). Und nicht zuletzt verdankt die Figur des „Persönlichen Ansprechpartners“<sup>2</sup> (vgl. § 14, 2 SGB II) nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich einiges der Konzeption der „Personal Adviser“, denen in der britischen Reform eine Schlüsselstellung zukommt. Aus diesem Grunde sollen im Folgenden die Erfahrungen präsentiert werden, die in Großbritannien in verschiedenen Programmen mit der persönlichen Beratung durch die „Personal Adviser“ gemacht werden konnten.

## Die New Deals

Kurz nach dem Wahlsieg der Labour Party 1997 verkündete Tony Blair einen Kurswechsel der Arbeitsmarktpolitik. Dieser Wechsel bestand im Wesentlichen darin, Elemente der US-Reform aufzugreifen, die zu implementieren die Konservativen vorher stets gezögert hatten (Peck 2001): verstärkte persönliche Hilfe, verbunden mit verbindlichen arbeitsmarktzentrierten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmodulen. Dabei wurde an die bereits von den Konservativen betriebene Politik eines verbindlicheren Wohlfahrtsregimes angeknüpft – diese wurde aber um Elemente intensiverer persönlicher Hilfe ergänzt (Finn 2003a).

Zunächst erstreckte sich die Reform auf die Einführung von zielgruppenorientierten Programmen, den New Deals. Deren Ziel ist es, Arbeitslose durch die Kombination von persönlicher Ansprache und Beschäftigungs- wie Qualifizierungsangeboten zu aktivieren. Die Besonderheit der wichtigsten Programme für traditionelle Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik ist es dabei, dass sie zwar überwiegend verpflichtend sind, aber erst nach einer gewissen Wartezeit in Gang gesetzt werden: nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit für unter 25-Jährige (New Deal for Young Persons, NDYP), nach 18 (beziehungsweise zwölf) Monaten Arbeitslosigkeit für über 25-jährige Langzeitarbeitslose (New Deal for Long Term

Unemployed, NDLTU). Finanziert wurden die New Deals durch die Abschöpfung der „windfall profits“, die durch die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe erzielt worden waren – wobei der Löwenanteil auf die NDYP und NDLTU entfiel (Finn 2003a).

Der zentrale Erfolgsfaktor in allen New Deals sind die „Personal Adviser“, die die Balance zwischen Hilfe und Sanktion halten müssen, was von ihnen selbst als Problem angesehen wird: „Die Personal Adviser glauben typischerweise, dass Sanktionen den Grad des Vertrauens untergraben, den sie zu ihren Klienten herstellen können. Währenddessen denken die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen oft, dass zwangsverpflichtete Klienten störend sind und die Effektivität für alle Teilnehmer untergraben ... Umfassender Arbeitszwang könnte sich ultimativ als extrem teuer erweisen, nicht nur wegen der zunehmenden Größenordnung der erforderlichen Maßnahmen, sondern auch weil zusätzliche kaum arbeitsfähige Klienten eine intensivere Vorbereitung und Nachsorge fordern würden. Hinzu kommen die Konsequenzen einer sozialen Ausgrenzung der sanktionierten Klienten“ (Walker; Wiseman 2001, S. 16).

Mit den New Deals lebte die „Unemployment Industry“ (Finn 2003b) wieder auf, die unter der konservativen Regierung einen starken Konkurrenzdruck erlebt und sich fast aufgelöst hatte. Als die Regierung die Ausgaben für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen beschnitt hatte, gerieten viele Träger in finanzielle Schwierigkeiten. In der Konkurrenzsituation behaupteten sich nur flexible Träger, die häufig auch von den Kommunalbehörden unterstützt wurden: „Das Jonglieren von Organisationen, die sich um Frauen und allein erziehende Eltern, um Flüchtlinge, ethnische Minderheiten, Obdachlose, um junge oder dauerhaft Arbeitslose kümmern, mit komplexen Finanzierungsmodalitäten und oftmals unflexiblen Unterstützungsregeln hat neue Beratungsformen, Informationen und neue Trainingsangebote hervorgebracht“ (Finn 2003b, S. 5).

Einen erneuten Aufschwung erlebte diese „Industrie“ unter Labour und dessen New Deal: Im Jahr 2002 hatten die Job-Center über 1 000 Kontrakte mit Dritten abgeschlossen, und zwar hinsichtlich der Erbringung sekundärer (operativer) wie primärer (koordinativer) Dienstleistungen – bis hin zum kompletten Betrieb eines lokalen New-Deal-Programms. Dabei setzt Labour explizit auf die Einbeziehung von „For-Profit“-Unternehmen, die früher im Bereich öffentlicher Beschäftigungspolitik kaum eine Rolle gespielt hatten (Finn 2003b) – insbesondere im Zusammenhang der „Employment Zones“).

Die New Deals wurden umfangreich offiziell evaluiert. In diesem Rahmen wurden mehrere quantitative und qualitative Studien vorgelegt (Millar 2000a, 2000b), deren wichtigste Ergebnisse lauten:

▲ Die Effektivität der New Deals hängt von den lokalen ökonomischen Bedingungen ab. Dort wo diese schlecht sind, waren die Programme nicht sehr erfolgreich.

▲ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren oft motiviert, die meisten wiesen jedoch spezifische Vermittlungshemmnisse auf, wie fehlende Qualifikation und Arbeitserfahrung (NDYP), Qualifikationsmismatch und Transportprobleme (NDLTU), fehlende Kinderbetreuung („New Deal for Lone Persons“, NDLP, ein Programm für allein Erziehende) und Behinderungen („New Deal for disabled Persons“, NDDP). In allen Programmen gab es Gruppen mit mehreren Problemlagen.

▲ Insgesamt wurden die Programme von den Arbeitslosen positiv bewertet, sie steigerten das Selbstvertrauen und verbesserten die Jobsuche und die Qualifikationen. Wenn die Programme an den Bedürfnissen vorbei liefen, wurden sie jedoch kritischer betrachtet.

▲ Bei den freiwilligen Programmen gab es nur einen begrenzten Zugang zu Qualifikationsmaßnahmen – sie waren strukturell „work-first“-orientiert, im Gegensatz zu den verpflichtenden Programmen, die auch auf die Erhöhung der „Beschäftigungsfähigkeit“ durch Qualifikationserwerb zielten.

▲ Von der persönlichen Unterstützung profitieren am meisten diejenigen Arbeitslosen, die „arbeitsmarktnah“ sind.

▲ Die Heterogenität der Zielgruppen und der Problemlagen ist sehr hoch.

Angeichts des letztgenannten Punktes wird häufig die mangelnde Flexibilität der New-Deal-Programme kritisiert. Sie sind im Hinblick auf Zugangsvoraussetzungen und Verlauf hochgradig standardisiert, auch wenn sie intensive persönliche Ansprache vorsehen: Sie werden „von Dienstleistern durchgeführt, deren Leistungen durch Ausschreibungen der Regionaldirektionen eingekauft werden. Die Verträge haben vergleichsweise lange Laufzeiten von drei Jahren. Die New-Deal-Berater müssen für ihre Klienten aus einem standardisierten und von ihnen nicht zu beeinflussenden Angebot wählen. Auch ist ihr Entscheidungsspielraum für Sonderleistungen (zum Beispiel Dienstkleidung oder Spezialkurse für Berechtigungsscheine) mit 300 Pfund sehr gering“ (Knuth u.a. 2004, S. 22). Diese inhärente Spannung kann sich negativ auswirken, wenn die Fallzahlen erhöht werden und somit die für einzelne Klientinnen und Klienten verfügbare Zeit abnimmt (Finn 2003a). Als sich im Jahre

2003 zeigte, dass bei nachlassender Konjunktur die anfänglichen Erfolge der New Deals nachließen, wurden die Programme stärker flexibilisiert (Finn 2003a, Griffiths; Jones 2005). Geboten waren zielgruppenbezogene zusätzliche Programme für die schwer Vermittelbaren („hard-to-employ“), die vielleicht nicht kurzfristig, aber langfristig wirksam sind.

## Employment Zones

Die dritte Säule der britischen Arbeitsmarktreform neben den New Deals und dem Job CentrePlus<sup>3</sup> stellen Sonderprogramme für Regionen dar, insbesondere die „Employment Zones“ (EZ) (zum Folgenden Saunders 2002, Finn 2003b, Hales u.a. 2003, Bruttel 2005). Als EZ wurden im April 2000 15 Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit definiert. Ursprünglich stand im Kern der Aktivitäten, den Beratungs- und Aktivierungsansatz für die Zielgruppe der über 25-jährigen Arbeitslosen zu flexibilisieren. Hierzu wurde in acht der 15 Zielgebiete die Anwartschaftszeit für NDLTU auf zwölf Monate heruntergesetzt.

An die Stelle einer öffentlichen Behörde tritt in den EZ entweder ein Non- oder For-Profit-Unternehmen oder eine „public-private-partnership“ als Akteur der Eingliederungshilfe. Ziel ist die effektive Integration in den Arbeitsmarkt, deshalb liegt der Fokus aller Aktivitäten auf Arbeit und nicht auf Qualifizierung. Letztere stellt ein Hilfsmittel, kein eigenständiges Ziel dar. Verfolgt werden ein stark klientenzentrierter Ansatz (im Unterschied zu den New Deals ist das Case Management „client-driven“ statt „process-driven“, das heißt, es existieren keine standardisierten Vorgaben, vgl. Griffiths; Jones 2005) und der flexible Einsatz von Angeboten (von der Einschaltung spezialisierter Beratung über das Angebot von Trainingsmaßnahmen bis hin zur Gewährung individueller Hilfen wie zum Beispiel das Entfernen von Tattoos). Das Job Centre schließt mit den Trägern in der EZ Kontrakte auf Erfolgsbasis. Erste Evaluationen zeigen, dass die Eingliederungsergebnisse besser sind als im NDLTU, insbesondere in Hinblick auf die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten (Hales u.a. 2003). Als Gründe hierfür werden genannt:

▲ die „Belohnungsstruktur“ für nachhaltige Platzierung: Der Träger erhält das kapitalisierte Arbeitslosengeld der vermittelten Arbeitslosen für einen bestimmten Zeitraum;

▲ die Flexibilität einer tatsächlich „maßgeschneiderten Hilfe“ („tailored support“): Die Personal Adviser sind für alle Probleme der Arbeitslosen zuständig, die einer Arbeitsaufnahme entgegenstehen, und verfügen über ein Budget, um diese Probleme anzugehen;

▲ Verständnis für die Anliegen der Arbeitgeber.



Der „Personal Job Account“ (PJA, das persönliche Budget) ist höher als der Adviser Discretionary Fund (ADF) der New Deals; dieser Fond kann für alles benutzt werden, was der Eingliederung in den Arbeitsmarkt dient. Der Betrag kann zum Bestreiten des Lebensunterhaltes, aber auch für flankierende Maßnahmen und Trainingsangebote verwendet werden. Personal Adviser und Arbeitslose entwickeln und beschließen einvernehmlich einen „Action Plan“ und entscheiden in dessen Rahmen über die Verwendung des PJA.

Die Personal Adviser haben somit große Entscheidungsspielräume: „Grund für die unterschiedlichen Ergebnisse ist die Fähigkeit der persönlichen Ansprechpartner in den EZ, auf die individuellen Bedürfnisse der Klienten einzugehen... Persönliche Ansprechpartner in EZ haben die Autonomie, die Ressourcen durch die PJA und die Zeit (dank einer niedrigen Nachfrage nach ausgefüllten Formularen), die es ihnen erlauben, den Anforderungen ihrer Klientel zu entsprechen“ (Finn 2003b, S. 7).

Allerdings tritt auch hier das Problem des „cream-ing“<sup>4</sup> auf, gesetzt durch die Prämie auf Erfolg: „Diejenigen, die man für arbeitsunfähig hielt, wurden oftmals einfach in Ruhe gelassen. Sie bekamen alle vierzehn Tage Beratungen mit minimaler zusätzlicher Hilfe und/oder sie wurden an andere Wohlfahrtsverbände oder freiwillige Organisationen verwiesen, die für ihre Dienste keine Gebühren verlangen“ (Finn 2003b, S. 8) Insbesondere teure Trainingsmaßnahmen oder intensive Beratung werden wegen der Kosten kaum angeboten. Neuerdings werden die Zielgruppen ausgeweitet, indem nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern auch allein Erziehende, Behinderte oder unter 25-Jährige, die durch Verlust oder Abbruch der Arbeit in den NDYP zurückkehren müssten, im Rahmen der EZ betreut werden. Erste Evaluationen zeigen deutliche Unterschiede zwischen dem Arbeitsansatz der New Deals und der EZ: Letztere sind tatsächlich flexibler und berücksichtigen stärker die individuelle Situation des Arbeitslosen (Griffiths; Jones 2005, Joyce; Pettigrew 2001). Durch den Einsatz von EZ wurde allerdings die Bandbreite der Jobangebote nicht erweitert, diese ist vielmehr von den lokalen Arbeitsmarktstrukturen abhängig.

Der Erfolg der EZ liegt deshalb insbesondere in ihrer Vernetzungsfunktion: „Die Zonen agieren als sich zusammenschließende Organisationen, die dabei behilflich sind, die von den Langzeitarbeitslosen beanspruchten Unterstützungsdienste zu rekonfigurieren. Das wurde zum Teil durch organisierte Verknüpfungen mit anderen Programmen vollzogen.

Wichtiger ist, dass die Fallmanager im Auftrag der Klienten verschiedene Dienste aus einer Reihe von Quellen heranziehen, die die Klienten zurück in eine nachhaltige Beschäftigung führen sollen“ (Finn 2003b, S. 9).

Von April 2000 bis Ende Dezember 2002 hatten 74 600 Personen am Programm teilgenommen, 20 Prozent mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen. Davon hatten 32 100 eine Beschäftigung gefunden, drei Viertel von über 123 Wochen. Eine Kohortenbetrachtung aus dem Jahr 2001, die noch nicht veröffentlicht ist, zeigt leichte Vorteile für die EZ im Gegensatz zum „Standardprogramm“ des NDLTU im Hinblick auf Beschäftigung nach neun Monaten (33 Prozent gegenüber 27 Prozent). Als zentrales Problem bleibt jedoch: „Der finanzielle Druck legt den Anbietern nahe, mit den am meisten arbeitsfähigen Arbeitslosen zu arbeiten und sie zeigen Widerstände, in teure Angebote zu investieren, die die Beschäftigungsfähigkeit auf lange Sicht verbessern, aber kurzfristig nicht profitabel sind“ (ebd.).

### Die Bedeutung der Personal Adviser

Zentrales Merkmal des Leistungssystems für Personen ohne Erwerbstätigkeit ist die Betonung von persönlicher Beratung durch die Personal Adviser. In allen hier beschriebenen Programmen spielen die Personal Adviser eine zentrale Rolle, doch sind die Arbeitsbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten in den einzelnen Programmen sehr unterschiedlich. Die höchsten Fallrelationen und den höchsten Arbeitsdruck haben die Personal Adviser im Standardprogramm des Job CentrePlus. Sie zeigen sich kaum in der Lage, mit „schwieriger“ Klientel adäquat umzugehen und konzentrieren sich auf „arbeitsmarktnahe“ Arbeitslose. Dies ist angesichts hohen Zeitdrucks und geringer Qualifikation für „Spezialprobleme“ nicht überraschend. Das Standardprogramm scheint eher darauf zu setzen, dass die Kontinuität persönlicher Ansprache die Kontrolldichte erhöht, als dass es um die Erkennung und Beseitigung von Vermittlungshemmnissen zu gehen scheint. Dies wird in folgender Aussage eines Klienten deutlich: „Ich habe vom Job Centre keinerlei Hilfe bekommen ... Ich bin alle vierzehn Tage dorthin gegangen, habe mich eingeschrieben und es gab noch immer dieselben Stellenangebote wie das letzte Mal ... Ich sollte einfach irgendeine Arbeit annehmen... ganz egal, welche. Es gab enormen Druck, eine Stelle anzunehmen, die man gar nicht wollte ... (Beim EZ) haben wir darüber gesprochen, ... welche Art von Arbeit ich tun wollte, mehr, als dass sie mir erzählt haben, nach was ich suchen sollte – es ist ein sehr großer Unterschied“ (Griffiths; Jones 2005, S. 37).



Demgegenüber haben die Personal Adviser in den einzelnen New-Deal-Programmen eine bessere Fallrelation, auch wenn diese regional stark zu schwanken scheint. Auch ist ihre Qualifikation besser und den Problemstellungen der Klientel angemessener als im Standardprogramm. Gleichwohl sind die New-Deal-Programme wenig flexibel, haben starre Zugangsregeln, die sich im Wesentlichen an der Dauer der Arbeitslosigkeit ausrichten, und feste Programmeile („Options“). Es wird abzuwarten sein, ob die jüngsten Experimente mit Flexibilisierungen (Neuausrichtung des NDYP) in die Regelpraxis übernommen werden (*Griffiths* u.a. 2003).

Während das Personal für die Standardprogramme und die New Deals im Wesentlichen beim Staat beschäftigt ist (beim Department for Work and Pensions, DWP), wird ein Großteil der EZ von Non-Profit- und For-Profit-Unternehmen getragen. Zwar ähneln die Fallrelationen denen der New Deals (1 zu 55 bis 1 zu 80 gegenüber 1 zu 45 bis 1 zu 60, zum Beispiel im NDLTU), aber die Handlungsbedingungen sind ebenso unterschiedlich wie die Intensität der Beschäftigung mit den Arbeitslosen (*Griffiths; Jones* 2005, *Joyce; Pettigrew* 2001). Die Arbeitsprinzipien der Personal Adviser in den EZ werden von *Griffiths*

und *Jones* folgendermaßen skizziert (2005, S.21):

- ▲ Es gibt eine starke Fokussierung auf Arbeit.
- ▲ Individuelle Ambitionen und Ziele steuern die Arbeitssuche, entsprechende Aktivitäten und Unterstützungsangebote.
- ▲ Die Unterstützungsangebote werden eher an die jeweiligen individuellen Einstellungshemmnisse angepasst als an vorab definierte Zugangsvoraussetzungen oder die Charakteristika einer Zielgruppe.
- ▲ Interventionen werden individuell auf einer kundenbezogenen Basis festgelegt.
- ▲ Es existiert ein ganzheitlicher Ansatz von Arbeitsvermittlung, der sich an den sozialen, persönlichen und finanziellen Barrieren der Arbeitslosen ausrichtet.
- ▲ Die Personal Adviser besitzen absolute Entscheidungskompetenz und Flexibilität beim Einsatz von Zeit und finanziellen Mitteln.
- ▲ Die Unterstützung wird hauptsächlich vom Personal Adviser selbst angeboten.
- ▲ Extern eingekaufte Unterstützungsangebote inklusive der Qualifizierungsmaßnahmen werden selektiv und überlegt gebraucht.
- ▲ Unterstützung und Versorgung enden nicht mit dem Wiedereintritt in die Arbeitswelt, es gibt Nachbetreuung.

Die Entscheidung, welche Klienten und Klientinnen intensivere Unterstützung benötigen, liegt beim Personal Adviser und erfolgt nicht zielgruppenbezogen (Griffiths; Jones 2005, S. 25). Vorgeschrieben ist ein Hilfeplan (Action plan): „Die Hilfepläne sind nützliche Case Management Werkzeuge, die dabei helfen, die Hindernisse der Kunden zu überwinden, und eine chronologische Übersicht über Gesprächskontakte, aufeinander abgestimmte Handlungen, Ziele und finanzielle Ausgaben aufstellen“ (Griffiths; Jones 2005, S. 24). Neben der Arbeit mit den Erwerbslosen pflegen die Personal Adviser den direkten Kontakt zu Arbeitgebern: „Hier agieren sie als Anwälte der individuellen Klienten, die Kontakte zu potenziellen Arbeitgebenden herstellen, Feedbackgespräche durchführen und einen kontinuierlichen Service anbieten, indem sie die neu Eingestellten während ihrer Erwerbstätigkeit unterstützen“ (ebd., S. 28). Besonders bemerkenswert ist die gegenüber der Praxis im Standardprogramm veränderte Haltung zur Jobsuche: Es geht weniger um die schnelle Vermittlung als um die Vermittlung in den richtigen Job: „Statt ihnen möglichst schnell eine Arbeit ohne Perspektiven anzubieten, steuerten manche Personal Adviser – im Bemühen längerfristiger zu denken – die jungen Leute in Richtung eines Arbeitsverhältnisses, das bessere Bedingungen und Perspektiven bietet“ (ebd., S. 34).

Cattell (2000) fasst mehrere qualitative und quantitative Studien zur Funktion und Bedeutung der Personal Adviser in New Deals zusammen (umfasst NDYP, NDPU, NDLTU) und bestätigt die Befunde der Meta-Evaluation von Millar (2000a, 2000b). Die zentralen Ergebnisse werden im Folgenden skizziert. Die Einführung der Personal Adviser war ein Kernelement der New Deals. Die Programme führten eine Reihe von maßgeschneiderten Angeboten ein und beinhalten die Abkehr vom standardisierten Programm des (alten)<sup>5</sup> Job-Centers. „Die Rolle des Personal Adviser wurde entwickelt, um auf individuelle Bedürfnisse mit Flexibilität zu reagieren. Durch alle Programme hindurch wird allgemein von ihm erwartet, den Menschen zu helfen, eine Arbeitsstelle zu finden, durch das Angebot von Hilfe und Ermutigung die momentanen Arbeitsperspektiven zu verbessern, Individuen auf eine der Optionen des New Deals<sup>6</sup> vorzubereiten, Bedürfnisse herauszufinden und die Kunden an spezielle Dienste zu verweisen (um auf Probleme wie Obdachlosigkeit, Schulden oder Drogen beziehungsweise Alkoholabhängigkeit zu reagieren)“ (Cattell 2000, S. 39). Die Bedeutung der Personal Adviser verschränkt sich mit strukturellen Gegebenheiten der Programme und ihrer Organisation, im Resultat werden die Programme von der

Klientel über ihre Beziehung zum Personal Adviser wahrgenommen. Hierzu schreibt Millar: „Die Beziehung zum Personal Adviser war sehr wichtig und deren Stil und Verhalten entscheidend. Sie konnten neue Ideen und Informationen anbieten, dabei helfen, das Selbstbewusstsein aufzubauen, die Menschen auf die Hilfen hinweisen, die sie brauchten und sie während des Training und auch während des Arbeitsverhältnisses unterstützen“ (Millar 2000b, S. 28).

Wichtig für die Beziehung zwischen Personal Adviser und Klientel sind (Cattell 2000, S. 40):

- ▲ der ganzheitliche Blick: „Sie interessieren sich für das, was ich tue, nicht für das, von dem sie denken, dass ich es tun sollte“;
- ▲ die Möglichkeit für die Jugendlichen, als Gleiche aufzutreten und wahrgenommen zu werden;
- ▲ Arbeit als ein zentrales Thema, aber nur ein Element eines Unterstützungspaketes: insbesondere Jugendliche zeigen sich zögerlich bei der Besprechung anderer Themen, wenn die Personal Adviser (zu) stark auf Arbeit fokussieren;
- ▲ gegenseitiger Respekt: Insbesondere von Jugendlichen wird es als problematisch wahrgenommen, wenn die Personal Adviser es an Respekt mangeln lassen und als Autoritätspersonen auftreten;
- ▲ die Kontinuität der Beziehung während des gesamten Programmes.

Insgesamt wurde in den vorliegenden Evaluationsstudien die Qualität des Assessments hoch eingeschätzt, vorhandene Probleme wurden erkannt, was insbesondere im Hinblick auf die Wahrnehmung der richtigen Option (im Rahmen der New Deals) wichtig ist (ebd., S. 41). Entscheidend ist, gerade bei benachteiligten Gruppen, das frühzeitige Erkennen von Problemen (ebd., S. 42). Allerdings erwies sich die Weiterleitung an Spezialdienste, obwohl grundsätzlich zum Aufgabenprofil der Personal Adviser gehörig, als unzureichend, außer im Hinblick auf Berufsberatung oder Trainingsmaßnahmen. Der Erfolg der New Deals hängt insgesamt von der Rolle der Personal Adviser ab. Die Zufriedenheit der Arbeitslosen mit allen Etappen des New-Deal-Programms ist mit der Beziehung zum Personal Adviser verknüpft (ebd., S. 43) und der Erfolg der eigenen Jobsuche wird mit der Person und dem Auftreten des Personal Adviser in Verbindung gebracht: „Wo sich Klienten – besonders benachteiligte Klienten – bei NDYP und NDLTU wohl fühlten, war die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie sich öffneten und über ihre Probleme und die Hindernisse auf dem Weg zur Arbeit sprachen. In allen Programmen berichteten die Interviewten über größere Motivation und gesteigertes Selbstbewusstsein

als eine Konsequenz aus dem Interesse, das der Personal Adviser an ihnen zeigte. Bei manchen war auch ein größeres Bemühen bei der Suche nach Arbeit und eine Änderung in der Einstellung festzustellen“ (ebd., S.44).

Als zentrale Spannungen in der Rolle der Personal Adviser werden herausgearbeitet:

▲ Das Verhängen von Sanktionen beschädigt die Beziehung.

▲ Es existiert ein schmaler Grad zwischen der aktiven, individuellen Unterstützung von Klienten und Klientinnen und dem Arbeiten nach einer vorgegebenen Erfolgsmarge.

▲ Die Personal Adviser müssen alle Seiten zusammenbringen, dies ist konfliktreich.

▲ Eine hohe Fallzahl lässt weniger Zeit für individuelle Bedürfnisse, hieraus resultiert ungenaues „Matching“ und zu wenig Zeit für zusätzliche Angebote.

▲ Bei (zu) hohen Fallzahlen geht es um das Ausbalancieren der für den Einzelfall möglichen Betreuungintensität (ebd., S. 45).

Die Personal Adviser entscheiden über den Weg der Arbeitslosen durch den New Deal: „Der Schwerpunkt liegt bei der Überwindung von Barrieren. Damit ist die Grundlage gelegt, auf der der Rest des Programmes basiert“ (ebd., S. 45). So sind die Personal Adviser auch verantwortlich für die Motivation, für die Information, für das Geleiten der Klientel durch das Programm – und sind „der Schlüssel zu ihrer erfolgreichen Vermittlung“ (ebd.).

## Fazit

Die britische Arbeitsmarktreform stand von Beginn an im Kontext eines breiter angelegten Reformprojektes der Labour-Regierung, das unter anderem darauf zielt, die Kinderarmut abzuschaffen. Um dieses Ziel zu realisieren, wurden nicht nur Sonderprogramme für bestimmte Zielgruppen aufgelegt, sondern die bislang getrennten Leistungsbereiche für erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Arbeitslose zusammengeführt. Das Resultat ist das Job Centre Plus – ein Vorbild für das deutsche Job-Center. Aus diesem Grund lohnt sich eine eingehende Betrachtung der bislang vorliegenden Ergebnisse, insbesondere im Hinblick auf ein Kernstück der Reform: die Neugestaltung der Arbeitsvermittlung. Mit der Einführung der Personal Adviser wurde gezielt auf die positive Wirkung persönlicher Hilfe und Unterstützung gesetzt – mit Erfolg, wie die dargestellten Evaluationsergebnisse zeigen. Es ist wohl kaum zufällig, dass die Effektivität der einzelnen Programme umso höher ist, je intensiver und autonomer die Per-

sonal Adviser agieren können: vom Job Centre zu den New Deals und den Employment Zones. Auch wenn die Skepsis im Hinblick auf selektive Wirkungen (das heißt „Creaming-Effekte“) nicht unterschlagen werden darf, zeigt sich in letzteren, dass gesteigerte Individualität und Flexibilität der Betreuung von Arbeitslosen, kombiniert mit der Existenz eines koordinierten Angebots an Spezialdiensten, sich auch in verbesserten Vermittlungsergebnissen niederschlagen.

Hieraus kann für die deutsche Situation gelernt werden. Es wurden – trotz erheblicher organisatorischer Umstellungen – vielerorts bestehende Personalstrukturen fortgeschrieben. „Persönliche Ansprechpartner“ sind überwiegend ehemalige Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter aus den Sozialämtern sowie Personal aus der Arbeitsvermittlung. Nur zögerlich werden Fachkräfte aus dem Sozialbereich, insbesondere der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik, eingesetzt. Betrachtet man die Schlüsselstellung der Personal Adviser in der britischen Arbeitsmarktreform, so zeigt sich, dass eine solche Implementationsstrategie zu kurz greift. Verbesserte individuelle Beratung und Unterstützung zeigen Auswirkungen auf die Vermittlung in Arbeit, haben aber ihre Voraussetzungen: niedrige Betreuungsrelationen, finanzielle und konzeptionelle Handlungsspielräume und – nicht zuletzt – Kompetenzen und Qualifikationen (unter anderem Gesprächsführung, aber auch Management).

Hier zeigen sich dann auch Defizite im Modell der „Personal Adviser“. Deren Qualifikation entspricht nämlich – wie deutsche Experten konstatieren – nicht der Verantwortung und Bedeutung, die sie für den Gesamtprozess haben (Thiel o.J., Franck 2003). Insbesondere bleibt die tradierte Trennung zwischen der Entwicklung der Sozialarbeit in den „Social Services“ und dem Bereich der arbeitsmarktorientierten Dienstleistungen aufrecht erhalten: Obwohl die Personal Adviser faktisch nach dem Konzept des Case Management arbeiten, gelten für sie nicht die Leitlinien, die bereits in den 1990er-Jahren vom zuständigen Ministerium (Department of Health) für die Social Services herausgegeben wurden.

Deshalb kann es nicht darum gehen, für die deutsche Reform ausländische Vorbilder zu kopieren. Vielmehr muss zukünftig nach einem Reformpfad gesucht werden, der die positiven Erfahrungen aufnimmt und mit den spezifischen professionellen Traditionen der deutschen Sozialen Arbeit verbindet. Damit würde ein praktischer Diskurs in die Wege geleitet, dessen Ziel es sein sollte, den Professionskern

des Handlungskonzepts „Persönlicher Ansprechpartner“ zu bestimmen.

#### Anmerkungen

- 1 Die englischen Zitate wurden von Klaus und Laura Reis übersetzt.
- 2 In diesem Aufsatz wird nicht auf die Unterscheidung zwischen „persönlichem Ansprechpartner“ und „Fallmanager“ eingegangen, der die deutsche Diskussion zurzeit noch bestimmt.
- 3 Das Job CentrePlus stellt ein wichtiges Resultat der Verschmelzung von Arbeits- und Fürsorgegewalt in Großbritannien dar. Es hat Vorbildfunktion für das deutsche Job-Center – dem institutionellen Ort der Leistungserbringung nach dem SGB II (zu Einzelheiten Czommer u.a. 2005).
- 4 Creaming bedeutet, dass aus einer Gruppe von Arbeitslosen bevorzugt diejenigen Hilfeangebote erhalten, die besonders „arbeitsmarktnah“ sind, das heißt, den geringsten Unterstützungsbedarf haben, aber die größten Vermittlungserfolge erwarten lassen. Creaming ist immer dann ineffektiv, wenn es Ziel eines Programms ist, entweder allen Arbeitslosen oder sogar denjenigen mit dem größten Hilfebedarf Angebote zu unterbreiten.
- 5 Dieses Job Centre richtet sich nur an Personen, die Arbeitslosengeld (Job Seekers Allowance) bezogen, nicht jedoch an aktuell erwerbsunfähige Personen.
- 6 Nach einer sechsmonatigen Orientierungsphase, die bereits der Vermittlung dient, können die Jugendlichen eine von vier Optionen wählen: subventionierte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt, Qualifizierung oder Arbeitsgelegenheiten in zwei Varianten.

#### Literatur

- Bruttel, O.:** „Employment Zones“ als innovatives Modell der Arbeitsvermittlung. In: Bundesarbeitsblatt 6/2005, S.18-24
- Cattell, E.:** The Effectiveness of PA in New Deals for Unemployed People. In: [www.dss.gov.uk/asd/asd5/yearbook2000.asp](http://www.dss.gov.uk/asd/asd5/yearbook2000.asp)
- Czommer, L. u.a.:** Job-Center in Deutschland und Großbritannien. In: Burghardt, H.; Enggruber, R. (Hrsg.): Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Soziale Arbeit zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Weinheim/München 2005
- Finn, D.:** The „Employment-first“ Welfare State: Lessons from the New Deal for Young Persons. In: Social Policy & Administration 7/2003a, S. 709-724
- Finn, D.:** The British Employment Service and the role of Private and Non-Profit Service Providers in the delivery and implementation of employment assistance programmes. Manuskript. Beitrag zur Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Europa. Wo steht Deutschland?“ am 8./9.12.2003. Berlin 2003b
- Franck, M.:** Zur Qualifizierung von Arbeitsvermittlern/-beratern im europäischen Ausland: Das Beispiel GB. In: arbeit und beruf 6/2003, S.161-165
- Griffiths, R. u.a.:** New Deal for Young People: Introducing a more „tailored“ approach. Final Report by Insite Research & Consulting and Ecotec Research and Consulting Ltd. 2003. In: [www.cesi.org.uk/kbdocs/ndyptailor.pdf](http://www.cesi.org.uk/kbdocs/ndyptailor.pdf)
- Griffiths, R.; Jones, G.:** Evaluation of Single Provider Employment Zone Extensions to Young People, Lone Parents and Early Entrants. Interim Report 2005. In: [www.dwp.gov.uk/asd/asd5/rports2005-2006/rrep228.pdf](http://www.dwp.gov.uk/asd/asd5/rports2005-2006/rrep228.pdf)
- Hales, J. u.a.:** Evaluation of Employment Zones. Report on a

Cohort Survey of Long-Term Unemployed People in the Zones and a Matched Set of Comparison Areas. National Centre of Social Research. London 2003

**Joyce, L.; Pettigrew, N.:** Personal Advisers in New Deal 25+ and Employment Zones. 2001. In: [www.cesi.org.uk/kbdocs/pand25ez.pdf](http://www.cesi.org.uk/kbdocs/pand25ez.pdf)

**Kohlrausch, B.:** A ticket to work? Labour-Market Programmes and Life Courses in Britain and Germany. Manuskript für die „Conference of Europeanists“. Chicago 2004

**Knuth, M. u.a.:** Drei Menüs – und kein Rezept? Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in Großbritannien, in den Niederlanden und in Dänemark. Bonn 2004

**Millar, J.:** The New Deals: the experience so far, Joseph Rowntree Foundation. Kurzbericht 2000a. In: [www.jrf.org.uk](http://www.jrf.org.uk)

**Millar, J.:** Keeping track of welfare reform. The New Deal programmes. 2000b. In: [www.jrf.org.uk/bookshop/eBooks/1859353436.pdf](http://www.jrf.org.uk/bookshop/eBooks/1859353436.pdf)

**Peck, J.:** Workfare States. New York/London 2001

**Saunders, T.:** Employment Zones. Working brief 139/2002

**Thiel, R.:** Kundenbetreuung im britischen Job CentrePlus. Lüneburg o.J.

**Walker, R.; Wiseman, M.:** Making Welfare Work: UK activation policies under New Labour. Papier für das Seminar „Aktivierung des Wohlfahrtsstaates“. Bremen 2001

#### Weiterführende Literatur

- Blundell, R.; Reed, H.; Reenen, J. van; Shephard, A.:** The impact of the New Deal for Young People on the labour market: a four-year assessment. In: Dickens, R.; Gregg, P.; Wadsworth, J. (eds.): The Labour Market Under New Labour. The State of Working Britain. Basingstoke/New York 2003
- Brewer, M.; Gregg, P.:** Eradicating child poverty in Britain: welfare reform and children since 1997. In: Walker, R.; Wiseman, M.: a.a.O. 2002
- Franck, M.:** Zur Zukunft zielgruppenspezifischer Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. In: arbeit und beruf 5/2002, S. 129-132
- Franck, M.:** Neue „Visionen“ in der britischen Arbeitsverwaltung – Mittelfristige Reformperspektiven auch für die künftige Bundesagentur für Arbeit in Deutschland? In: arbeit und beruf 1/2003a, S.3-6
- Hasluck, Ch.:** Early Lessons from the Evaluation of New Deal Programmes. A review of the emerging lessons from the monitoring and evaluation of the NDYP, NDLTU, NDLP and NDDP. Manuskript. Warwick 1998
- Hirst, A.; McGregor, A.; Trinh, T.:** Qualitative Evaluation of Employment Zones: A Study of Local Delivery Agents and Area Case Studies. 2001. In: [www.mori.com/pubinfo/tnt/qualitative-evaluation.pdf](http://www.mori.com/pubinfo/tnt/qualitative-evaluation.pdf)
- Knuth, M.; Finn, D.:** Hartz oder Harrods? Reformen der Arbeitsförderung im Vereinigten Königreich. IAT-Report 04/2004. In: [www.iatge.de/iat-report/2004/report2004-04.pdf](http://www.iatge.de/iat-report/2004/report2004-04.pdf)
- O'Connor, W.; Ritchie, J.; Woodfield, K.:** Experiences of New Deal: Qualitative Profiles of Young Participants. 2001. In: [www.dwp.gov.uk/jad/2001/esr71rep.pdf](http://www.dwp.gov.uk/jad/2001/esr71rep.pdf)
- Simmonds, D.:** Welfare to works ten challenges. Working brief 135/2002
- Walker, R.:** The Americanization of British Welfare: A Case Study of policy transfer. Focus 1998, S. 32-40
- Walker, R.; Wiseman, M.:** The Welfare We Want? Bristol 2002

# Entwicklung der Ausbildung in der Sozialen Arbeit

## Was soll und was kann Ausbildung leisten?

Rosemarie Karges; Ilse M. Lehner

### Zusammenfassung

Die berufliche Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zeichnet sich durch ein komplexes Anforderungsprofil aus, das je nach Arbeitsfeld erheblich variieren kann. Entsprechend groß sind die Herausforderungen für ihre wissenschaftliche Ausbildung. In dem Artikel werden Entwicklungsetappen der Ausbildung nachgezeichnet und die Ergebnisse einer Untersuchung vorgestellt. Diese gibt Aufschluss darüber, wie gut sich die befragten Fachleute der Sozialarbeit und Sozialpädagogik durch die Ausbildung auf ihre berufliche Praxis vorbereitet fühlen.

### Abstract

The professional activity of social workers is marked by a complex job specification which may considerably vary depending on the field of activity. Accordingly, the challenges for their academic education are great. This article shows development stages of education and presents the findings of a survey which gives information on the extent interviewed experts of social work and social education felt being prepared for their professional practice by their own education.

### Schlüsselwörter

Soziale Arbeit - Ausbildung - Wissenschaft - Qualität Bewertung - Theorie-Praxis - Methode - Prüfungsordnung - Bachelor - Master

### Einleitung

Die ersten Ausbildungsstätten, in denen Frauen in Deutschland für Soziale Arbeit qualifiziert wurden, entstanden aus dem Bedürfnis der bis dahin ehrenamtlich tätigen Praxis heraus. Alice Salomon (1872-1948), die in Deutschland als Pionierin der Sozialen Arbeit gilt (Schilling 1997, S. 41), beschrieb die damalige Ausgangssituation in der Zeitschrift „Die Frau“ 1917 folgendermaßen: „Es ist charakteristisch für die Stellung der sozialen Ausbildungsanstalten innerhalb des beruflichen Bildungswesens, daß ihre Entstehung nicht von pädagogischen oder wissenschaftlichen Kreisen ausging, daß die Anregung nicht von den Universitäten oder anderen Anstalten mit sozialwissenschaftlichen Bildungszielen kam, sondern von Männern und Frauen der sozialen Praxis aus dem von ihnen beobachteten und vorausgeschauten Bedürfnis“ (Salomon 1917, S. 263-276). Die Bedürfnisse

der Praxis der Sozialen Arbeit waren und sind vielfältig. Sie reflektieren gesellschaftliche Realitäten und befinden sich deshalb in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess. Dies gilt auch für den Beruf Soziale Arbeit. Er kann in einer fast unüberschaubaren Fülle von unterschiedlichen und oft neu entstehenden Arbeitsfeldern ausgeübt werden, die jeweils spezifische Tätigkeitsmerkmale aufweisen (Bundesagentur für Arbeit 2005a). Während die Vielfalt der Arbeitsfelder für Studierende und Fachleute der Sozialen Arbeit auf Grund der damit verbundenen Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichsten beruflichen Einsatzbereichen ein Qualitätsmerkmal dieser Profession ist, stellt sie für die wissenschaftliche Ausbildung von künftigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern eine Herausforderung dar.

### 1. Die Ausbildung nach 1945

Die Situation der Sozialen Arbeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kennzeichnet Pfaffenberger folgendermaßen: „... im sozialen Bereich war durch Emigration, innere Emigration, politisch und rassistisch begründete Ausschaltung von Fachleuten und Wissenschaftlern, politische ‚Gleichschaltung‘ von sozialen Organisationen und Ausbildungsstätten, Bücherverbrennungen und die Ideologie des ‚lebensunwerten Lebens‘ ein Vakuum geistiger und materieller Art entstanden“ (Pfaffenberger 1996, S. 31). Der Wiederaufbau des sozialen Ausbildungswesens entwickelte sich mit der Teilung Deutschlands auf höchst unterschiedliche Weise.

#### 1.1 Ausbildung in der DDR

In der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR entwickelte sich ein sozialpolitisches Verständnis, dessen Hauptmerkmal die Verantwortung des Staates für die Lösung sozialer Probleme war (Seidenstücker 2001, S. 232). Sozialpolitik wurde als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen. Deshalb war die Ausübung Sozialer Arbeit nicht ausschließlich auf Fachkräfte der Sozialen Arbeit beschränkt. Es wurden auch Betriebe, Genossenschaften sowie die örtlichen Verwaltungen in den Städten und Gemeinden sowie gesellschaftliche Organisationen und Parteien dafür in die Verantwortung genommen (ebd.). Dennoch gab es ein staatliches Fürsorgewesen, vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen und in der Jugendhilfe (ebd., S. 242). Roswitha Foerster zählt einige der Zuständigkeitsbereiche auf: alte Menschen, Rehabilitanden, Menschen mit psychischen und physischen Schädigungen, chronisch Kranke, Suchtkranke, prophylaktische Arbeit mit Schwangeren, Müttern, Säuglingen und Kindern aller Altersstufen in ihren familiären Einbindungen. In diesen Tätigkeitsfeldern arbeiteten neben Fach-



leuten der Medizin und Psychologie Fürsorgerinnen und Fürsorger je nach Einsatzbereich als Sozial-, Gesundheits- oder Jugendfürsorgerinnen beziehungsweise -fürsorger (Foerster 1991, S. 19). Die Qualifikation für den Beruf Fürsorgerin/Fürsorger konnte an Fachschulen erworben werden. Zugangsvoraussetzung für ein Studium war entweder das Abitur oder der Abschluss der zehnten Klasse und eine abgeschlossene Berufsausbildung. Außerdem mussten die Bewerberinnen und Bewerber eine mindestens sechsmonatige Tätigkeit in einer Gesundheits- oder Sozialeinrichtung nachweisen (ebd.). Die staatlichen Ausbildungskapazitäten für die Fürsorgeberufe waren begrenzt. Noch mehr limitiert waren die Zulassungskapazitäten der evangelischen und katholischen Kirche, deren Absolvierende Einsatzfelder in den Bereichen Alkohol- und Suchtvorbeugung, Sozialpsychiatrischer Dienst, Behindertenarbeit, sozialdiakonische Jugendarbeit und Arbeit mit älteren Bürgern und Bürgerinnen, zumeist im Rahmen der Caritas beziehungsweise der Diakonie, fanden (Seidenstücker 2001, S. 241).

Das Studium an den staatlichen Ausbildungsstätten wurde in sechs Semestern absolviert: vier Theoriesemester und ein von theoretischen Lehrveranstaltungen begleitetes Praxissemester. Das Berufspraktikum im sechsten Semester fand in der Regel im künftigen Betrieb statt und galt als Einarbeitungsphase, die zur Berufsfähigkeit führen sollte (Foerster 1991, S. 20). Diese Ausbildung wurde mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgeschafft. Fürsorgerinnen und Fürsorger, die ihre Ausbildung in der DDR abgeschlossen hatten, mussten nach der Wende – um in ihrem Beruf als diplomierte Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagogen anerkannt zu werden – so genannte Brückenkurse zur Anpassung an das Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland absolvieren.

## 1.2 Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland wurden nach Kriegsende die Diskussionen über struktur- und inhaltsorientierte Reformen, die bereits in den 1920er-Jahren geführt wurden, wieder aufgenommen. Diese führten im Jahre 1958 zu dem Beschluss einer Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der Ausbildung (Pfaffenberger 1996, S. 36). Das Konzept sah nunmehr eine dreijährige Ausbildung an den neu eingeführten „Höheren Fachschulen“ selbst sowie ein viertes berufspraktisches Jahr, ebenfalls in Regie der Ausbildungsstätten, vor. Aus den einstigen Wohlfahrtsschulen wurden dadurch die Höheren Fachschulen für Sozialarbeit, aus den Wohlfahrtspflege-

rinnen und -pflegern der Vor- und Nachkriegszeit nunmehr graduierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (Rauschenbach; Züchner 2001, S. 1656). Dazu kam die Gleichstellung der staatlichen Anerkennung mit der zweiten Verwaltungsprüfung der Verwaltungsbeamten (Pfaffenberger 1996, S. 36 f.). Der erste berufsqualifizierende universitäre Ausbildungsabschluss für das Berufsfeld Sozialarbeit/Sozialpädagogik entstand 1968 mit der Diplomrahmenordnung für Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialarbeit/Sozialpädagogik (ebd., S. 38).

Den nächsten Schritt in Richtung Verwissenschaftlichung und Professionalisierung im Kontext der Ausbildungsreformen beschreibt Pfaffenberger im Rückblick folgendermaßen: „1971 erreicht die Sozialarbeiter-/Sozialpädagogenausbildung nach langen und zum Teil erbitterten Kämpfen die Einbeziehung als Fachbereich in Fachhochschulen beziehungsweise die Errichtung eigener Fachhochschulen für Sozialwesen“ (ebd.). Dies war nur möglich, weil sie sich „Anschluß und Einbeziehung in die ursprünglich nur für Ingenieurwesen und Wirtschaft vorgesehenen Fachhochschulen erkämpfte“ (ebd.). Die Einführung von Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland stand in Zusammenhang mit der Angleichung von beruflichen Ausbildungsgängen innerhalb der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Daran waren vor allem die Vertretenden der Wirtschaft interessiert, die die Ingenieurschulen aufwerten wollten (Wendt 1985, S. 303).

Durch die Ausbildungsreform von 1971 sieht Pfaffenberger wesentliche formale Voraussetzungen erreicht. Sie soll:

- ▲ zu einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin Sozialpädagogik/Sozialarbeitswissenschaft führen,
- ▲ eine tragfähige wissenschaftliche Grundlage in die Praxis (durch Aus-, Fort- und Weiterbildung) einbringen und vermitteln,
- ▲ dadurch die „strukturelle Koppelung“ von Wissenschaftsdisziplin und Profession über die grundsätzliche Differenz von Erkenntnis- und Handlungssystem hinweg weiterführen und optimieren und
- ▲ zugleich Status und Handlungskompetenz des Berufes Sozialarbeit/Sozialpädagogik auf die Qualifikations- und Kompetenzstufe Professionalität heben (Pfaffenberger 1996, S. 39).

Nach erfolgreich absolviertem Studium wurde bis 1977 die Berufsbezeichnung „Sozialarbeiter grad.“ und nach Absolvierung des Berufsanerkenntnisjahres die Bezeichnung „Staatl. anerk. Sozialarbeiter grad.“ geführt. Ab 1978 erhielten die Fachhochschu-



len das Recht zur Verleihung des Diplomgrades mit der Berufsbezeichnung „Diplom-Sozialarbeiterin/ Diplom-Sozialarbeiter“ mit dem Zusatz (FH) (*Heitkamp* 2000, S. 21). Mit der Umwandlung der Höheren Fachschulen in Fachhochschulen änderte sich der Status der künftigen Absolvierenden und der Status der Lehrenden. Zentrale Probleme der Ausbildung bestanden aber weiter. Eine von der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit 1993 an Fachhochschulen und Universitäten durchgeführte Befragung kam zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit der Fachhochschulen mit Ausbildungsgängen in Sozialwesen weiterhin nur ein Fächerstudium anbietet, in dem Sozialarbeit und Sozialpädagogik fachlich nicht dominieren, und dass die Professoren und Professorinnen weiterhin ihre angestammten Fachgebiete lehren (*Wendt* 1985). Dies führte nach *Schilling* dazu, dass an Fachhochschulen eher Mini-Juristen, Mini-Therapeuten und so weiter ausgebildet würden als Sozialpädagogen und -pädagoginnen (*Schilling* 1997).

Ein weiteres gewichtiges Problem der Ausbildung ist für *Hermann Heitkamp*, dass die für das vielgestaltige Studium der Sozialen Arbeit notwendige Etablierung einer Leitdisziplin „Sozialarbeitswissenschaft“ und die Zentrierung der Ausbildung um eine solche herum lange Zeit überhaupt nicht und später nur annäherungsweise an einigen Hochschulen gelungen sei. Dies habe für die Studentinnen und Studenten an vielen Fachhochschulen zur Folge, dass sie sich in dem Bemühen allein gelassen sehen, das fächerorientiert vermittelte Wissen in sozialarbeiterisches Handlungswissen zu integrieren (*Heitkamp* 2000, S. 17). *Engelke* kritisiert, dass die große Mehrzahl der Lehrenden an Fachhochschulen für Soziale Arbeit weder Sozialarbeit oder Sozialpädagogik studiert habe, noch das Arbeitsfeld aus eigenem beruflichem Erleben kenne. Entsprechend kommt er zu der Schlussfolgerung, dass Berufs- und Fachfremde maßgeblich die Ausbildung dominierten, da diese für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ausbilden und in den Hochschulgremien Ausbildungsziele und -regeln bestimmen (*Engelke* 1996b, S. 11, 14). Das von dem Verfasser angesprochene Dilemma wird voraussichtlich erst aufzulösen sein, wenn Soziale Arbeit in der Lage ist, den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden. Dies ist eine der Voraussetzungen für die Professionalisierung eines Berufes. Bislang berechtigt das Studium der Sozialen Arbeit in der Regel nicht zur Promotion. Deshalb verfügen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die kein zusätzliches universitäres Zweit- oder Aufbaustudium absolvieren, nicht über die Einstellungsvoraussetzung für eine Professur.

## 2. Auf dem Prüfstand: die gegenwärtige Ausbildung

Die berufliche Tätigkeit zeichnet sich durch ein komplexes Anforderungsprofil aus, das je nach Arbeitsfeld erheblich variieren kann (*Bundesagentur für Arbeit* 2005a). Um herauszufinden, welchen Stellenwert die Ausbildung in der Vorbereitung auf die berufliche Praxis der Sozialen Arbeit einnimmt und welche Kompetenzen in der Ausbildung entwickelt werden müssen, untersuchten wir im Rahmen eines Forschungsprojektes, wie gut sich die befragten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter durch ihre Ausbildung auf ihre berufliche Praxis vorbereitet fühlen, wie hoch der Anteil der zusätzlichen Aneignung von Fachwissen und von methodischen Kenntnissen nach Beendigung der Ausbildung für sie war, welches Wissen und welche Kenntnisse ihnen gefehlt haben und ob es Bereiche gibt, in denen sie sich eine bessere oder eine andere Ausbildung gewünscht hätten.<sup>1</sup>

Die Ausbildung für Soziale Arbeit ist an Fachhochschulen und in geringerem Umfang an Universitäten angesiedelt. Am meisten verbreitet ist der Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik beziehungsweise Sozialwesen, der mit dem Diplom abschließt. Er wird an 64 Fachhochschulen, vier Berufsakademien oder Berufskollegs und 37 Universitäten als Vollzeitstudium angeboten (*Deutscher Bundesverband für Soziale Arbeit* 2002). Berufsbegleitend beziehungsweise in Teilzeit kann Soziale Arbeit an 20 Fachhochschulen studiert werden (*Deutscher Bundesverband für Soziale Arbeit* 2005a). Ergänzend zum Diplom können Studierende seit einigen Jahren Bachelor- oder Masterstudiengänge absolvieren. Auf diese Entwicklung gehen wir in Kapitel 3 detaillierter ein.

### 2.1 Qualität der Ausbildung

Die Ergebnisse unserer Untersuchung ergaben, dass die positive Meinung über die Qualität der Ausbildung hinsichtlich der Vorbereitung auf den Beruf leicht überwiegt. Insgesamt 42,7 Prozent der Befragten bewerten ihre Berufsvorbereitung als sehr gut oder gut. Aber ein erheblicher Anteil, nämlich 36,9 Prozent, beurteilt diesen Aspekt der Ausbildung nur als durchschnittlich und 18,4 Prozent sogar als schlecht beziehungsweise als sehr schlecht. Die Querschnittsanalyse zeigt zwei auffällige Tendenzen:

▲ Bemerkenswert ist, dass die männlichen Berufsangehörigen die Qualität ihrer Ausbildung sehr viel positiver einschätzen als ihre Kolleginnen. Weit über die Hälfte (57,6 Prozent) der befragten Sozialarbeiter gibt an, dass ihre Berufsvorbereitung sehr gut oder gut gewesen sei. Diese Auffassung teilen nur 37,1 Prozent der Sozialarbeiterinnen. Frauen beur-

teilen ihre Ausbildung auch häufiger als ausgesprochen schlecht oder sehr schlecht (19,8 Prozent). Diese Ansicht vertreten Männer in etwas geringerem Umfang (15,1 Prozent).

▲ Große Unterschiede in der Einschätzung ihrer Berufsausbildung zeigen sich auch zwischen den Befragten aus den alten und neuen Bundesländern. Die Berufsangehörigen aus den neuen Ländern äußerten sich durchweg positiver als ihre Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern. Über die Hälfte (52,3 Prozent) aus den neuen Bundesländern, aber nur 39,9 Prozent aus den alten, bewertet die Qualität der Ausbildung als sehr gut oder gut. Zu dem Urteil, dass die Ausbildung sie schlecht beziehungsweise sehr schlecht auf ihren Beruf vorbereitet hat, gelangen nur 6,3 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern, aber über ein Fünftel (22,7 Prozent) aus den alten Ländern.

## 2.2 Gründe für eine positive Bewertung

Aufschlussreich sind die maßgeblichen Gründe, warum eine Ausbildung im Hinblick auf ihre berufsvorbereitende Funktion als gut oder schlecht eingeschätzt wird. Ausschlaggebend für eine positive Bewertung sind hauptsächlich drei Gesichtspunkte: Eine „fundierte theoretische Ausbildung“, eine „gute Verbindung zwischen Theorie und Praxis“ und der eigene Beitrag der Befragten, nämlich die positive Selbsteinschätzung, „die Lehrangebote genutzt zu haben“ (30,3 Prozent). Dabei halten sich die Anerkennung für eine fundierte theoretische Ausbildung (33,9 Prozent) und für eine gute Verbindung zwischen Theorie und Praxis (33,9 Prozent) die Waage. Bemerkenswert wenige Befragte nennen als Qualitätsmerkmal für eine gute Ausbildung „kleine Seminare“ und „Zeit für Gespräche“ (1,8 Prozent).

Eine fundierte theoretische Ausbildung ist für alle Querschnittsgruppen fast gleichermaßen ein wichtiges Kriterium für die positive Beurteilung ihrer Ausbildung. Drastische Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Wertschätzung einer guten Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Dieser Gesichtspunkt wird von 42,1 Prozent der Beschäftigten bei freien Trägern genannt, aber nur von 15,1 Prozent derjenigen, die bei öffentlichen Trägern arbeiten. Offensichtlich ist die Theorie- und Praxisverbindung in Bezug auf die Vorbereitung auf eine Berufstätigkeit bei freien Trägern weitaus gelungener als in der Vorbereitung auf die Anforderungen der behördlichen Praxis. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen *Arno Drinkmann, Joachim König und Alfons Limmbrunner* (2003), die im Jahr 2000 eine Befragung von Absolvierenden der Evangelischen Fachhoch-

schule Nürnberg durchgeführt haben. „Berufliches Handeln in (sozialer) Administration“ (*ebd.*, S. 45) zählte zu den Lehrinhalten, die auch den dort Befragten beim Berufsstart gefehlt haben. Möglicherweise sind aber auch Studienangebote, die die administrative und ordnungsrechtliche Seite der Sozialen Arbeit zum Inhalt haben, für Studierende weniger attraktiv und werden dementsprechend seltener wahrgenommen und nachgefragt als sozialpädagogisch orientierte Angebote.

Der persönliche Anteil am Erwerb einer guten Ausbildung wird häufiger von den befragten Männern hervorgehoben (Frauen 28,4 Prozent, Männer 33,3 Prozent), aber auch von den Befragten aus den neuen Bundesländern (ABL 28,7 Prozent, NBL 36,4 Prozent) und vor allem von den Beschäftigten bei öffentlichen Trägern (fT 19,7 Prozent, öT 54,5 Prozent).

## 2.3 Gründe für eine negative Bewertung

Als Begründung dafür, warum die berufsvorbereitende Qualität der Ausbildung negativ eingeschätzt wird, wird vor allem eine praxisferne und zu theoretische Ausbildung kritisiert. Frauen scheinen ausgeprägter an Praxisnähe interessiert zu sein, denn sie kritisieren am häufigsten, dass ihre Ausbildung zu praxisfern und theoretisch ausgerichtet war (Frauen 38,7 Prozent, Männer 29,1 Prozent). Die geschlechtsspezifische Differenz beträgt hier immerhin 9,6 Prozent. Praxisorientierung ist ein herausragendes Merkmal der Ausbildung an Fachhochschulen. *Engelke* erinnert daran, dass seit den 1920er-Jahren die „fehlende Praxisnähe“ der Ausbildung bemängelt werde beziehungsweise den Ausbildungsstätten zu große „Theorielastigkeit“ vorgeworfen worden sei. Er gibt aber zu bedenken, dass damals wie heute regelmäßig die Frage offen blieb und bleibt, um welche Praxis es sich handelt, auf die hin ausgebildet werden soll (*Engelke* 1996b, S. 9). Damit spricht er die Breite und die Vielfalt an, die das Berufsbild der Sozialen Arbeit charakterisiert. Dazu kommt, dass die Fachhochschulen für Soziale Arbeit einerseits die Aufgabe haben, wissenschaftlich auszubilden und andererseits berufsvorbereitend wirksam zu sein. Soll dieser doppelte Auftrag gelingend umgesetzt werden, erfordert dies, dass Ausbildungscurricula in Kenntnis der beruflichen Praxis kontinuierlich (weiter)entwickelt werden und die Vermittlung der theoretischen Grundlagen in Verbindung zu Fragestellungen und Notwendigkeiten der Praxis geschieht (siehe Kapitel 3).

Kritisiert wird ferner die „Verwendung veralteter Fachliteratur“ und die „Lehrgestaltung mit konservativen Ansätzen“ (22,9 Prozent). Es fällt auf, dass

dies von den Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen in den neuen Bundesländern in etwas geringerem Umfang geäußert wird (NBL 20,6 Prozent, ABL 23,2 Prozent). Grund dafür könnte sein, dass die nach der Wende neu gegründeten Ausbildungsstätten zu Beginn ihrer Tätigkeit mit aktueller Fachliteratur ausgestattet wurden, während die bereits seit längerem bestehenden Hochschulen in den alten Bundesländern mit stagnierenden finanziellen Mitteln zu kämpfen haben. Hinzu kommt, dass die Berufungsverfahren der Lehrenden an neu gegründeten Hochschulen in den neuen Bundesländern erst kürzere Zeit zurückliegen. Dies lässt vermuten, dass sie in der Regel jünger sind als die Kollegen und Kolleginnen in den alten Bundesländern, die Ausbildungen noch nicht so lange zurückliegen und sie sich deshalb wahrscheinlich an aktuellen theoretischen, handlungsbezogenen und methodischen Ansätzen der Sozialen Arbeit orientieren.

Eine weitere Begründung einer negativen Einschätzung der Ausbildung ist, dass diese als inhaltsleer und als von zu vielen Diskussionen dominiert wahrgenommen wurde. Vor allem die Befragten aus den neuen Bundesländern beanstanden, dass es in ihrer Ausbildung zu viele Debatten gegeben habe und entsprechend zu wenige Inhalte vermittelt worden seien. Die Befragten aus den alten Bundesländern kritisieren dies zu einem deutlich geringeren Anteil (NBL 29,2 Prozent, ABL 19,9 Prozent). Auffällig hoch ist der Anteil der Angaben (20,5 Prozent), dass die Lehrenden nicht über ausreichende Fachkenntnisse verfügt hätten. Männer kritisieren am häufigsten, dass Hochschullehrerinnen und -lehrer ohne „ausreichende Fachkenntnisse“ in der Lehre vertreten gewesen seien (Frauen 18,0 Prozent, Männer 25,5 Prozent). Dies wird in den neuen Bundesländern seltener, aber dennoch im nennenswerten Umfang geäußert (ABL 21,1 Prozent, NBL 16,6 Prozent). Dass diese Kritik von Befragten aus den neuen Bundesländern im Vergleich zu den übrigen Querschnittsgruppen in geringerem Umfang genannt wird, ist ein weiteres Indiz für die Qualität der neu gegründeten Fachhochschulen in den neuen Bundesländern.

Die Frage, über welche Qualifikationen Lehrkräfte verfügen müssen, begleitet die Soziale Arbeit seit ihrer Verberuflichung. Bereits *Alice Salomon* (1917, S. 470) sah in der Gewinnung der geeigneten Lehrkräfte eine der Kernfragen für die Ausgestaltung des sozialen Bildungswesens. Für sie bestand das Dilemma einerseits darin, dass Lehrkräfte aus der rein wissenschaftlichen Laufbahn sich im Unterricht selten auf die Erfordernisse der Praxis der Sozialen Arbeit einstellen konnten. Andererseits habe aber,

so *Salomon*, die Erfahrung gezeigt, dass die Fachkräfte aus der Praxis nicht unbedingt befähigt seien, aus der Praxis die Theorie für die Praxis abzuleiten. Für *Salomon* waren deshalb die geeignetsten Lehrkräfte diejenigen, „die ihre wissenschaftliche Bildung in praktischer sozialer Berufsarbeit verwenden und die deshalb imstande sind, soziales Wissen unter dem Gesichtspunkt der praktischen Anwendung mit Lebendigkeit und Klarheit zu vermitteln“ (*ebd.*).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den neuen Bundesländern die Qualität und Aktualität ihrer Ausbildung positiver einschätzen als die in den alten Ländern. Dies liegt vermutlich daran, dass der weitaus größte Teil der Befragten aus den neuen Bundesländern die Ausbildung nach der Wende und in neu gegründeten Ausbildungsstätten abgeschlossen hat (ABL 33,8 Prozent, NBL 65,8 Prozent). Möglicherweise orientieren sich diese Ausbildungsgänge enger an den Bedürfnissen der Praxis als Fachhochschulen, die schon seit längerer Zeit bestehen. Für diese Vermutung spricht ein Bericht von *Hermann Heitkamp* und *Wolfgang Preis* über die Neugründung der Fachhochschule Zittau/Görlitz. Darin führen die Autoren aus, dass viele westdeutsche Lehrkräfte in den neu zu gründenden Fachhochschulen Ostdeutschlands die Chance sahen, die längst überfällige Reform der Ausbildung mit einem neuen Konzept umzusetzen. „So konnten erstens die mancherorts seit Jahren andauernde und zermürende Studienreformediskussion am heimischen Fachbereich und die meist vergeblichen Mühen, das Beharrungsvermögen eines Kollegiums aufzubrechen, umgangen werden und zweitens, durch den praktischen Vollzug der auf breiter Basis diskutierten Ansätze eines sozialarbeitswissenschaftlich ausgerichteten Curriculums, der Beweis für die Richtigkeit der Reformediskussion angetreten werden“ (*Heitkamp; Preis* 1996, S. 125).

Im Gegensatz zu dem Neuanfang in den neuen Bundesländern fand der Boom der Fachhochschulgründungen für Soziale Arbeit in den alten Ländern bereits zu Beginn der 1970er-Jahre statt. Eine große Anzahl der damals neu berufenen Professorinnen und Professoren befindet sich derzeit an der Grenze zum Pensionsalter. Angesichts des hohen Lehrdeputats an Fachhochschulen<sup>2</sup> liegt es auf der Hand, dass es für Lehrende, deren Erfahrungen aus der Praxis bereits längere Zeit zurückliegen, schwieriger ist, ihre Kenntnisse immer wieder zu aktualisieren und an die neuen Erfordernisse der beruflichen Praxis anzupassen – selbst wenn sie von sich aus daran interessiert sind.

## 2.4 Nachholbedarf von Fachwissen

Über ein Drittel der Befragten (36,5 Prozent) musste sich nach dem Studium einen „sehr hohen“ Anteil an Fachwissen für die Ausübung ihrer beruflichen Praxis aneignen. Auch die Zahl derer, die nachträglich einen „mittleren Anteil“ an Fachwissen erwerben mussten, ist mit 46,7 Prozent beachtlich hoch. Die Querschnittbetrachtung zeigt, dass vor allem Frauen dies so äußerten (Frauen 40,6 Prozent, Männer 27,4 Prozent). Ähnlich groß ist das Gefälle zwischen Praktikern aus den alten und neuen Bundesländern (ABL 39,4 Prozent, NBL 25,4 Prozent). Eine zuverlässige Begründung für diese auffällige sowohl geschlechtsspezifische als auch Ost-West-Diskrepanz lässt sich aus unseren Untersuchungsergebnissen nicht ableiten. Dies müsste Gegenstand weiterführender Erhebungen sein.

Die Befragungsergebnisse unterstützen die Vermutung, dass das Studium auf die Vielfalt der fachlichen Anforderungen in der Praxis der Sozialen Arbeit (vom Quartiersmanagement über die Hospizarbeit bis zum therapeutischen Reiten mit verhaltensauffälligen Kindern) nicht hinreichend vorbereitet beziehungsweise bei dieser Breite der Arbeitsfelder nicht vorbereiten kann. Dementsprechend wäre es konsequent, in der Ausbildung vor allem Wert auf die Vermittlung eines soliden Grundwissens zu legen, auf dem später das für den speziellen Aufgabenbereich spezialisierte Fachwissen entsprechend den Erfordernissen der Arbeitsfelder zum Beispiel in Form von Eigenstudium sowie Fort- und Weiterbildung aktualisiert werden kann. Dies setzt voraus, dass im Studium der Erwerb selbstständiger Arbeitsformen Vorrang vor verschulter Lehrveranstaltungen hat und die Studierenden „lernen, das Lernen zu lernen“.

In der beruflichen Praxis der Sozialen Arbeit sind rechtliche Fragen von Belang. Zudem unterscheiden sich die rechtlichen Grundlagen je nach Arbeitsfeld. So sind zum Beispiel für die Arbeit mit Asylbewerbern in der Regel andere oder ergänzende gesetzliche Bestimmungen grundlegend als im Arbeitsfeld Schuldnerberatung. Dementsprechend geben 27,7 Prozent der befragten Personen an, dass ihnen Fachwissen im juristischen Bereich gefehlt hat. Auch psychologische Kenntnisse sind in der Praxis verstärkt gefragt, etwa ein Fünftel (19,4 Prozent) stellt hier Nachholbedarf fest. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Nürnberger Absolvierendenbefragung. Auch dort führen Kenntnisse in Recht und in Psychologie die Liste der Lehrinhalte an, die in der beruflichen Praxis als besonders nützlich angesehen werden (*Drinkmann; König; Linnbrunner* 2003, S. 45).

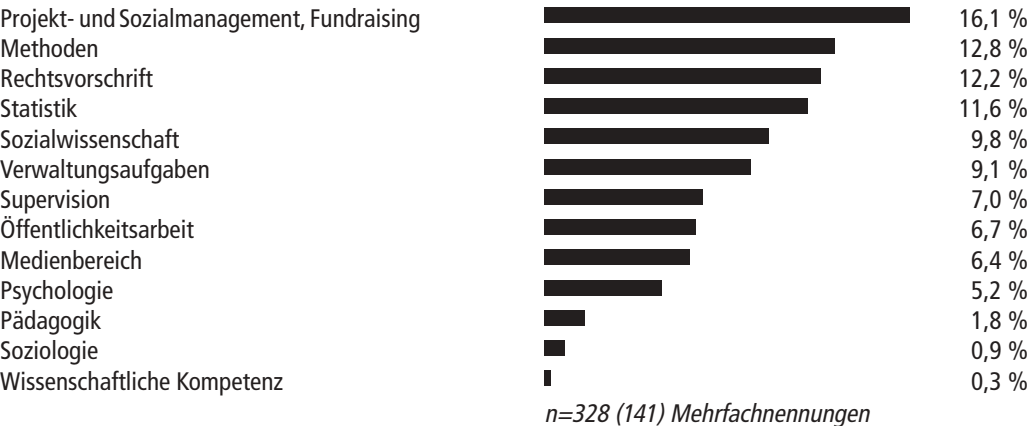
Auffällig ist, dass der Nachholbedarf an Verwaltungskenntnissen vor allem von den Berufsangehörigen in den neuen Bundesländern artikuliert wird (ABL 9,1 Prozent, NBL 29,0 Prozent). Dies dürfte in engem Zusammenhang mit den Veränderungen der Rechtsgrundlagen in den neuen Bundesländern zu sehen sein, da die Verwaltungsinstitutionen und -abläufe der DDR vollständig von den Institutionen und den administrativen Regelungen der Bundesrepublik Deutschland abgelöst wurden.

## 2.5 Nachholbedarf an methodischen Kenntnissen

Insgesamt 60 Prozent der befragten Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen mussten sich nach Abschluss ihres Studiums einen „sehr hohen“ beziehungsweise „mittleren“ Anteil an arbeitsfeldspezifischen methodischen Kenntnissen aneignen. Für mehr als ein Drittel (36,8 Prozent) bestand im Gegensatz dazu nur geringe oder gar keine Notwendigkeit. Die Ausbildung der Sozialen Arbeit scheint sich im methodischen Teil enger an den Anforderungen der beruflichen Praxis zu orientieren als in der Vermittlung von Fachwissen, da der Anteil der zusätzlich erforderlichen Kenntnisse im methodischen Bereich wesentlich geringer ist als der Anteil des Fachwissens.<sup>3</sup> Allerdings lassen sich methodische Kompetenzen zum Teil auch unabhängiger von den jeweiligen Arbeitsfeldern vermitteln als Fachwissen. Darüber hinaus spiegelt sich in den Veränderungswünschen an die Ausbildung auch die Fortentwicklung der methodischen Kenntnisse in der Praxis der Sozialen Arbeit wider.

Auffällig ist im geschlechtsspezifischen Vergleich, dass Frauen zu einem signifikant höheren Anteil die Notwendigkeit sehen, sich zusätzliche methodische Kenntnisse anzueignen als ihre männlichen Berufskollegen (Frauen 64,4 Prozent, Männer 49,3 Prozent). Dies bestätigen auch Beobachtungen aus Fortbildungsveranstaltungen, bei denen es um die Weiterentwicklung von methodischen Kenntnissen in der Sozialen Arbeit geht. Hier dominieren in der Regel die Sozialarbeiterinnen. Über die Gründe dafür können wir hier nur spekulieren. Eine Vermutung ist, dass Sozialarbeiterinnen häufiger im direkten Kontakt mit der Klientel arbeiten (*Drake* 1980) und sich deshalb auch eher bemühen, ihre methodischen Kenntnisse und Fähigkeiten auszubauen. Dies scheint auch für die Beschäftigten bei freien Trägern zuzutreffen, denn sie formulieren einen hohen Bedarf an methodischen Kenntnissen, der durch das Studium nicht abgedeckt wurde (fT 62,6 Prozent, öT 54 Prozent). Die Notwendigkeit der Erweiterung der methodischen Kenntnisse wird vorwiegend im Bereich der

## Bereiche, in denen eine bessere oder andere Ausbildung gewünscht wurde



Selbsterfahrung (27,1 Prozent), der Leitungstätigkeiten (25,3 Prozent), der Beratungsarbeit (24,8 Prozent) und der Arbeit mit Gruppen (21,1 Prozent) formuliert.

### 2.6 Veränderungswünsche

Über die Hälfte der Befragten (55,3 Prozent) hätten sich in bestimmten Bereichen eine bessere beziehungsweise andere Ausbildung gewünscht. Dies gilt in deutlich höherem Umfang für die Beschäftigten in den alten Bundesländern als für ihre Berufskolleginnen und -kollegen aus den neuen Ländern (ABL 58,9 Prozent, NBL 46,0 Prozent). Die Bereiche, in denen sie sich eine bessere Ausbildung gewünscht hätten, sind in dem Schaubild aufgeführt. Indiz für die Veränderung des Anforderungsprofils der Sozialen Arbeit ist, dass in der beruflichen Praxis häufig der Mangel an Kenntnissen im Projekt- und Sozialmanagement sowohl im Sponsoring als auch Fundraising formuliert wird (16,1 Prozent). Als weiterer Beleg dafür kann gesehen werden, dass erweiterte Kompetenzen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (6,7 Prozent) und der Medienarbeit (6,4 Prozent) als erforderlich erachtet werden. Dies zeigt, dass die in der Praxis der Sozialen Arbeit Tätigen zunehmend darauf angewiesen sind, sich die Mittel zur Finanzierung ihrer Arbeit selbst zu beschaffen, und dass die Notwendigkeit besteht, für ihre Anliegen und ihre Arbeit zu werben. Die Kürzungen von personellen und finanziellen Ressourcen führen nach Auskunft vieler häufig zu schwierigen Teamsituationen und zu dem Wunsch nach einer Begleitung durch Supervision, wenn es zum Beispiel um die Frage geht, in welchem Bereich der Sozialen Arbeit Mittel und Stellen gekürzt oder gar gestrichen werden. Das Interesse nach Vertiefung von sozialwissenschaftlichen Kompetenzen deutet darauf hin, dass die wissen-

schaftlich fundierte Ermittlung von Bedarfen und die Dokumentation und Evaluation von sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Maßnahmen immer erforderlicher werden.

Der Wunsch nach einer verbesserten Ausbildung im Rechtsbereich dokumentiert unter anderem, dass sich die für die Soziale Arbeit relevanten rechtlichen Bestimmungen in einem rasanten Tempo verändern. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Arbeitsförderung, hier ändern sich die gesetzlichen Grundlagen in einer kaum noch nachzuvollziehenden Geschwindigkeit. Der geschlechtsspezifische Vergleich zeigt, dass Sozialarbeiterinnen im Unterschied zu ihren männlichen Kollegen häufiger eine verbesserte Ausbildung im methodischen Bereich (Frauen 14,5 Prozent, Männer 9,6 Prozent) und in Psychologie (Frauen 6,5 Prozent, Männer 2,6 Prozent) als erforderlich erachten. Männer zeigen hingegen einen etwas größeren Ausbildungsbedarf im Projekt- und Sozialmanagement (Frauen 14,5 Prozent, Männer 19,3 Prozent). Hier sind leichte geschlechtsspezifische Präferenzen für klientenzentrierte beziehungsweise managementorientierte Tätigkeiten erkennbar. Die Vermittlung methodischer Kenntnisse in der Ausbildung ist bei den Fachleuten in den neuen Bundesländern gefragter als bei denen in den alten Ländern. Hier melden die Befragten aus den neuen Bundesländern zu 17,4 Prozent und die aus den alten Bundesländern nur zu 11,6 Prozent Veränderungswünsche an.

### 3. Perspektiven für die Ausbildung

Abhilfe für die wichtigsten Probleme der bisherigen Ausbildung sollte die bundeseinheitliche Rahmenordnung für die Diplomprüfung im Studiengang Soziale Arbeit an Fachhochschulen schaffen. Sie wurde



im Oktober 2001 von der Konferenz der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder beschlossen. Allerdings ist derzeit noch völlig unklar, ob die qualitativen Fortschritte dieser Reform in den neuen Bachelor- oder Masterstudiengängen umgesetzt werden können.

### 3.1 Die neue Rahmenprüfungsordnung

Durch die Rahmenprüfungsordnung von 2001 ergeben sich nach *Heitkamp* (2000, S. 19 ff.) unter anderem folgende Neuerungen:

▲ Auf das traditionell fächerorientierte Lehrangebot wird weitgehend verzichtet. Leitwissenschaft ist die Fachwissenschaft Soziale Arbeit. Die Bezugswissenschaften liefern in überwiegend integrativen, das heißt disziplinübergreifenden Lehrangeboten ihren Beitrag zur Befähigung der Studierenden, um komplexe Problemstellungen unter sozialarbeiterischen Maximen und unter Anwendung eigener Methoden bearbeiten zu können.

▲ Die Ausbildung soll auf diese Weise berufsbezogener gestaltet werden und auch zur besseren Herausbildung und Entwicklung der Berufsidentität dienen. Von den Hochschulen wird gefordert, ein Fachwissen integrierendes, disziplinübergreifendes Lehrangebot sicherzustellen, ohne dabei ihr individuelles Ausbildungsprofil zu gefährden oder aufgeben zu müssen.

▲ Die Studiengänge Sozialpädagogik und Sozialarbeit werden zu einem gemeinsamen Studiengang „Soziale Arbeit“ verbunden.

▲ Es gilt ein einheitlicher Studienabschluss, die Unterscheidung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik soll aufgegeben werden.

▲ Der künstliche Begriff „Sozialwesen“ bei Fachbereichs- und Studiengangsbezeichnungen soll durch „Soziale Arbeit“ ersetzt werden.

▲ Für die inhaltliche Strukturierung der gemeinsamen Rahmenordnung wurde am Grundkonsens einer generalistischen Ausbildung festgehalten. Sie soll auch in Zukunft eine breite Basisqualifikation für die vielfältigen Berufsfelder der Sozialen Arbeit bieten. Das Studium soll ein Grundwissen für alle Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit vermitteln, auf dem später das für den speziellen Aufgabenbereich erforderliche Expertenwissen durch Fort- und Weiterbildung aufgebaut werden kann.

▲ Das Studium soll künftig verbindlich in ein Grundstudium und ein Hauptstudium gegliedert sein. Das Grundstudium schließt nach drei theoretischen Studiensemestern mit der Diplomvorprüfung (Zwischenprüfung) ab.

▲ Die Studiendauer beträgt acht Semester, davon

sind zwei Praxissemester, die in gemeinsamer Verantwortung von Hochschule und Berufspraxis durchgeführt werden.

Dieses Studienreformkonzept kann tatsächlich als Fortschritt bewertet werden. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) begrüßte es sogar als einen Meilenstein auf dem Weg der Sozialen Arbeit zur Profilierung als eigenständige Fachdisziplin (2003). Die Umsetzung der neuen Rahmenprüfungsordnung lässt hoffen, dass eine Reihe von Schwachstellen der bisherigen Ausbildung, die in der Fachdiskussion bereits seit langem diskutiert und durch unsere Untersuchungsergebnisse bestätigt wurden, aufgelöst werden können. Mit der Festlegung der Fachwissenschaft Soziale Arbeit als Leitwissenschaft ist die Aussicht verbunden, dass der bisherige „Fächersalat“ (*Schilling* 1997, S. 41) zu Gunsten einer fächerübergreifenden Verknüpfung von Lehrinhalten abgelöst wird. Dies setzt allerdings zeitintensive Absprachen innerhalb der Hochschulen und die Bereitschaft aller Beteiligten voraus. Mit der Profilierung der Fachwissenschaft Soziale Arbeit zur Leitwissenschaft ist auch die Hoffnung verbunden, dass es für die Studierenden der Sozialen Arbeit leichter wird, sozialarbeiterisches Handlungswissen und eine eigenständige berufliche Identität zu entwickeln.

Ungelöst bleibt durch die Studienreform die Frage, wie geeignete Lehrende gewonnen werden können, die in der Lage sind, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit miteinander zu verbinden und zu vermitteln. Einige Fachhochschulen für Soziale Arbeit haben deshalb – analog zur Frauenförderung – bei Berufungsverfahren Mindestquoten für Lehrende mit einer grundständigen Ausbildung in Sozialer Arbeit eingeführt. Erforderlich ist auch, geeigneten Lehrkräften aus der Praxis der Sozialen Arbeit, die als Lehrbeauftragte eingesetzt werden, mit einer größeren – auch finanziellen – Wertschätzung zu begegnen. Entscheidend könnte jedoch das Promotionsrecht für Fachhochschulen sein, da dies erstmals die Möglichkeit eröffnet, den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs ohne Umwege über ein Zusatzstudium auszubilden.

### 3.2 Bachelor und Master

Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen steht nicht ohne weiteres mit der Studienreform von 2001 im Einklang. Diese Studiengänge wurden mit dem Ziel „der Modernisierung des Hochschulwesens in Deutschland und der Stärkung seiner internationalen Attraktivität“ (*Kultusministerkonferenz* 2000) eingeführt. Sie basieren auf der am 19.



Juli 1999 in Bologna verabschiedeten gemeinsamen Erklärung von 29 europäischen Bildungsministern zum europäischen Hochschulraum. Neben der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge hat sich die Kultusministerkonferenz für die Einführung eines Kredit-Punktsystems und für die Modularisierung der Studieninhalte ausgesprochen. Damit verfolgt sie das Ziel, „das Maß an Einheitlichkeit in der Entwicklung zu gewährleisten, das erforderlich ist, um die länder- oder hochschulübergreifende Mobilität der Studierenden zu gewährleisten“ (ebd.).

Masterstudiengänge können an Universitäten und an Fachhochschulen angeboten werden. Trotz des Widerstandes der Universitäten dürfen sich die Abschlussbezeichnungen – im Gegensatz etwa zu den Zusätzen FH oder Univ. beim Diplom – nicht voneinander unterscheiden. Nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 5. März 1999 berechnen auch an Fachhochschulen erworbene Masterabschlüsse grundsätzlich zur Promotion (*Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit* 2005b). Hinsichtlich der Gleichwertigkeit der Universitäts- und der Fachhochschulmaster besteht insofern eine Sonderregelung, als ein FH-Master nur dann zu einem Anstellungsverhältnis im höheren Dienst befähigt, wenn der Studiengang durch ein Akkreditierungsverfahren gesondert geprüft und genehmigt wurde (*Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit* 2005a).

Mit der Schaffung neuer Studienabschlüsse verfolgt der Gesetzgeber auch das Ziel, Studienzeiten zu verkürzen und Studienabbrecherquoten zu senken. Erklärtes Ziel des Bachelor ist es, schneller und leichter zu einem ersten akademischen Abschluss zu kommen. Die Mindeststudiendauer beträgt drei Jahre, die Höchststudiendauer ist auf vier Jahre begrenzt.

Ein Bachelorabschluss vermittelt einen akademischen Erstabschluss und ist zugleich eine Berufsqualifikation. Als Vertiefung kann auf den ersten berufsqualifizierenden Bachelorabschluss ein ein- bis höchstens zweijähriges Masterstudium folgen. Diese konsekutiven Masterstudiengänge stehen allerdings voraussichtlich nur für die leistungsstärksten Bachelorabsolvierenden offen. Dafür wird eine je nach Bundesland noch zu definierende Quote festgelegt. Derzeit ist in der Diskussion, dass lediglich 20 bis 30 Prozent derjenigen, die über einen ersten berufsqualifizierenden Bachelorabschluss verfügen, ein konsekutives Masterstudium anschließen können. Diese Beschränkung könnte allerdings hinfällig werden, wenn die Hochschulen das Urteil des Verfassungsgerichtes vom Januar 2005 zum Anlass nehmen, Studiengebühren zu erheben.

Es ist abzusehen, dass die Einführung dieser neuen Studiengänge die Ausbildung und die Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit gravierend verändern werden. Vorteile haben auf Grund der beabsichtigten Vergleichbarkeit der neuen Studienabschlüsse voraussichtlich diejenigen, die im europäischen Ausland studieren oder arbeiten wollen, vorausgesetzt, dass die Studienmodule tatsächlich vergleichbar sind und gegenseitig anerkannt werden. Die Befürwortenden der europäischen Angleichung sehen als weitere entscheidende Verbesserung zur bisherigen Situation, dass die Masterstudiengänge zur Promotion berechtigen. Dementsprechend begrüßt der DBSH diesen Aspekt als attraktive Perspektive der Profilierung, da so das Problem der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Professuren der aufkeimenden Fachwissenschaft Soziale Arbeit gelöst werden könnte (2005b).

Ein Blick in das Verzeichnis (*Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit* 2005c) der neuen Studienabschlüsse zeigt, dass viele Fachhochschulen die Masterstudiengänge nutzen, um Aufbaustudiengänge anzubieten. Für *Werner Müller* ist der Eifer, mit dem sich die Fachhochschulen der neuen Entwicklung anschließen, unter anderem darin begründet, dass sie im innerhochschulischen Wettbewerb dem Beispiel der Fachbereiche für Wirtschaft und Technik folgen. Zudem könnten sie mit dem Mastertitel und der Einrichtung einer Organisationseinheit Graduate School mehr Wissenschaftlichkeit dokumentieren und von dem international kaum verständlichen Begriff Fachhochschule wegkommen. Ein weiterer gewichtiger Grund ist für *Müller* (2001, S. 214), dass die Fachhochschulen auf dem Markt der Weiterbildung den Teilnehmenden einen akademischen Abschluss anstelle der von Weiterbildungsinstituten angebotenen Zertifikate vergeben können.

Kritisch ist zu sehen, dass durch die unterschiedlichen Studiengänge auch sich unterscheidende Ausbildungsniveaus und unterschiedliche berufliche Zugänge entstehen, dies einer Hierarchisierung und einer Herunterstufung des Berufs gleichkommt und damit eine fortgesetzte Benachteiligung der Ausbildung gegenüber den Universitäten darstellt (ebd., *Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit* 2005b). Schon jetzt ist abzusehen, dass im Zuge der Internationalisierung der Studienabschlüsse das Fachhochschuldiplom ein Auslaufmodell darstellt. Dafür spricht auch ein Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Oktober 2003, in dem festgelegt wurde, dass Bachelorabschlüsse den Diplomabschlüssen an Fachhochschulen gleichgestellt sind (*Kultusministerkonferenz* 2003). In Zukunft wird wohl das sechs- oder

siebensemestriges Bachelorstudium zur Basisqualifikation in der Sozialen Arbeit werden. Die damit verbundene kürzere Ausbildung könnte nach Auffassung des DBSH (2005b) zu einer Sozialen Arbeit „light“ führen, die zwar den Einsparungswünschen der Träger entgegenkomme, aber gleichzeitig die Substanz der Sozialen Arbeit aushöhlen würde.

Werner Müller (2001, S. 214) kritisiert darüber hinaus die fehlende Abstimmung innerhalb der Europäischen Union: „Von einer internationalen Abstimmung mit den Berufs-, Hochschul- und Trägerverbänden unserer für den Status Sozialer Arbeit wichtigen Nachbarländer – Niederlande, Dänemark, Österreich – ist nichts bekannt. Ganz zu schweigen von einem Meinungsaustausch mit Ländern, wo das Sozialarbeitsstudium auf Universitätsebene erfolgt, wie Italien, Spanien und Großbritannien. Dabei läge das doch bei einer ‚europäischen‘ Ausbildungsreform nahe!“

Neben der europäischen Angleichung der Studienabschlüsse ist Ziel der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die Studienzeiten zu verkürzen und schneller einen berufsqualifizierenden Abschluss zu ermöglichen. Dies mag, unabhängig von der Frage, ob das Studium nur den Sinn haben soll, schnell auf den Beruf vorzubereiten, für die Universitäten diskussionswürdig sein, da dort Studierende häufiger über eine fehlende Orientierung klagen. Für die Fachhochschulen stellt sich diese Frage nicht, denn im Vergleich zu den Universitäten ist das Studium dort stark strukturiert. Zudem beträgt dort die Regelstudienzeit ohnehin bereits acht Semester (vier Jahre) und der bisherige Diplomabschluss der Sozialen Arbeit ist berufsqualifizierend. Als weiteren gravierenden Mangel erachten wir, dass die Diskussion um die Einführung der neuen Studiengänge weitestgehend unter Ausschluss der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus der beruflichen Praxis erfolgte. Unterblieben ist auch eine Bedarfserhebung bei den Arbeitgebern. Weiterhin ist noch völlig offen, ob es für die frisch gebackenen Masterabsolvierenden überhaupt Stellen und eine angemessene Bezahlung geben wird. Unklar ist auch, wie sich die berufliche Stellung und die Eingruppierungssituation für die künftigen Bachelorsozialarbeiter und -sozialarbeiterinnen darstellen wird.

#### Anmerkungen

1 Im Rahmen der Untersuchung wurden unter anderem Faktoren ermittelt, die die Soziale Arbeit beeinflussen. Es wurden bundesweit 255 Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen befragt, die ihren Beruf nach Beendigung ihrer Ausbildung seit mindestens drei Jahren ausübten. Bei der Auswertung legten wir Wert auf eine querschnittmäßige Betrachtung der

Aussagen von Frauen und Männern, von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen aus den alten und den neuen Bundesländern sowie von Beschäftigten bei freien oder öffentlichen Trägern.

2 Die Lehrverpflichtung beträgt an Fachhochschulen in der Regel 18 Semesterstunden und an Universitäten acht Semesterwochenstunden.

3 Insgesamt 83,2 Prozent der Befragten gab den Anteil des Fachwissens, den sie sich nach dem Studium zusätzlich aneignen mussten, mit „sehr hoch“ beziehungsweise „mittel“ an.

#### Literatur

**Bundesagentur für Arbeit** (Hrsg.): BERUFEnet. Die Datenbank für Ausbildungs- und Tätigkeitsbeschreibungen. Internet: [http://berufenet.arbeitsamt.de/bnet2/D/B8610101aufgaben\\_t.html/berufenet](http://berufenet.arbeitsamt.de/bnet2/D/B8610101aufgaben_t.html/berufenet), 15.2.2005a

**Bundesagentur für Arbeit**: Internet unter: Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialwesen. Kurzcharakteristik des Studienbereichs. Internet: <http://www.studienwahl.de/fmg.htm>, 15.2.2005b

**Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.**: Ausbildungsstättenverzeichnis für Dipl. SozialarbeiterInnen (FH), Diplom SozialpädagogInnen (FH), Diplom PädagogInnen.

Stand 15.10.2002 Internet: <http://www.dbsh.de/html/fh.html>

**Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.**: Studienreform – Bei der Geburt schon zu alt? Internet: <http://dbsh.de/html/rahmen-studien.html>, 30.7.2003

**Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.**: Verzeichnis berufsbegleitende „grundständige“ Studiengänge der Sozialen Arbeit (Duale Studiengänge). Internet: [http://www.dbsh.de/hauptteil\\_ergaenzung.html](http://www.dbsh.de/hauptteil_ergaenzung.html), 1.3.2005a

**Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.**: Verzeichnis Ergänzungs-Studiengänge Master oder Diplom II. Info zu neuen Studienabschlüssen (Bachelor und Master). Internet: [http://www.dbsh.de/html/hauptteil\\_master.html](http://www.dbsh.de/html/hauptteil_master.html), 15.2.2005c

**Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.**: Bachelor- und Master-Studiengänge und deren Akkreditierung. Forderungen des DBSH. Internet: <http://www.dbsh.de/html/studien-diskussion.html>, 15.2.2005b

**Drake**, Hans: Frauen in der Sozialarbeit. Sexismus – Die geschlechtsspezifische Diskriminierung. Neuwied/Darmstadt 1980

**Drinkmann**, Arno; König, Joachim; Limbrunner, Alfons: Habe nun, ach! Soziale Arbeit durchaus studiert ... Eine Absolventen- und Absolventinnenbefragung zu Studium und Beruf. In: Sozialmagazin 11/2003, S. 41–49

**Engelke**, Ernst (Hrsg.): Soziale Arbeit als Ausbildung. Studienreform und -modelle. Freiburg im Breisgau 1996a

**Engelke**, Ernst: Einführung: Studienreform in der Sozialen Arbeit – Ärgernis und Hoffnung. In: Engelke, Ernst (Hrsg.): Soziale Arbeit als Ausbildung. Studienreform und -modelle. Freiburg im Breisgau 1996b, S. 7–27

**Foerster**, Roswitha: Zur Ausbildungssituation für Sozialarbeiter im Osten. In: Mühlfeld, Claus u.a. (Hrsg.): Brennpunkte Sozialer Arbeit. Sozialarbeit deutsch - deutsch. Neuwied 1991, S. 19–22

**Heitkamp**, Hermann: Die Ausbildung der Professionalität Sozialer Arbeit in Deutschland. In: Steinert, Erika (Hrsg.): Die Ausbildung der Professionalität sozialer Arbeit in Polen, Tschechien und Deutschland. Frankfurt am Main 2000, S. 13–26

**Heitkamp**, Hermann; Preis, Wolfgang: Integration wagen.

Das Ausbildungskonzept für Soziale Arbeit an der Hochschule

Zittau/Görlitz (FH). In: Engelke, Ernst (Hrsg.): a.a.O. 1996a, S. 125-149

**Kultusministerkonferenz:** Realisierung der Ziele der Bologna-Erklärung in Deutschland – Sachstandsdarstellung Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.11.2000

**Kultusministerkonferenz:** Ländergemeinsame Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003

**Müller, Werner:** Abwertung des Diplomstudiums zu befürchten. Die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen bringt mehr Nachteile als Vorteile für den sozialen Beruf. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 9-10/2001, S. 211-215

**Pfaffenberger, Hans:** Zu Entwicklung und Reformen der Ausbildung für das Berufsfeld „Sozialarbeit/Sozialpädagogik“ von 1945 bis 1995. In: Engelke, Ernst (Hrsg.): a.a.O. 1996a, S. 28-54

**Rauschenbach, Thomas; Züchner, Ivo:** Soziale Berufe. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied 2001, S. 1649-1667

**Salomon, Alice:** Die Ausbildung zur sozialen Berufsarbeit. In: Die Frau 5/1917, S. 263-276

**Schilling, Johannes:** Soziale Arbeit: Entwicklungslinien der Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Neuwied 1997

**Seidenstücker, Bernd:** DDR: Gesundheitswesen, Sozialwesen, Jugendhilfe. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): a.a.O. 2001, S. 232-242

**Wendt, Wolf Rainer:** Geschichte der sozialen Arbeit. Stuttgart 1985. Zitiert in: Schilling, Johannes: Soziale Arbeit: Entwicklungslinien der Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Studienbücher für soziale Berufe. Neuwied 1997

## Rundschau

### ► Allgemeines

**DZI Spenden-Almanach 2005/6.** Der neue Spendenratgeber des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) enthält eine ausführliche, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit finanzierte Studie zur Tsunami-Kampagne, viele Spendertipps und Einzelportraits aller 200 Organisationen, die das DZI Spenden-Siegel tragen (Preis einschließlich Porto und Verpackung: 14 Euro). Zeitgleich ist das neue Spenden-Siegel-Bulletin 2/05 erschienen, das Faltblatt mit Namen, Adressen und Kontonummern der Organisationen, denen auf freiwilligen Antrag und nach erfolgreicher Prüfung das DZI Spenden-Siegel zuerkannt wurde. Die Positivliste kann gegen Zusendung von drei Briefmarken zu 55 Cent bestellt werden: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, E-Mail: sozialinfo@dzi.de

**Projekt des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Palästina.** Das DRK errichtete zusammen mit dem Palästinensischen Roten Halbmond bis Ende 2005 zwei Gemeinschaftszentren in Tubas und Jericho. Knapp 100 000 Einwohner und Einwohnerinnen erhalten so Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit förderte das Projekt mit 300 000 Euro. 130 Beschäftigte und ehrenamtlich Tätige des Palästinensischen Roten Halbmonds sind in diesen Städten im Einsatz. In den Gemeinschaftszentren werden Rettungsdienste, ein medizinischer Notrufdienst und psychosoziale Betreuung angeboten. Weitere Hilfeleistungen der Gemeinschaftszentren umfassen Sozialprojekte für Jugendliche, soziale Fürsorge für ältere Menschen, Basisgesundheitsdienste und Physiotherapie. *Quelle: helfen und retten 1.2006*

**Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.** Mehrere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die 2005 auslaufen sollten, werden in diesem Jahr fortgeführt. Dazu gehören solche, die Unternehmen Anreize bieten, ältere Mitarbeitende zu beschäftigen. So brauchen Arbeitgeber, die Personen über 55 Jahre einstellen, für diese auch 2006 keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Außerdem gewährt die Bundesagentur für Arbeit (BA) Unternehmen, die Beschäftigte über 50 Jahre extern weiterbilden lassen, weiterhin Zuschüsse. Diese Firmen dürfen allerdings nicht mehr als 100 Mitarbeitende beschäftigen. Um Arbeitslosen über 50 Jahre Anreize zu geben, eine Stelle anzunehmen, sei sie auch geringer bezahlt als die vorherige, kommt die BA für 50 % des Differenzbetrages zum letzten Nettolohn auf. Diese Maßnahme soll den Lebensunterhalt dieser Beschäftigten sichern helfen. Der Zuschuss wird für den Zeitraum gewährt, in dem die älteren Arbeitslosen Anspruch auf Arbeitslosengeld I gehabt hätten. Zusätzlich stockt die BA bei diesen Berufsrückkehrenden die Beiträge zur Rentenversicherung auf. *Quelle: Barmer Briefe 4.2005*

**Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken.** Das Integrationskonzept für Berlin. Hrsg. Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2005, 87 S., keine Preisangabe \*DZI-D-7438\*

Diese Broschüre veröffentlicht das umfassende Integrationskonzept des Senats von Berlin. Im Zentrum stehen die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Integrationspolitik und die entsprechenden Anforderungen an die Landespolitik. Der Senat von Berlin möchte mit diesem Konzept deutlich machen, welche Chancen die Stadt mit ihren insgesamt circa 600 000 Migrantinnen und Migranten (darunter 450 900 Ausländerinnen und Ausländer, also Personen ohne deutschen Pass) hat, aber auch welche Probleme und Herausforderungen damit verbunden sind. Berichtet wird, wie die Landesregierung reagiert hat und tätig geworden ist, wo die Schwerpunkte der künftigen Integrationspolitik liegen sollen. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Fax: 030/262 54 07

E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

**Deutscher Sozialpreis 2006.** Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verleiht seit 1971 jährlich diesen Medienpreis für herausragende Arbeiten zu sozialen Themen. Dabei steht die Wirkung auf das gesellschaftliche Bewusstsein im Mittelpunkt. Ausgezeichnet werden Beiträge in den Sparten Print, Hörfunk und Fernsehen, die sich mit den besonderen Situationen oder Problemen Not leidender und sozial benachteiligter Gruppen in Deutschland auseinander setzen. Der Preis ist mit insgesamt 15 000 Euro dotiert und gehört zu den vierzig wichtigsten Journalistenpreisen in Deutschland. Zugelassen sind Beiträge aus den drei Sparten, die im Jahr 2005 erstmals in allgemein zugänglichen Medien veröffentlicht wurden und über den bloßen Nachrichtenwert hinausgehen. Ausgeschlossen sind wissenschaftliche oder fiktionale Beiträge, die Fachpresse sowie Gesprächsrunden. Einsendeschluss ist der 1. März 2006. Information: BAGFW, Deutscher Sozialpreis, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

## ► Soziales

**Leben von der Hand in den Mund.** Das erste Jahr mit Hartz IV hat die Armut verschärft. Diese Bilanz zieht die Caritas in der Diözese Münster aus Statistiken und vor allem den Erfahrungen der Mitarbeitenden ihrer Dienste. „Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt unmittelbar von der Hand in den Mund“, stellte der Referatsleiter Soziale Arbeit Dr. Thien fest. Einen großen Zuspruch erlebt die Caritas in Suppenküchen, Kleiderkammern, Sozialkaufhäusern, Sozialbüros und allen Beratungsstellen. Doch „hier sind wir nur Reparaturmeister sozialer Notlagen“, bedauert Dr. Thien. Um an den Ursachen etwas zu ändern, hat der Wohlfahrtsverband mit den örtlichen Diensten eine Liste mit 60 Kritikpunkten und sich daraus ergebenden Forderungen nach Veränderungen an den Hartz-Reformen erarbeitet. Ein Hauptpunkt darin: Die betroffenen Menschen benötigen wieder einmalige Beihilfen, vor allem wegen der gestiegenen Energiepreise. Immer mehr Haushalte, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen, können Strom und Öl nicht mehr bezahlen. Insgesamt sei der Bedarf eher willkürlich und in vielen Bereichen zu gering angesetzt, wie Nachrechnungen der Wohlfahrtsverbände ergeben

haben. Ausgeglichen wird die Not teilweise durch die von hunderten von Ehrenamtlichen betriebenen Kleiderkammern, Suppenküchen und sozialen Einkaufsläden. *Quelle: Presse-Information des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom 5. Januar 2006*

**Aus der Praxis für die Praxis.** Das Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren in der Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende. Von Susanne Schacht. KBW Fachbuchverlag. Martinroda 2005, 170 S., EUR 18,50 \*DZI-D-7377\* Diese Veröffentlichung soll sowohl dem Personal der betroffenen Verwaltungen, die mit den Sozialgesetzbüchern XII und II zu tun haben, als auch anderen Interessierten aus Betreuungsvereinen oder Wohlfahrtsverbänden eine verständliche Einarbeitung in die komplexe Rechtsmaterie unter Berücksichtigung der gesetzlichen Neuregelungen seit Januar 2005 geben. Die Praxis zeigt, dass häufig durch Unkenntnis im Verfahrensrecht bestehende Ansprüche sowohl der Hilfe Suchenden, aber auch der Verwaltung nicht geltend gemacht werden können. Hier wird der verfahrensrechtliche Weg von der Antragstellung bis zum Erlass der Entscheidung beziehungsweise von der Erhebung des Widerspruchs bis zur Entscheidung über den Widerspruch beschrieben, durch Beispiele und Musterschreiben aus der behördlichen Praxis ergänzt und damit eine Hilfestellung zur Vermeidung von Verfahrensfehlern gegeben. Bestellung über KBW Fachbuchverlag, Heydaer Str. 22, 98693 Martinroda, Tel.: 036 77/79 21 73, Fax: 036 77/79 77 71, E-Mail: info@kbw-fachbuchverlag.de

**Neue Werte in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Seit Januar 2006 liegt in den alten Bundesländern die Beitragsbemessungsgrenze bei 5 250 Euro Bruttoeinkommen je Monat, in den neuen Bundesländern bei 4 400 Euro. Bis zu diesem Betrag sind in der Rentenversicherung 19,5 % als Beiträge zu entrichten, die sich Arbeitgeber und Beschäftigte je zu Hälfte teilen. Der niedrigste freiwillige Beitrag beträgt für das Jahr 2006 im gesamten Bundesgebiet 78 Euro pro Monat. Er kann zum Beispiel wichtig sein, um den Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente zu sichern. Wer eine vorgezogene Altersrente vor dem 65. Lebensjahr bezieht, darf monatlich höchstens 350 Euro hinzuverdienen, bei Teilrenten ist dieser Betrag höher. Ab dem 65. Lebensjahr kann man ohne Auswirkungen auf die Rente so viel hinzuverdienen, wie man möchte. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Hessen 1. 2006*

**Kontoauszüge von Hartz IV-Beziehenden.** Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen dürfen nach Auffassung von Datenschützern kleinere Geldabbuchungen auf ihren den Behörden vorzulegenden Kontoauszügen schwärzen. Sie müssten sogar auf diese Möglichkeit hingewiesen werden, wenn Jobcenter und Sozialämter zur Überprüfung der Bedürftigkeit Kontoauszüge anfordern, heißt es in einem gemeinsamen Papier der Datenschutzbeauftragten Berlins, Brandenburgs, Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Schleswig-Holsteins. Einsicht in ihre Kontoauszüge dürfen sie den Behörden aber nicht verweigern. Bei kleineren Geldausgaben bis 50 Euro können sie nach Auffassung der Datenschutzbeauftragten aber die bis zu den Einzelbuchungen aufgeführten Texte in der Regel schwärzen. Lesbar bleiben muss der Geldbetrag, damit Kontostände überprüft werden kön-

nen. Ob das Schwärzen von größeren Geldabbuchungen zulässig ist, hänge vom Einzelfall ab. Geldeingänge dürften nicht unlesbar gemacht werden. Von den Sozialbehörden verlangen die Datenschützer, mit Augenmaß nur die im Einzelfall erforderlichen Informationen zu den Einkommensverhältnissen zu erheben. Die Daten von Kontobewegungen dürften nach ihrer Ansicht nicht gespeichert werden.  
*Quelle: SoVD-Zeitung 1.2006*

## ► Gesundheit

**Rheinland: 30 000 Kinder lernen gesund.** An dem Programm „Gesund macht Schule“ der Ärztekammer Nordrhein und der AOK Nordrhein nehmen rund 240 Grundschulen im Schuljahr 2005/2006 teil. Das gemeinsame Angebot von Ärzten und Gesundheitskasse macht es Grundschulen leicht, Themen wie „Menschlicher Körper“, „Bewegung und Entspannung“, „Essen und Ernährung“ sowie Sexualerziehung und Suchtprävention in den Unterricht zu integrieren. Es werden Ärztinnen und Ärzte als Referenten für die Schulstunden und für Elternabende sowie Unterrichtsmaterialien für die Elternarbeit zur Verfügung gestellt. Wie erfolgreich das mittlerweile seit 2001 bestehende Programm ist, von dem jährlich 30 000 Kinder profitieren, zeigen Untersuchungen der Universität Bielefeld: 49 % der Projektschulen haben regelmäßige Bewegungspausen eingerichtet, 31 % haben ein gesundes Schulfrühstück eingeführt und 30 % machen den Eltern gesundheitsbezogene Beratungsangebote. Vorbeugung dieser Art ist nötig, denn bei Kindern und Jugendlichen nehmen vor allem Allergien, Haltungsschwächen, Konzentrations- und Essstörungen sowie psychosomatische Erkrankungen wie Kopfschmerzen und Depressionen zu. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 12.2005*

**Bundesverband NeuroRehabilitation gegründet.** Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches IX und unter Mitwirkung des Bundesgesundheitsministeriums wurde 2005 der Bundesverband NeuroRehabilitation e.V. als Dachverband aller an der NeuroRehabilitation Beteiligten und/oder Partizipierenden gegründet. Inzwischen sind bereits mehr als 100 Fachgesellschaften, Berufsverbände, Träger von Einrichtungen, Behindertenverbände und überregionale Selbsthilfegruppen beigetreten. Alle Phasen und Formen der neurologischen Rehabilitation, von der Akutbehandlung bis zur Langzeitpflege, von der stationären bis zur ambulanten Rehabilitation, werden durch die Mitglieder des Bundesverbandes repräsentiert. Dieser soll die verschiedenen Interessen der Mitglieder koordinieren und Lobbyarbeit betreiben. Anschrift: Bundesverband NeuroRehabilitation e.V., Waldstr. 2-10, 53177 Bonn-Bad Godesberg, Tel.: 02 28/381-226, Fax: 02 28/381-640  
E-Mail: r.radzuweit@bv-neuroreha.de

**„... ich lebe gern!“** Stellungnahmen von Betroffenen. Hrsg. LIS e.V. Selbstverlag. Berlin 2005, 73 S., EUR 5,-  
\*DZI-D-7350\*

In dieser Broschüre, die sich an Betroffene, im therapeutischen Bereich Tätige und an generell Interessierte wendet, dokumentiert der Verein LIS e.V. eine Umfrage zu Themen der Medizinethik unter vom Locked-in-Syndrom betroffenen Personen. Das Locked-in-Syndrom ist eine besonders schwere Verlaufsform des Schlaganfalls, bei dem die Betroffenen schlimmstenfalls von den Augen abwärts gelähmt

sind und weder selbsttätig atmen und schlucken, noch sprechen können. Naturgemäß fühlen sich diese kranken Menschen von der Debatte, ab wann ein Menschenleben noch als solches angesehen werden darf, besonders bedroht, denn im Falle ihrer Erkrankung werden die Fortschritte der Patienten und Patientinnen erst langsam und über einen langen Zeitraum sichtbar, während die Betroffenen vom ersten Moment ihres Schicksals an im Vollbesitz ihrer geistigen und seelischen Fähigkeiten und Eigenschaften bleiben. In dieser Veröffentlichung sind die Stellungnahmen von Betroffenen sowie eine Resolution enthalten, die zum Abschluss des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung beschlossen wurde. Bestellanschrift: Förderverein zur Gründung einer Stiftung zur Verbesserung der Lebensumstände von Menschen mit dem Locked-in-Syndrom – LIS e.V., Geschäftsstelle im Ev. Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge, Herzbergstr. 79, Haus 30, 10365 Berlin, Tel./Fax: 030/54 72 52 70  
E-Mail: pantkellis@aoo.com

**Mit den Händen lesen.** Im Jahre 1825 erfand der Franzose Luise Braille im Alter von 15 Jahren die Blindenschrift, die bis heute ohne große Veränderungen gilt. Die Punktschrift hat blinden Menschen weltweit die Tür zum Lesen geöffnet. Leider lernen in Ländern der Dritten Welt die wenigsten blinden Kinder diese Schrift kennen, da es viel zu wenig Schulplätze gibt. „Nur 10 % aller blinden Kinder weltweit können zur Schule gehen und die Brailleschrift erlernen. Um den Milleniumszielen der Vereinten Nationen nach einer allgemeinen Schulbildung gerecht zu werden, muss hier noch viel getan werden“, erklärte Martin Georgi, Direktor der Christoffel-Blindenmission aus Anlass des Welt-Braille-Tags, dem 4. Januar. Während im Zeitalter des Computers viele blinde Menschen in Europa den PC nutzen, stehen in Entwicklungsländern nicht einmal genügend Blinden-Schreibmaschinen zur Verfügung. Dort wird zu meist die Punkt kombination, aus der sich jeder einzelne Buchstabe zusammensetzt, noch mit einem Griffel in das Papier gedrückt. Dabei müssen Blinde in Spiegelschrift von rechts nach links schreiben, denn nur so können sie nach Umwenden des Papiers die Buchstaben in der richtigen Reihenfolge tastend lesen. *Quelle: Pressemeldung der Christoffel-Blindenmission vom 3. Januar 2006*

## ► Jugend und Familie

**Handlungspflicht in Gefahrensituationen.** Die neue Handlungspflicht erleichtert die Arbeit in Jugendämtern und Kindertagesstätten. Die pädagogischen Fachkräfte haben nun juristische Klarheit, wenn sie ein Kind auf Verdacht aus seiner Familie nehmen. Sollte sich später zeigen, dass doch keine Notlage besteht, behalten sie trotzdem Recht. „Vorher hätten die Pädagoginnen und Pädagogen fürchten müssen, dass ein Gericht in diesem Fall ihr Eingreifen missbilligt“, erklärte Cornelia Bauer, Geschäftsführerin des Bundesverbandes für Erziehungshilfe in Hannover. Das Eingreifen bleibt dennoch ein Balanceakt: Einerseits müsse man in akuten Problemsituationen sofort einhaken und Kinder in Obhut nehmen. Andererseits müsse man Eltern vermitteln, dass sie sich gefahrlos in Erziehungsfragen vom Jugendamt beraten lassen können und nicht befürchten müssen, man nehme ihnen ihr Kind weg. Erziehungshilfe funktioniert optimal, wenn Problemsituationen frühzeitig erkannt werden, zum Beispiel an alters-



untypischem Verhalten des Kindes. Nach Erfahrung Bauers nehmen die meisten Eltern dann gern Hilfe an, denn in diesem Stadium spricht ihnen die Öffentlichkeit noch keine Schuld zu. Bei schwerwiegender Vernachlässigung, starker Abmagerung oder anscheinendem Missbrauch kommt ambulante Hilfe jedoch zu spät. Wichtig sind zudem Nachbarn und Bekannte, die die Not einer Familie erkennen und sie rechtzeitig bei gezielten Maßnahmen unterstützen. *Quelle: Pressemitteilung von TM sozial vom 22. Dezember 2005*

**JugendRinge. Praxisbuch R.** Praxisbuch Ringe & Raumausstattung. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2005, 96 S., EUR 1,50 \* DZI-D-7220\* In diesem Heft geben zehn Grundlagentexte einen Überblick über die aktuellen Aufgaben und Themen der kommunalen Jugendringarbeit. Ergänzt werden die Texte mit mehr als 30 Bausteinen für eine innovative Arbeit. Diese Bausteine wurden von verschiedenen Jugendringen erprobt und sind so beschrieben, dass sie mit geringem Aufwand von den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Maschstr. 24, 30169 Hannover, Tel: 05 11/80 50 55, Fax: 05 11/80 50 57, E-Mail: info@ljr.de

**Neues Rechtsportal im Internet.** Seit Oktober 2005 gibt es ein neues Internetportal mit Ratgebern zu verschiedenen Rechtsgebieten. Unter [www.familienrecht-ratgeber.de](http://www.familienrecht-ratgeber.de) können umfangreiche und kostenlose Informationen zu Fragen rund ums Familienrecht abgerufen werden. Der Ratgeber wurde von spezialisierten Fachleuten verfasst und ist in einer Sprache gehalten, die auch für Nichtjuristen verständlich ist. Das Rechtsportal wird ständig aktualisiert und um weitere Themen ergänzt. *Quelle: Stimme der Familie 11-12/ 2005*

**Weltentwicklungsbericht 2007.** Junge Menschen zwischen 12 und 24 Jahren sind das Thema des Weltentwicklungsberichts (WDR) 2007. Erhalten junge Menschen durch die Erziehungssysteme das notwendige Rüstzeug für die Anforderungen der sich wandelnden Ökonomien? Welche Unterstützung bekommen sie beim Eintritt in den Arbeitsmarkt? Können sie sich frei dorthin bewegen, wo es Arbeit gibt? Wie lassen sich die gravierenden Folgen von Risikoverhaltensweisen – etwa Tod durch HIV/AIDS und Drogenabhängigkeit – vermeiden? Der Bericht sucht nach Antworten darauf, wie die Wirtschaftspolitik junge Menschen bei den entscheidenden Punkten auf dem Weg ins Erwachsenenleben unterstützen kann: Übergang von der Schule in die Ausbildung, Gesundheitsprävention, Eintritt ins Arbeitsleben, Familiengründung und Förderung der aktiven Bürgerschaft. Der WDR 2007 wird von der Weltbank erstellt und soll im September 2006 veröffentlicht werden. Weitere Informationen unter [www.web.worldbank.org](http://www.web.worldbank.org) *Quelle: IJAB-Informationen 5-6.2005*

**Auf dem Weg zum anderen Ufer.** Lesbische und schwule Jugendliche im Coming-out. Dokumentation. Hrsg. Hessischer Jugendring und andere. Selbstverlag. Wiesbaden 2004, 64 S., kostenfrei\* DZI-D-7248\* Auf ein ganz neues Gebiet begab sich der Hessische Jugendring, als er im Jahr 2001 einen Schwerpunkt in seiner Arbeit auf das Themenfeld Homosexualität in der Jugend-

hilfe setzte. In den vergangenen Jahren konnte nicht zuletzt auf Grund sinnvoller Kooperationen mit dem Hessischen Sozialministerium einiges bewegt werden: Veröffentlichungen und Fortbildungsveranstaltungen zeugen von den Ideen und Anregungen, die in die Tat umgesetzt wurden. Dieser Reader gibt die Referate und Workshops einer Tagung wieder, unter anderem von Udo Rauchfleisch zum Thema „Homophobie in der Sozialen Arbeit“ und von Gisela Wolf zur psychosozialen Situation lesbischer, schwuler, bisexueller und transidenter Jugendlicher und den Anforderungen an die Jugendhilfe. Bestellanschrift: Hessischer Jugendring e.V., Schiersteiner Str. 31-33, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/ 99 08 3-0, Fax: 06 11/990 83 60  
E-Mail: [info@hessischer-jugendring.de](mailto:info@hessischer-jugendring.de)

**Kostenfreier Bezug von KomDat Jugendhilfe.** Der Informationsdienst zur amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik für Praxis, Politik und Wissenschaft (KomDat Jugendhilfe) präsentiert und kommentiert in knapper Form die wichtigsten Tendenzen der Statistik seit 1998. Sie erscheint dreimal jährlich, wird von der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik im Forschungsverband DJI/Universität Dortmund veröffentlicht und richtet sich an alle in der Jugendhilfe Tätigen und an den Daten Interessierte. KomDat Jugendhilfe kann kostenfrei als Druckversion oder pdf-Datei per E-Mail bestellt werden. Bezugsadresse: [komdat@fb12.uni-dortmund.de](mailto:komdat@fb12.uni-dortmund.de)

## ► Ausbildung und Beruf

**Mehr Männer in die Altenpflege.** Die Altenhilfe ist „weiblich“. Zentrale Anforderungen des Arbeitsmarktes, berufspolitische Herausforderungen, Fragen der Gendergerechtigkeit und Identitätsprobleme junger und alter Männer in der Pflege können dann bewältigt werden, wenn es gelingt, den seit Jahrzehnten geringen Männeranteil von 10% bis 15 % signifikant zu erhöhen. In einer Expertise analysierten die Professoren Heinz Bartjes und Eckart Hammer, warum Männer im Beruf der Altenpflege kaum vertreten sind. Darauf aufbauend, mit einigen empirischen Zugängen und den Ergebnissen eines Expertenhearings entwickelten die beiden Autoren eine Fülle konkreter Ansatzpunkte, um mehr Männer für die Altenpflege zu gewinnen. Die Ideen, Modelle und Empfehlungen reichen von originellen Ansätzen in jugendlichen Peergroups über Projekte in Schulen, intergenerative Begegnungen, neue Wege der Berufsfindung bis zu konkreten Arbeitsbedingungen und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit. Die Expertise ist zugänglich unter: [www.equal-altenhilfe.de/files/Personalentwicklung/PE\\_08/PE\\_08.pdf](http://www.equal-altenhilfe.de/files/Personalentwicklung/PE_08/PE_08.pdf) *Quelle: Mitteilung der Ev. Fachhochschule, Prof. Hammer, vom Januar 2006*

**In der Schweiz: Kein Abschluss ohne Anschluss.** Beschäftigt man sich mit der Einführung und Ausgestaltung zweijähriger Ausbildungsberufe in Deutschland, lohnt sich ein Blick über die Landesgrenzen. Anders als in Deutschland geht es in der Schweiz nicht primär um die Erschließung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzpotenzials, sondern um eine neue Strategie zur Qualifizierung lernschwacher Jugendlicher und Erwachsener ohne Berufsausbildung. Das neue Berufsbildungsgesetz der Schweiz sieht deshalb unter anderem die Einführung einer „berufspraktischen Bildung“ vor, die mit erheblichem pädagogischem und finanziellem Aufwand betrieben wird. Ziel dieser berufs-



praktischen Bildung mit zertifiziertem Abschluss ist der sich anschließende Übergang in den „normalen“ Lehrberuf, der schließlich mit dem „eidgenössischen Fähigkeitszeugnis“ abschließt. Möglich werden Übergänge zwischen zweijährigen, dreijährigen, betrieblichen und schulischen Ausbildungsgängen durch systematisch aufeinander abgestimmte curriculare Module. *Quelle: BIBB-Forschung 1.2006*

**Medizinische Fachangestellte.** Zum 1. August 2006 löst die Medizinische Fachangestellte den Ausbildungsberuf Arzthelferin ab. Rund 16 000 Auszubildende, die jährlich ein Ausbildungsverhältnis beginnen, sind von den Neuerungen direkt betroffen. Die beziehen sich vor allem auf das Berufsbild und den Ausbildungsrahmenplan, der die verbindlichen Lern- und Ausbildungsinhalte festschreibt. Beispielsweise erhalten Kommunikation sowie Patientenorientierung, Gesundheitsförderung und Prävention einen deutlich höheren Stellenwert. Das Thema Qualitätsmanagement wurde wie auch Information, Dokumentation und Datenschutz zu expliziten Lerninhalten. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 12.2005*

**Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit.** An der Hochschule Merseburg beginnt im Herbst 2006 der berufsbegleitende Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit. Erstmals gibt es damit ein Weiterbildungsangebot, das sich ausdrücklich auf den komplexen Bereich der gesamten Sozialarbeit und nicht „nur“ auf Therapie und Beratung bezieht. Systemische Konzepte eignen sich in besonderer Weise, indem sie auf Perspektiven, Kontext und Kooperation, auf Ressourcen und Aufträge, auf Respekt und Lösungen der Klientel theoretisch und praktisch-methodisch fokussieren. Der Studiengang richtet sich an Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in der Praxis, er soll umfassende theoretische Kenntnisse ebenso wie den Erwerb praxisbezogener Kompetenzen und Qualifikationen für Leitungskräfte bieten. Der Studiengang ist akkreditiert, sein Abschluss eröffnet den Zugang zum Höheren Dienst und berechtigt zur Promotion. Am 28. April 2006 findet dazu eine Veranstaltung statt. Information: Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit, Medien, Kultur, Prof. Herwig-Lemp, Geusaer Straße, 06217 Merseburg  
E-Mail: masterstudiengang@systemische-sozialarbeit.de

**Gemeindebezogene Gesundheitsförderung.** Die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) bietet in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund Hochschulen für Gesundheit e.V. ein berufsbegleitendes Studium an. Es ist ein auf Medien gestütztes Fernstudium mit regelmäßigen, zweitägigen Präsenzphasen in Magdeburg und endet mit einem Zertifikat für den Bereich kommunales Gesundheitsmanagement. Studienbeginn ist der 15. Februar 2006. Information: Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Brandenburger Str. 9, 39104 Magdeburg, E-Mail: ggf@hs-magdeburg.de

## Tagungskalender

**2.-4.3.2006 Bonn.** SIETAR Deutschland Symposium 2006: Interkulturelle Arbeitsfelder in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Information: SIETAR Deutschland e.V., Frau Hofmann, Postfach 31 04 16, 68264 Mannheim, [www.sietar-deutschland.de](http://www.sietar-deutschland.de)

**9.-11.3.2006 Heidelberg.** Wichern-Kongress: Wichern – Erbe und Aufgabe. Information: Diakoniewissenschaftliches Institut der Universität Heidelberg, Chr. Oelschlägel, Karlstr. 16, 69117 Heidelberg, Tel.: 062 21/54 33 37, Fax: 062 21/54 33 80  
E-Mail: [christian.oelschlaegel@dwi.uni-heidelberg.de](mailto:christian.oelschlaegel@dwi.uni-heidelberg.de)

**16.-17.3.2006 Berlin.** AGJ-Fachtagung: Interkulturelle Kompetenz sozialpädagogischer Dienste und erzieherischer Hilfen – Wirklichkeit und Anspruch. Information: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-214, Fax: 030/400 40-232  
E-Mail: [Martina.Strauss@agj.de](mailto:Martina.Strauss@agj.de)

**24.-25.3.2006 Bregenz/Lochau am Bodensee.** Fachtagung: Die Kunst gelingender Kooperation. Supervision und Coaching. Information: Schloss Hofen, Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung, Kirchstr. 38, A-6900 Bregenz

**3.-5.5.2006 Heidelberg.** Kongress: Wirksame Therapie! Wissenschaftlich fundierte Suchtbehandlung. Information: Fachverband Sucht e.V., Ursula Reingen, Walramstr. 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, Fax: 02 28/21 58 85  
E-Mail: [u.reingen@sucht.de](mailto:u.reingen@sucht.de)

**8.-9.5.2006 Nürnberg.** Kongress: Deutscher Präventionstag. Information: DPT – Deutscher Präventionstag, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, Fax: 05 11/235 49 50, E-Mail: [dpt@praeventionstag.de](mailto:dpt@praeventionstag.de)

**19.-20.5.2006 Dresden.** Tagung: Was gibt's denn da zu lachen? Humor in der Sozialen Arbeit! Information: Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit, Postfach 11 29, 74370 Sersheim, Tel.: 070 42/39 58, Fax: 070 42/81 55 40  
E-Mail: [info@dgsinfo.de](mailto:info@dgsinfo.de)

**19.-20.5.2006 Stuttgart.** Fachtagung: Bildung, Schule und Bürgerengagement. Information: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Birger Hartnuß, Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0  
E-Mail: [birger.hartnuss@b-b-e.de](mailto:birger.hartnuss@b-b-e.de)

**24.-27.5.2006 Bielefeld-Sennestadt.** Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit e.V.: Kinder haften für die Gesellschaft – Soziale Arbeit zwischen Innovation und Restriktion. Information: [Gildesoziale@aol.com](mailto:Gildesoziale@aol.com)

## 1.00 Sozialphilosophie / Sozialgeschichte

**Ahlheim, Klaus:** Politische Bildung statt Schlussstrich: 60 Jahre danach – sind Nazivergangenheit und -verbrechen immer noch ein Thema für die politische Bildung? - In: *Erwachsenenbildung* ; Jg. 51, 2005, Nr. 3, S. 117-120. \*DZI-1986\*

**Brandt, Rainer:** Perspektiven gewinnen: Lebensperspektiven durch Bibliolog. - In: *Das Baugerüst* ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 62-68. \*DZI-1748\*

**Tölle, Rainer:** Die „Kriegsneurose“: ein frühes Modell der pluridimensional verstandenen psychiatrischen Traumalogie. - In: *Psychiatrische Praxis* ; Jg. 32, 2005, Nr. 7, S. 336-341. \*DZI-2574\*

**Wyrobnik, Irit:** Familiengedächtnis und Holocaust: in Literatur und Familiengespräch. - In: *Familiendynamik* ; Jg. 30, 2005, Nr. 4, S. 335-352. \*DZI-2585\*

## 2.01 Staat / Gesellschaft

**Bielefeld, Ulrike:** Angeborene Fremdenfurcht? Eine Kritik soziobiologischer Rassismustheorien. - In: *Migration und Soziale Arbeit* ; Jg. 27, 2005, Nr. 3/4, S. 289-296. \*DZI-2675z\*

**Fünfsinn, Helmut:** Argumente für ein strafrechtliches Stalking-Bekämpfungsgesetz: Der Gesetzentwurf des Bundesrates. - In: *Neue Kriminalpolitik* ; Jg. 17, 2005, Nr. 3, S. 82-84. \*DZI-2990\*

**Haupt, Klaus:** Chancen für die Zukunft eröffnen: Kinder- und Jugendpolitik der FDP. - In: *Unsere Jugend* ; Jg. 57, 2005, Nr. 10, S. 412-417. \*DZI-0135\*

**Hecht, Martin:** Wir Heimat-Vertriebenen. - In: *Psychologie heute* ; Jg. 32, 2005, Nr. 12, S. 22, 24-27. \*DZI-2573\*

**Holschuh, Uwe:** [www.kummernetz.de](http://www.kummernetz.de): Mailberatung im Jugendbereich von Kummernetz. - In: *Das Baugerüst* ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 86-91. \*DZI-1748\*

**Hömborg, Walter:** Hitler sells: Massenmedien und Geschichte. - In: *Erwachsenenbildung* ; Jg. 51, 2005, Nr. 3, S. 121-123. \*DZI-1986\*

**Jacobsen, Göнке:** Gefangen zwischen Besserung und Sicherung: ein Plädoyer für die regelmäßige Prüfung der Gefährlichkeit in der Hauptverhandlung. - In: *Neue Kriminalpolitik* ; Jg. 17, 2005, Nr. 3, S. 92-95. \*DZI-2990\*

**Klößner, Gabriele:** Seelsorge im Internet: Halt finden im Netz. - In: *KDFB Engagiert* ; 2005, Nr. 11, S. 16-19. \*DZI-0503z\*

**Lange, Andreas:** Riskante und chancenreiche Jugend: Entgrenzungen des Sozialen und die Notwendigkeit einer „DiskursBildungsPolitik“. - In: *Das Baugerüst* ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 28-38. \*DZI-1748\*

**Meise, Sylvia:** Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch? - In: *Psychologie heute* ; Jg. 32, 2005, Nr. 12, S. 28, 30-31. \*DZI-2573\*

**Meiter, Claus:** „Wenn du mich gefragt hättest, hätte ich es dir erzählt.“ Über die (fehlende) Thematisierung von Rassismuserfahrungen und Zugehörigkeitsfragen in der ambulanten Jugendhilfe. - In: *Migration und Soziale Arbeit* ; Jg. 27, 2005, Nr. 3/4, S. 278-283. \*DZI-2675z\*

**Opielka, Michael:** Das Konzept des modernen Sozialstaats: nach Rot-Grün: Kirchhof reversus? Die politische Lage nach der Bundestagswahl 2005. - In: *Sozial extra* ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 39-43. \*DZI-2599z\*

**Pries-Kümmel, Elisabeth:** Beziehungen zwischen Alt und Jung: Auswirkungen neuer Entwicklungen auf das Verhältnis zwischen den Generationen. - In: *Soziale Arbeit* ; Jg. 54, 2005, Nr. 10, S. 362-371. \*DZI-0470\*

**Schmid, Wilhelm:** Begrenzt weihnachtsfähig? Über ein Ritual der Verlangsamung. - In: *Psychologie heute* ; Jg. 32, 2005, Nr. 12, S. 32-34. \*DZI-2573\*

## 2.02 Sozialpolitik

**Eichhorn, Maria:** Kinder- und Jugendpolitik. - In: *Unsere Jugend* ; Jg. 57, 2005, Nr. 10, S. 407-411. \*DZI-0135\*

**Hackenberg, Frank:** Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte: Vorteile für Versicherte und Leistungserbringer. - In: *Die Ersatzkasse* ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 412-415. \*DZI-0199\*

**Kostka, Manfred:** Sicher ist anders – die Rente: Großbaustelle Rentensystem. - In: *Idee & Tat* ; Jg. 92, 2005, Nr. 4, S. 6-8. \*DZI-0427\*

**Peifer, Ulrike:** Der 12. Kinder- und Jugendbericht: Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule: ein Überblick. - In: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 349-352. \*DZI-0044\*

**Schulze, Heidrun:** Biografiethoretische Kompetenz in der klinischen Praxis. - In: *Sozial extra* ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 21-25. \*DZI-2599z\*

**Sembritzki, Jürgen:** Wofür brauchen wir IT im Gesundheitswesen? Das Beispiel Telemedizin. - In: *Die Ersatzkasse* ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 418-419. \*DZI-0199\*

**Spieß, Gesine:** Gendertraining im Studium der Sozialen Arbeit. - In: *Soziale Arbeit* ; Jg. 54, 2005, Nr. 10, S. 371-378. \*DZI-0470\*

## 2.03 Leben / Arbeit / Beruf

**Böhle, Fritz:** Erfahrungswissen hilft bei der Bewältigung des Unplanbaren. - In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* ; Jg. 34, 2005, Nr. 5, S. 9-13. \*DZI-2660z\*

**Kastelik, Karl:** Arbeitgeber-Profilung: Ein adäquates Instrument zur Ressourcensteuerung? - In: *Arbeit und Beruf* ; Jg. 56, 2005, Nr. 11, S. 321- 324. \*DZI-0620\*

**Krauss, Alexander:** Das Erfahrungswissen der Mitarbeiter in betrieblichen Veränderungsprozessen nutzen: der Modellversuch FILIP entwickelt ein Beratungskonzept. - In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* ; Jg. 34, 2005, Nr. 5, S. 31-33. \*DZI-2660z\*

**Lindl, Stefanie:** Leistung soll belohnt werden: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. - In: *Pflegezeitschrift* ; Jg. 58, 2005, Nr. 11, S. 714-717. \*DZI-0528z\*

**Naumann, Frank:** Die Machiavelli-Strategie: Überlebenskunst in Krisenzeiten. - In: *Psychologie heute* ; Jg. 32, 2005, Nr. 12, S. 40, 42-45. \*DZI-2573\*

**Novak, Hermann:** Bis ins Detail geplant – Überraschungen nicht ausgeschlossen: Die umfassende Bedeutung von Erfahrungen und ihren Einflussgrößen. - In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* ; Jg. 34, 2005, Nr. 5, S. 22-25. \*DZI-2660z\*

**Vollmer, Bernd:** Wie können persönliche Ziele auch unter schwierigen Bedingungen langfristig verfolgt werden? - In: *Arbeit und Beruf* ; Jg. 56, 2005, Nr. 11, S. 325-326. \*DZI-0620\*

**Zimmermann, Hildegard:** Kompetenzentwicklung durch Erfahrungstransfer: Betriebliche Ansätze zum Erfahrungstransfer zwischen älteren und jüngeren Beschäftigten. - In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* ; Jg. 34, 2005, Nr. 5, S. 26-30. \*DZI-2660z\*

## 3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

**Beck, Thomas:** Strukturierte Qualitätsberichte der Krankenhäuser: mehr Transparenz durch „Klinik-Lotsen“ der Ersatzkassen. - In: *Die Ersatzkasse* ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 425-428. \*DZI-0199\*

**Doose, Carl-Heinz:** Berufsfachschulen weiterentwickeln! Anregungen für eine Reform der Berufsfachschulen durch die Bundesländer. - In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* ; Jg. 34, 2005, Nr. 5, S. 34-36. \*DZI-2660z\*

**Draeger, Arne:** Sehnsucht nach gelingendem Leben: das schulkooperative Modell der Tage ethischer Orientierung (TEO) in Mecklenburg-Vorpommern. - In: *Das Baugerüst* ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 69-73. \*DZI-1748\*

**Gutknecht, Hardy:** Die Bewertung tagesklinischer Behandlung durch die Patienten: Aspekte der Behandlungserfah-

rungen und erlebte Veränderungen. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 7, S. 342-348. \*DZI-2574\*

**Hartwig, Jürgen:** Sozialamt im Aufbruch: Entwicklungen im Amt für Soziale Dienste Bremen. - In: Nachrichtenendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 380-387. \*DZI-0044\*

**Knittel, Bernhard:** Rechtsweg bei Ablehnung einer Amtstätigkeit der Auskunftsperson beim Jugendamt. - In: Das Jugendamt ; Jg. 78, 2005, Nr. 10, S. 440-442. \*DZI-0110z\*

**Thiery, Heinz:** Die virtuelle Beratungsstelle: Ein Beratungsangebot der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. über das Internet. - In: AJS- Informationen ; Jg. 41, 2005, Nr. 3, S. 19-23. \*DZI-2528\*

#### 4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

**Amthor, Ralph Christian:** Soziale Berufe im Nationalsozialismus: Zur Notwendigkeit geschichtlicher Reflektivität in der Sozialen Arbeit. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 10, S. 379-387. \*DZI-0470\*

**Arens, Frank:** Essen und Trinken – mehr als Vitamine: Projekt in der Altenpflegeausbildung. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 58, 2005, Nr. 11, S. 708-711. \*DZI-0528z\*

**Krummacher, Michael:** Schlechte Nachrichten: die Arbeitsmarktlage für Sozialarbeit/Sozialpädagogik (Diplom FH). - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 44-45. \*DZI-2599z\*

**Wielers, Joachim:** 50-jähriges Jubiläum und 18. Weltkongress der IFSW 2006: Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus ... - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 11, S. 402-410. \*DZI-0470\*

#### 5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

**Assmann, Alaida:** Grenzen des Verstehens: Generationsidentitäten in der neuen deutschen Erinnerungsliteratur. - In: Familiendynamik ; Jg. 30, 2005, Nr. 4, S. 370-389. \*DZI-2585\*

**Rabe, Heike:** Erfolge durch Kooperation im Bereich der Intervention bei häuslicher Gewalt in Deutschland: Ergebnisse neuerer Forschung. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 17, 2005, Nr. 3, S. 98-103. \*DZI-2990\*

#### 5.02 Medizin/Psychiatrie

**Brieskorn, Norbert:** Gesellschaftliche Bedingungen der Suizidalität: sozialethische Grundfragen der Prävention. - In: Suizidprophylaxe ; Jg. 32, 2005, Nr. 2, S. 46-54. \*DZI-2949\*

**Cost, Ibrahim:** Pflege im Stammzelltherapiezentrum Würzburg: zwischen Hoffen und Bangen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 58, 2005, Nr. 11, S. 683-686. \*DZI-0528z\*

**Giernalczyk, Thomas:** Psychiatrische Krisenintervention: Haltung als Rahmen der (Be)Handlung. - In: Suizidprophylaxe ; Jg. 32, 2005, Nr. 2, S. 70-76. \*DZI-2949\*

**Klarmann, Michael:** Forensik rockt: eine Reportage. - In: Journal der Jugendkulturen ; 2004, Nr. 10, S. 70-73. \*DZI-3027\*

**Kloocke, Ruth:** Psychisches Trauma in deutschsprachigen Lehrbüchern der Nachkriegszeit: die psychiatrische „Lehrmeinung“ zwischen 1945 und 2002. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 7, S. 327-333. \*DZI-2574\*

**Nellen, Wolfgang:** Keine Korrektur der Schöpfung: Grundlagenforschung und Anwendung der molekularen Genetik. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 58, 2005, Nr. 11, S. 677-679. \*DZI-0528z\*

**Sperling, Karl:** DNA-Diagnostik: präzise Vorhersagen sind nur eingeschränkt möglich. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 58, 2005, Nr. 11, S. 673-676. \*DZI-0528z\*

**Walter, Marc:** Die Leberlebenspende aus Sicht des Spenders: psychosomatische Untersuchungsergebnisse. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 331-345. \*DZI-0905z\*

#### 5.03 Psychologie

**Düweke, Peter:** Selbstmitleid vergrößert den Schmerz. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 11, S. 34-37. \*DZI-2573\*

**Grande, Tilman:** Neue Möglichkeiten der Diagnostik dysfunktionaler Beziehungen – die Beziehungssache der OPD-2. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 403-418. \*DZI-0905z\*

**Panksepp, Jaak:** „Emotionen sind Geschenke der Natur“: Ein Gespräch mit Jaak Panksepp. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 12, S. 46-51. \*DZI-2573\*

#### 5.04 Erziehungswissenschaft

**Bredthauer, Agnes:** Schöner Reisen! Qualitätskriterien für den Jugendtourismus. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 18, 2005, Nr. 4, S. 167-169. \*DZI-3017\*

**Breitkopf, Helmut:** Komplexleistung Frühförderung: Was wurde bisher erreicht, was ist noch zu tun? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 365-369. \*DZI-0044\*

**Dorner, Birgit:** Der Krieg war aus – lange Schatten, die blieben: Aktuelle Fragen, neue Wege in der Erinnerungs- und Bildungsarbeit 60 Jahre nach der Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 3, S. 135-138. \*DZI-1986\*

**Naegle, Ingrid M.:** Legasthenie – kein lebenslanges Handicap: Warum manche Kinder am Lesen und Schreiben schei-

tern – und wie ihnen geholfen werden kann. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 12, S. 60-62. \*DZI-2573\*

**Spiegel, Hiltrud von:** Erwiderung zu Burkhard Müllers Anmerkungen: Wie können wir zu professionellem Handeln ausbilden? - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 34-38. \*DZI-2599z\*

**Strube, Sonja:** Persönlichkeitsbildung im Geiste Hannah Arendts: Hannah Arendts Begriff des Gemeinsinns und die politische Dimension persönlichkeitsorientierter Erwachsenenbildung. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 3, S. 130-133. \*DZI-1986\*

**Tschöpe-Scheffler, Sigrid:** Orientierung im Dschungel der Elternbildungsangebote. - In: AJS-Informationen ; Jg. 41, 2005, Nr. 3, S. 11-18. \*DZI-2528\*

#### 5.05 Soziologie

**Dausien, Bettina:** Biografieorientierung in der Sozialen Arbeit: Überlegungen zur Professionalisierung pädagogischen Handelns. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 6-11. \*DZI-2599z\*

**Klingenberg, Hubert:** Erinnerungskultur und Biografiearbeit: Argumente für eine persönliche Erinnerungskultur. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 3, S. 139-140. \*DZI-1986\*

**Nörber, Martin:** Peer-Education: Ein vernachlässigtes Bildungs- und Erziehungsangebot. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 74-79. \*DZI-1748\*

#### 5.06 Recht

**Freudenberg, Dagmar:** Vorschläge des Deutschen Juristinnenbundes für ein sinnvolles Vorgehen gegen Stalking. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 17, 2005, Nr. 3, S. 84-86. \*DZI-2990\*

**Glombik, Manfred:** Grundsicherung. - In: Arbeit und Beruf ; Jg. 56, 2005, Nr. 10, S. 289-292. \*DZI-0620\*

**Heinrich, Bernd:** Verwaltungsakzesorietät des Ausländerstrafrechts und Schleuserkriminalität. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 25, 2005, Nr. 10, S. 309-317. \*DZI-2682\*

**Marquard, Peter:** TAG, KICK und KEG – Anmerkungen zur Novellierung des KJHG (SGB VIII). - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 352-358. \*DZI-0044\*

**Menne, Martin:** Der Referentenentwurf zum Unterhaltsrechtsänderungsgesetz: Ein erster Überblick über die geplanten Änderungen im Unterhaltsrecht. - In: Das Jugendamt ; Jg. 78, 2005, Nr. 10, S. 433-440. \*DZI-0110z\*

**Schaar, Peter:** „Guter Datenschutz trägt zum Erfolg der elektronischen Gesundheitskarte bei“. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 416-417. \*DZI-0199\*

**Wirtz**, Harald: Millionen Bürger zahlen zu Unrecht Beiträge in die Sozialversicherungskassen. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 44, 2005, Nr. 10, S. 597-599. \*DZI-1450z\*

**Zühlicke**, Jochen: Die Zulassung von geduldeten Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung nach dem neuen Zuwanderungsrecht. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 25, 2005, Nr. 10, S. 317-323. \*DZI-2682\*

## 6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

**Bango**, Jenö: Sozialarbeitswissenschaft – transmodern und transdisziplinär? - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 11, S. 425-430. \*DZI-0470\*

**Butt**, Trevor: Constructive social work and personal construct theory: the case of psychological trauma. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 6, S. 793-806. \*DZI-2406\*

**Drescher**, Gerborg: Einfach zuhören: Hauptberufliche in Jugendarbeit und Schule als Seelsorger/innen und Lebensbegleiter/innen. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 92-95. \*DZI-1748\*

**Gilgun**, Jane F.: Evidence-based practice, descriptive research and the resilience-schema-gender-brain functioning (RSGB) assessment. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 6, S. 843-862. \*DZI-2406\*

**Völzke**, Reinhard: Erzählen – Brückenschlag zwischen Leben und Lernen: Angeleitete biografisch-narrative Kommunikation in Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 12-15. \*DZI-2599z\*

**Weiherrmann**, Meike: Lawrence Kohlberg und Soziale Arbeit. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 11, S. 419-424. \*DZI-0470\*

**Williams**, Charlotte: When and how does ethnicity matter? A cross-national study of social work responses to ethnicity in child protection cases. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 6, S. 901-920. \*DZI-2406\*

## 6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

**Dölker**, Frank: Streetwork und Polizei im kritischen Dialog. - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 56, 2005, Nr. 3, S. 158-162. \*DZI-0231\*

**Frenke-Kulbach**, Annette: Mediation unter besonderer Berücksichtigung interkultureller Aspekte im Gemeinwesen. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 27, 2005, Nr. 3/4, S. 249-256. \*DZI-2675z\*

**Görgen**, Wilfried: Schrankenlose Zusammenarbeit. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 19, S. 19-22. \*DZI-0015z\*

**Schmidt**, Christiane K.: Prävention: ein Thema für die sozialpsychiatrische For-

schung? - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 7, S. 358-362. \*DZI-2574\*

**Vossler**, Andreas: Erziehungsberatung im Spiegel gesellschaftlicher Umbrüche. - In: AJS-Informationen ; Jg. 41, 2005, Nr. 3, S. 4-10. \*DZI-2528\*

## 6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

**Jankowski**, Gabriele: „Könnte jeder Tag so schön sein wie dieser!“ Mädchenreisen mit Straßenjugendlichen. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 18, 2005, Nr. 4, S. 173-176. \*DZI-3017\*

**Thiele**, Albert: Deutscher Altenpflege-Monitor 2005. - In: Heim und Pflege ; Jg. 36, 2005, Nr. 11, S. 314-316. \*DZI-2496z\*

## 6.04 Jugendhilfe

**Breithaupt**, Marianne: Qualität der Jugendhilfeleistungen Unterhaltsberatung und -unterstützung sowie Unterhaltsbeistand. - In: Das Jugendamt ; Jg. 78, 2005, Nr. 10, S. 442-445. \*DZI-0110z\*

**Büttner**, Armin: EDV in Jugendeinrichtungen: Unterstützung in allen Bereichen durch umfassende Dokumentation. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 10, S. 442-444. \*DZI-0135\*

**Christe**, Gerhard: Jugendsozialarbeit im Wandel: ein Überblick über die Ergebnisse der ersten Trägerbefragung vom Frühjahr 2005. - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 56, 2005, Nr. 3, S. 182-188. \*DZI-0231\*

**Hinte**, Wolfgang: Sozialraumorientierung: Bemerkungen zu einer missglückten Rezeption. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 359-362. \*DZI-0044\*

**Humme**, Christel: KICK und TAG: zwei Meilensteine zur zeitgemäßen Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 10, S. 402-406. \*DZI-0135\*

**Köttig**, Michaela: „Potenziale unterstützen, Selbstverstehen fördern“: Dialogische Biografiearbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 16-20. \*DZI-2599z\*

**Meerkamp**, Rainer: „Hilfst du mir, dann helf ich dir“: Den Alltag der Jugendhilfe als wechselseitiges Aufeinanderangewiesensein gestalten. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 11, S. 410-418. \*DZI-0470\*

**Sonnen**, Bernd-R.: Jugendsozialarbeit/Jugendhilfe und Polizei in der Jugendkriminalrechtspflege: Zwei Seiten einer Medaille? - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 56, 2005, Nr. 3, S. 142-147. \*DZI-0231\*

## 7.01 Kinder

**Hülsmann**, Brigitte: Viele Ängste lassen sich nehmen: periphere Blutstammzell-sammlung in der pädiatrischen Onkolo-

gie. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 58, 2005, Nr. 11, S. 688-691. \*DZI-0528z\*

**Schmidt**, Christian: „Weil wir Mädchen uns nach Platten, Büchern und Fanzines sehnen, die uns ansprechen...“: (Riot) Grrrl (Fan)Zines und die Politik der Selbstermächtigung. - In: Journal der Jugendkulturen ; 2004, Nr. 10, S. 30-38. \*DZI-3027\*

**Winter**, Karen: A small-scale study of the relationship between measures of deprivation and child-care referrals. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 6, S. 937-952. \*DZI-2406\*

## 7.02 Jugendliche

**Gängler**, Hans: Manipulierte Perspektiven? Zur Orientierung Jugendlicher in einer unübersichtlichen Welt. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 54-57. \*DZI-1748\*

**Heinzlmaier**, Bernhard: Szenen im Trend: Lifestyleorientierung junger MeinungsführerInnen in Österreich. - In: Journal der Jugendkulturen ; 2004, Nr. 10, S. VIII-X. \*DZI-3027\*

**Weber**, Sandra: Jugendliche und Okkultismus: Die Geister, die ich rief ... - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 10, S. 388-392. \*DZI-0470\*

**Zobel**, Elke: „Hauptsache, es tut sich was!“: Interview mit der Grrrl Zine-Aktivistin Elke Zobel. - In: Journal der Jugendkulturen ; 2004, Nr. 10, S. 39-40. \*DZI-3027\*

**Zweigle**, Birgit: Mach Deine Träume wahr! Von den medial vermittelten Träumen kultischer Jugendzeitschriften. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 16-21. \*DZI-1748\*

## 7.03 Frauen

**Althoff**, Martina: Abweichendes Verhalten von Frauen und Mädchen und die soziale Konstruktion von Geschlecht. - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 56, 2005, Nr. 3, S. 175-181. \*DZI-0231\*

**Häfner**, Ulrike: Flucht nach vorn? Ein Kommentar zur Auswanderung junger Frauen aus Brandenburg. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 18, 2005, Nr. 4, S. 181-182. \*DZI-3017\*

**Thönnies**, Nicole: Die Weltgemeinschaft erleben! Frauen in internationalen Workcamps (ijgd). - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 18, 2005, Nr. 4, S. 170-172. \*DZI-3017\*

## 7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

**Drescher**, Gerborg: Wenn Jugendliche scheitern. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 50-53. \*DZI-1748\*

**Helmholt-Schlösser**, Gabriele: „Ich hab’ so viel Schuld!“ Muster generativer Erbschaft in Multiproblemfamilien. - In: Sozial extra ; Jg. 29, 2005, Nr. 11, S. 28-32. \*DZI-2599z\*



**Horsch, Evelyn:** Paare im Stress. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 11, S. 20-23. \*DZI-2573\*

**Welzer, Harald:** Das kommunikative Gedächtnis der Familie. - In: Familiendynamik ; Jg. 30, 2005, Nr. 4, S. 353-369. \*DZI-2585\*

## 7.05 Ausländer /Aussiedler

**Bärsch, Jürgen:** Berufsorientierung durch Interkulturelle Elternarbeit: Genderaspekte und neue Aufgaben für Migrantenzentren. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 27, 2005, Nr. 3/4, S. 303-310. \*DZI-2675z\*

**Boos-Nünning, Ursula:** Heiratsverhalten und Partnerwahl von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 25, 2005, Nr. 10, S. 327-332. \*DZI-2682\*

**Boos-Nünning, Ursula:** Welche Ressourcen haben junge Migrantinnen?: Plädoyer für einen Perspektivenwechsel. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 27, 2005, Nr. 3/4, S. 219-232. \*DZI-2675z\*

**Chand, Ashok:** Do you speak english? Language barriers in child protection social work with minority ethnic families. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 6, S. 807-821. \*DZI-2406\*

**Luff, Johannes:** MigrantInnen in der Kriminalstatistik. - In: Jugend, Beruf, Gesellschaft ; Jg. 56, 2005, Nr. 3, S. 168-175. \*DZI-0231\*

**Maor, Oliver:** Einreise und Aufenthalt von Geschäftsreisenden, konzernintern Versetzten und anderen vorübergehend erwerbstätigen Ausländern: Ein (fast) vergessener Teil der Wirtschaftsmigration. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 25, 2005, Nr. 10, S. 333-339. \*DZI-2682\*

## 7.06 Arbeitslose

**Weber, Roland:** Unangemessene Unterkunftskosten gem. § 22 SGB II: Rechtliche Begutachtung und Erörterung eines Teilaspekts der sozialen Grundversicherung nach dem SGB II. - In: Arbeit und Beruf ; Jg. 56, 2005, Nr. 10, S. 292-296. \*DZI-0620\*

## 7.07 Straffällige / Straftatlassene

**Hirtenlehner, Helmut:** Rückfallprävention durch Restaussetzung oder Austauschbarkeit der Entlassungsformen? Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Sexual- und Raubstraftätern in Österreich. - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 17, 2005, Nr. 3, S. 111-116. \*DZI-2990\*

**Strasser, Hermann:** Warum es ohne Kriminalität nicht geht: Wir brauchen Kriminalität und müssen sie doch zu-

gleich verhindern: ein modernes Paradoxon? - In: Neue Kriminalpolitik ; Jg. 17, 2005, Nr. 3, S. 117-119. \*DZI-2990\*

## 7.10 Behinderte / kranke Menschen

**Baranauskiene, Ingrida:** Modelle der Berufsbildung von behinderten Jugendlichen: die Suche nach dem optimalen Weg. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 19, 2005, Nr. 5, S. 189-199. \*DZI-2967\*

**Benecke, Cord:** Initiales mimisch-affektives Verhalten und Behandlungszufriedenheit in der Psychotherapie von Patientinnen mit Panikstörungen. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 346-359. \*DZI-0905z\*

**Fink, Armin:** Betriebsnahe Rehabilitation als „neue“ Leistung zur Förderung der Teilhabe behinderter Jugendlicher am Arbeitsleben. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 19, 2005, Nr. 5, S. 164-173. \*DZI-2967\*

**Gießler, Anne:** Compliance in der Schizophreniebehandlung: Ergebnisse einer Expertenbefragung im Raum Sachsen und Sachsen-Anhalt. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 7, S. 349-357. \*DZI-2574\*

**Hartweg, Hans-R.**: Die nächste Generation von Integrationsverträgen: erste bundesweite Integrationsversorgung für Patienten mit Hodgkin-Lymphom. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 85, 2005, Nr. 10, S. 429-432. \*DZI-0199\*

**Höflich, Anke:** Inanspruchnahme von Selbsthilfegruppen durch Patienten einer psychosomatischen Klinik. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 51, 2005, Nr. 4, S. 373-387. \*DZI-0905z\*

**Horn, Jürgen:** Depressive Störungen: Ursachen und Behandlung (Teil I). - In: Familiendynamik ; Jg. 30, 2005, Nr. 4, S. 390-412. \*DZI-2585\*

**Krumm, Silvia:** Familien mit einem psychisch kranken Elternteil: Probleme und Perspektiven. - In: Kind, Jugend, Gesellschaft ; Jg. 50, 2005, Nr. 3, S. 77-81. \*DZI-0989z\*

**Rösler, Alexander:** Was die Sprache Alzheimer-Kranker mit der Celans verbindet: Über Kommunikation mit schwer betroffenen Demenzpatienten. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 38, 2005, Nr. 5, S. 354-359. \*DZI-2309z\*

## 7.11 Abhängige / Süchtige

**Körkel, Joachim:** Pro und Kontra: kontrolliertes Trinken als sinnvolle und notwendige Behandlungsoption. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 7, S. 324-326. \*DZI-2574\*

**Scheiblich, Wolfgang:** Hilfe im Verbund ist am wirksamsten. - In: neue caritas ; Jg. 106, 2005, Nr. 19, S. 16-18. \*DZI-0015z\*

## 7.13 Alte Menschen

**Debling, Desiree:** Assessment of cognitive status in the elderly using telephone interviews. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 38, 2005, Nr. 5, S. 360-367. \*DZI-2309z\*

**Hassel, Alexander J.**: Mundgesundheitsbezogene Lebensqualität älterer Menschen. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 38, 2005, Nr. 5, S. 342-346. \*DZI-2309z\*

**Jörg, Frederike:** Professionals assessing clients' needs and eligibility for electric scooters in the netherlands: both gatekeepers and clients' advocates. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 6, S. 823-842. \*DZI-2406\*

**Richter, Eva:** Optimieren heißt kooperieren: Entlassungsmanagement - Ziele, Modelle, Erfahrungen. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 29, 2005, Nr. 136, S. 12-17. \*DZI-2674\*

## 8.02 Länder / Gebietsbezeichnungen

**Liebel, Manfred:** Cholos und Gruperos: Jugendkulturen an den Grenzen Mittel- und Nordamerikas. - In: Journal der Jugendkulturen ; 2004, Nr. 10, S. 19-29. \*DZI-3027\*

**Nor, Idriss:** Niederländische Vorschulprogramme in Einrichtungen der Kinderbetreuung und Grundschulen: Ein Erfahrungsbericht aus Amsterdam. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 27, 2005, Nr. 3/4, S. 232-235. \*DZI-2675z\*

**PaBlick, Cornelia:** Die Chance des Fremden: als Au-pair neue Horizonte entdecken. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 18, 2005, Nr. 4, S. 162-166. \*DZI-3017\*

**Peek, Markus:** „Turkey's Future as a Country of Immigration and Emigration“. - In: ZAR - Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ; Jg. 25, 2005, Nr. 10, S. 323-327. \*DZI-2682\*

**Rauschenbach, Brigitte:** Vom nationalen zum europäischen Mythos? Perspektiven der Erinnerung für Europa. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 3, S. 111-116. \*DZI-1986\*

**Schmidt, Claudia:** Der Europäische Vollstreckungstitel für unbestrittene Geldforderungen: Hinweise für die Beistände in den Jugendämtern. - In: Das Jugendamt ; Jg. 78, 2005, Nr. 10, S. 445-446. \*DZI-0110z\*

**Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen: Tel.: 030/ 83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de**



**Wörterbuch Soziale Arbeit.** Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Fünfte, vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage. Hrsg. Dieter Krefelt und Ingrid Mielenz. Juventa Verlag. Weinheim und München 2005, 1 128 S., EUR 59,– \*DZI-D-7392\*

Dieses ausbildungs- und praxisbezogene Standardwerk gibt von A bis Z Auskunft über Ziele, Aufgaben, Arbeitsfelder und Methoden der Sozialen Arbeit. Dargestellt werden die fachlichen, rechtlichen, historischen und strukturellen Grundlagen, aktuelle Entwicklungen und Probleme in der Alten-, Familien-, Gesundheits-, Kinder- und Jugend- sowie Sozialhilfe, also den Kernbereichen der Sozialen Arbeit, aber auch der wichtigen Nachbarbereiche: Arbeit, Ausbildung/Bildung, Stadtentwicklung/Stadtplanung, Wohnen und anderes mehr. Für die vorliegende Auflage ist das Wörterbuch vollständig überarbeitet, erweitert und aktualisiert worden. Es enthält 332 Stichwörter sowie ausführliche Verzeichnisse von Organisationen, Institutionen und Fachzeitschriften der Sozialen Arbeit. Das Wörterbuch ist ein Nachschlagewerk und zugleich eine Einführung in die Soziale Arbeit; es empfiehlt sich für Ausbildung und Praxis, will aber auch diejenigen ansprechen, die nicht unmittelbar in dem Arbeitsgebiet tätig sind, aber immer wieder mit Sozialarbeit zu tun haben wie Lehrerinnen, Lehrer, Polizisten und Polizistinnen, Auszubildende in der beruflichen Bildung, Arbeitsvermittler, Beschäftigte in der Stadtplanung, Medizin, Psychologie, Therapierende, Anwältinnen und Anwälte sowie Richterinnen und Richter.

**Sexuelle Gewalt gegen behinderte Menschen.** Der Schutz Behinderter durch das Sexualstrafrecht. Von Petra Bungart. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2005, 299 S., EUR 31,– \*DZI-D-7339\*

Behinderte Menschen sind in erhöhtem Maß der Gefahr ausgesetzt, Opfer sexueller Gewalt zu werden. Der Grund hierfür sind die personalen und strukturellen Gegebenheiten, in denen sie oftmals leben. Diese von Machtstrukturen und Abhängigkeiten geprägten Bedingungen haben auch zur Folge, dass das Dunkelfeld von Sexualstraftaten gegen behinderte Menschen vergleichsweise hoch ist. So ergibt sich ein besonderes Schutzbedürfnis ihnen gegenüber, dem der Staat auch Rechnung zu tragen hat. Damit eröffnet sich jedoch ein Spannungsfeld zwischen weit reichendem staatlichen Schutz vor sexuellen Übergriffen einerseits und der Gewährleistung selbstbestimmter Sexualität behinderter Frauen und Männer auf der anderen Seite. Die rechtliche Gleichstellung behinderter Menschen ist seit Jahren Gegenstand der öffentlichen Diskussion und der Gesetzgebung. Allein im Sexualstrafrecht waren darauf seit 1997 drei Novellen gerichtet. Die Autorin zeichnet diese Entwicklung und die Vorgeschichte nach, stellt die tatsächlichen Lebensverhältnisse von behinderten Menschen dar und entwickelt daraus eine kritische Einschätzung der Neufassung des Gesetzes.

**Kinder im Abseits.** Kindheit und Jugend in fremden Kulturen. Von Manfred Liebel. Juventa Verlag. Weinheim und München 2005, 279 S., EUR 23,50 \*DZI-D-7335\*

Dieses Buch richtet den Blick über die deutschen und europäischen Grenzen hinweg auf Kinder und Jugendliche in anderen Ländern und Kulturen, deren Situation sich in vielerlei Hinsicht vom hiesigen Leben unterscheidet. Mit dieser internationalen Perspektive trägt es dazu bei, das Nachdenken und die Urteile über Kinder und Jugendliche für neue Gedanken und Sichtweisen zu öffnen. Der erste Teil des Buches handelt von Kindern, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie entgegen dem in Europa dominierenden Kindheitsmuster arbeiten und teilweise ihr Leben auf der Straße verbringen. Mit Blick auf Lateinamerika, die USA und Europa wird gefragt, was diese Kinder bei allen Unterschieden in den Lebensverhältnissen miteinander verbindet und welche Bedeutung Arbeit und teilweise auch „Straße“ für sie haben. Der zweite Teil handelt von Jugendlichen, deren Gemeinsamkeiten darin bestehen, dass sie sich auf Grund einschneidender negativer Erfahrungen herrschenden Zuordnungen widersetzen. Im dritten Teil versucht der Autor politische und pädagogische Antworten auf die aktuelle Lage dieser jungen Menschen zu finden. Er regt dazu an, über Alternativen in der Jugend(sozial-)arbeit und der solidarisch verstandenen entwicklungspolitischen (Bildungs-)Arbeit nachzudenken.

**Krise und Zukunft des Sozialstaates.** Von Christoph Butterwegge. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005, 318 S., EUR 24,90 \*DZI-D-7351\*

Der Autor verdeutlicht in seinem Buch, um welche Sachfragen und Kontroversen es bei der aktuellen Diskussion um den Sozialstaat geht. Er stellt Zusammenhänge zwischen der Entwicklung des Weltmarktes, dem demographischen Wandel sowie den Strategien einflussreicher Gruppen der Gesellschaft her, beleuchtet dabei die Hintergründe der verschiedenen Konzepte und analysiert die Ursachen des Wandels in den letzten Jahren. Kernstück des Bandes ist eine kritische Bilanz der rot-grünen Sozialpolitik, die er mit jener der vorherigen Regierungen vergleicht. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die rot-grüne Sozialpolitik ungeeignet war, den Wohlfahrtsstaat als Jahrhundertprojekt zu retten. Insbesondere die letzten drei Kapitel des Buches sind gespickt mit aktuellen Fakten: Sie beleuchten die Fragen und Entwicklungen der letzten Jahre, die Diskussionen über den Wohlfahrtsstaat der Zukunft und die bisher wenig beachteten Alternativen zum neoliberalen Um- und Abbau des Sozialstaates.

**Systemische Prävention.** Grundlagen für eine Theorie präventiver Maßnahmen. Von Martin Hafen. Verlag für Systemische Forschung im Carl-Auer-Verlag. Heidelberg 2005, 688 S., EUR 49,95 \*DZI-D-7391\*

Ob Drogensucht, sexueller Missbrauch, Aids, Jugendkriminalität oder häusliche Gewalt – in allen Medien ertönt die Forderung nach mehr Prävention. Dabei ist die Wirkung präventiver Maßnahmen bei komplexen Phänomenen wie Sucht oder Gewalt schwer nachweisbar. Dieses Buch bietet eine umfassende Analyse der Prävention und der Vielfalt ihrer Maßnahmen. Der Herausforderung, diese Mannigfaltigkeit angemessen zu beschreiben, begegnet der Autor mit der soziologischen Systemtheorie nach Niklas Luhmann. Die dabei entwickelte Theorie ermöglicht Fach-

leuten einen neuen Blick auf ihr Handeln und offenbart wissenschaftlich Interessierten die Nutzbarkeit der Systemtheorie für die Beschreibung der Praxis.

**Vertrauen – oder das Wunder der Loyalität.** Für eine neue Wirtschaftsethik. Von Joachim Dettmann und Michael Holewa. Hrsg. transfer-project an der Evangelischen Fachhochschule Berlin e.V. Eigenverlag. Berlin 2006, 247 S., EUR 20,— \*DZI-D-7393\*

Diese Veröffentlichung gibt eine aktuelle Darstellung der Aspekte von Unternehmenskultur in einer modernen, vom Markt dominierten Gesellschaft und behandelt die Frage, was ein Unternehmen im Innersten zusammenhält. Sie ist die Essenz praktischer Erfahrung mit Unternehmenskultur in verschiedenen Bereichen. Die Beiträge verstehen sich als Denk-, Argumentations- und Handlungsmuster, angereichert mit Praxismaterialien. Das Buch richtet sich an alle, die Unternehmen gründen, führen, für sie arbeiten oder als Beratende mit ihnen in Beziehung stehen. Bestellanschrift: transfer-project an der Evangelischen Fachhochschule Berlin e.V., Postfach 37 02 55, 14132 Berlin  
E-Mail: info@epto.de

**In Ruhe alt werden können?** Widerborstige Anmerkungen. Von Erich Schützendorf. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2005, 122 S., EUR 14,90 \*DZI-D-7395\*

Mit 50 die ersten Inliner gekauft, mit 80 nicht mehr den Weg nach Hause finden? Selbstbestimmt, dynamisch, aktiv und fit sollen die Alten sein. In den letzten 30 Jahren ist ein neues Leitbild für das Älterwerden entstanden, das mit „Anti-aging-Programmen“ einen goldenen Herbst verspricht. „Jung bleiben beim Älterwerden“ – so oder ähnlich lauten die Titel von Ratgebern zum richtigen Altern. Der Autor, der sich seit 30 Jahren beruflich mit dem Älterwerden beschäftigt und die Entwicklung vom negativen zum positiven Altersbild begleitet hat, bedenkt bei seinem Blick auf das Alter das Ende, die Schattenseiten des Alters mit. Er, der selbst in die Jahre gekommen ist (Jahrgang 1949) und einer Generation angehört, die sich auf ein langes Leben einstellen muss, fragt nach neuen, ungewöhnlichen Entwürfen für das dritte und das vierte Lebensalter. Es sind kleine, subjektive Geschichten, die zum Nachdenken über das eigene Älterwerden nach dem 50. Geburtstag anregen.

**Ethisch denken und handeln.** Grundzüge einer Ethik der Sozialen Arbeit. Von Hans-Günter Gruber. Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft. Stuttgart 2005, 247 S., EUR 24,90 \*DZI-D-7398\*

In der Praxis der Sozialen Arbeit greifen Menschen handelnd in das Leben anderer Menschen ein. Dabei kommt es immer wieder auch zu Situationen, die keine vorgefertigten Lösungen zulassen, sondern eine ganz persönliche Stellungnahme und Abwägung der unterschiedlichen Ansprüche und Interessen erfordern. Wie in solchen ethischen Konfliktsituationen zu entscheiden ist, hat letztlich die zum Handeln aufgerufene Person zu bestimmen und zu verantworten. Was aber hat sie dabei alles zu berücksichtigen? Nach welchen Gesichtspunkten hat sie ihre Entscheidungen zu treffen? Gibt es Kriterien, die den Prozess der ethischen Entscheidungsfindung der subjektiven Willkür entziehen und ihn zu einem verantwortlichen, nachvollziehbaren Geschehen machen? Das vorliegende Buch gibt Antworten auf diese Fragen. Es entwirft eine handlungsorien-

tierte Ethik der Sozialen Arbeit, auf Grund derer jede Sozialarbeiterin und jeder Sozialarbeiter das eigene professionelle Handeln auf seine ethische Stimmigkeit und Legitimität hin überprüfen kann.

**Alter und Soziale Arbeit.** Theoretische Zusammenhänge, Aufgaben- und Arbeitsfelder. Hrsg. Cornelia Schweppe. Schneider Verlag Hohengehren. Baltmannsweiler 2005, 143 S., EUR 16,— \*DZI-D-7417\*

Die Soziale Arbeit greift Fragen des Alters bislang nur zögerlich auf. Dieser Band fragt nach dem Zusammenhang von Alter und Sozialer Arbeit und diskutiert ihn in zweierlei Hinsicht. Zum einen untersucht er die Anschlussfähigkeit des Alters an die bisherigen Theoriediskurse der Sozialen Arbeit. Zum zweiten geht er der Frage der spezifischen Expertise der Sozialen Arbeit im Umgang mit Alter nach und beleuchtet diese im Rahmen unterschiedlicher Aufgaben und Arbeitsfelder. In dem Sammelband sind Beiträge von Lothar Böhnisch, Hans Günther Homfeldt, Bettina Hünnersdorf, Fred Karl, Hugo Mennemann, Wolfgang Schröer, Cornelia Schweppe und Michael Winkler zusammengefasst.

**Datenschutz in der öffentlichen Jugendgerichtshilfe.** Von Constanze Webers. Verlag Duncker & Humblot. Berlin 2005, 197 S., EUR 66,— \*DZI-D-7421\*

In der öffentlichen Jugendgerichtshilfe (JGH) ist der Datenschutz bislang praktisch ungeregelt. Der Gesetzgeber weist zwar in § 61 Abs. 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) auf die Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes (JGG). Es ist allerdings in Literatur und Rechtsprechung umstritten, ob das JGG überhaupt datenschutzrechtliche Befugnisnormen enthält und, falls dies nicht der Fall sein sollte, wie die dann bestehende Regelungslücke zu füllen ist. Die Autorin führt diese für die tägliche Praxis der Jugendgerichtshelfer und -helferinnen äußerst wichtigen Streitfragen auf der Basis des *lex lata* einer dogmatischen Lösung zu und beleuchtet gleichzeitig die Auswirkungen dieser Lösung auf den so genannten Intra-Rollenkonflikt. Zudem zeigt sie legislatorische Alternativen zur gegenwärtigen Rechtslage auf. Nach einem kurzen Überblick über Wesen, Aufgaben und Rechtsstellung der JGH setzt sich die Autorin mit den normativen Grundlagen des allgemeinen Datenschutzrechts auseinander. Darauf aufbauend erörtert sie das spezifische Problem des Datenschutzes in der öffentlichen JGH.

**Zur Identitätsrelevanz von freiwilligem Engagement im dritten Lebensalter.** Anzeichen einer Tätigkeitsgesellschaft. Von Gerlinde Wouters. Centaurus Verlag. Herbolzheim 2005, 333 S., EUR 26,50 \*DZI-D-7423\*

Dieses Buch stellt die Frage, welche Relevanz ein freiwilliges Engagement für ein neu zu formierendes Selbstverständnis nach der Erwerbs- oder Familienphase haben kann und wie es den Betroffenen gelingt, den tief verinnerlichten Habitus der Erwerbsarbeit abzulegen. Erzählungen von elf Personen, die frühzeitig aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und danach ein Ehrenamt übernommen haben, stehen im Mittelpunkt. Ihre subjektiven Wahrnehmungen, Motivlagen und Erlebnisse in den unterschiedlichsten Einsatzfeldern kommen zu Wort, aber auch, wie sie den Abbruch der Erwerbsarbeit erlebten und über welche Umwege sie eine neue Übereinstimmung mit sich und ihren

neuen Tätigkeiten finden konnten. Das Buch widmet sich weiter der Zukunft einer überalternden Erwerbsarbeitsgesellschaft und forscht nach den Anzeichen einer breiter angelegten Tätigkeitsgesellschaft. In jeder Hinsicht sind Menschen im dritten Alter „Lebensstilpioniere“, die sich mit dem Ziel einer neuen Identitätsgewinnung unter anderem mit Hilfe von freiwilligem Engagement in der Gesellschaft verorten und so einen eigensinnigen Weg der Selbstfindung gehen.

**Matters differ.** Comparative studies in social work and social policy. Hrsg. Wolfgang Berg. Shaker Verlag. Aachen 2005, 206 S., EUR 26,80 \*DZI-D-7425\*

Der Band vereinigt neun komparative Beiträge, in denen Absolventinnen und Absolventen des internationalen Merseburger Masterstudiengangs European Social Work des Jahres 2004 ihre Master-Thesen zusammenfassen. Themen sind zum Beispiel: Funktion und Status von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in onkologischen Krankenhäusern (Vergleich Norwegen/Deutschland); die unterschiedliche Entwicklung der Diakonie in Tschechien und Estland nach 1990; das Management der Kinder- und Jugendhilfe in Griechenland und Estland; soziale Dienste für psychisch kranke Kinder – England und Deutschland im Vergleich. Es werden damit die Potenziale, aber auch die Grenzen vergleichender Sozialarbeitswissenschaft getestet. Der Band schließt mit einem Beitrag des Herausgebers, der – nach einer Befragung von ausländischen Kollegen und Kolleginnen – die methodischen Möglichkeiten des Vergleichs an Beispielen (Schuldnerberatung, Mieterschutz und so weiter) bilanziert. Alle Beiträge sind in englischer Sprache abgefasst.

**Es ist nicht egal, wie wir geboren werden.** Risiko Kaiserschnitt. Von Michel Odent. Patmos Verlag, Walter Verlag. Düsseldorf 2005, 177 S., EUR 18,– \*DZI-D-7394\*

In Deutschland erfolgen bereits 25 Prozent aller Geburten per Kaiserschnitt, in anderen Ländern sind es bis zu 80 Prozent. Der Kaiserschnitt, einst eine Notoperation, ist längst zur gängigen Geburtspraxis geworden. Der Autor, Begründer der sanften Geburt, zeigt die Gefahren dieser Entwicklung auf. Mit kritischem Blick beleuchtet er das „industrialisierte Geburtenmanagement“ in den Kliniken und plädiert für die natürliche Geburt. Ausgehend von neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen beschreibt er die Langzeitfolgen, von der Häufigkeit von Allergien, Asthma und Autismus bis hin zum Einfluss auf die spätere Mutter-Kind-Bindung.

## Impressum

**Herausgeber:** Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

**Redaktion:** Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien  
**Redaktionsbeirat:** Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

**Verlag/Redaktion:** DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

**Erscheinungsweise:** 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)  
Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

**Layout/Satz:** GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin

**Übersetzung:** Belinda Dolega-Pappé

**Druck:** druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606